

BIBLIOTEKA
Instytutu
Bałtyckiego
w Bydgoszczy

~~93832 II~~

e für den Dienstgebrauch

Herausgegeben von Joh. Papritz und Wolfgang Kohte

Richard Perdelwitz

Von der
polnischen Emigration
und ihrer Politik
bis Katyn

Nur für den Dienstgebrauch

Berlin 1943

Selbstverlag der Publikationsstelle

115307
Schriften der Publikationsstelle für den Dienstgebrauch

Herausgegeben von Joh. Papritz und Wolfgang Kohte

898715

Richard Perdelwitz

Von der
polnischen Emigration
und ihrer Politik
bis Katyn

Nur für den Dienstgebrauch

Berlin 1943

Selbstverlag der Publikationsstelle

Nie pożyczaj się do domu



II 412155



Biblioteka Główna

UNIWERSYTETU GDAŃSKIEGO



1100601326

Dziękuję

10-

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Die polnische Emigration 1942/43 in aller Welt	5
Sowjetunion, Iran	5
Rückgang der Ziffern in Rumänien, Litauen, Japan, Portugal ..	6
Von der »polnischen Armee«	6
In den Herbergsstaaten Schweden und Ungarn	7
B. Die älteren polnischen Volksgruppen im Ausland im Rahmen der Emigrantenpolitik	10
In Frankreich	10
In Kanada	11
In Brasilien	11
In USA	12
C. Parteien, »Regierung«, »Nationalrat« und »Staatshaushalt« der Emigrantenpolen in London	19
Zersplitterung in Parteien	19
Die »Regierung«	21
Der »Nationalrat«	23
Der »Staatshaushalt«	24
D. Von der Tätigkeit der polnischen »Regierung« in London	27
Arbeiten des »Nationalrats«	27
Ministerium des Innern	29
Ministerium für Handel, Gewerbe und Schifffahrt	29
Ministerium für nationale Verteidigung	29
Ministerium für Informierung und Dokumentierung	30
Ministerium für Kongreßarbeiten	30
E. Emigrantenregierung und polnische Juden	32
Allgemeine Minderheitenerklärungen	32
Erster Vorstoß der Juden bei Zaleski	33
Antisemitische Wochenschrift »Jestem Polakiem«	34
Tagung der amerikanischen Föderation polnischer Juden	35
Auftreten einer Zweiwochenschrift der polnischen Juden in USA »Nasza Trybuna«	35
Polnische Judenfrage im Unterhaus (Judenverfolgung in der polnischen Armee)	36
Neuerliche Erklärung der polnischen »Regierung« (Stanczyk) und Besichtigung der polnischen Truppen durch Rabb. Schwarzbart	37
Auswanderungsfrage und Juden in Palästina	38
Schlußbetrachtung	41

	Seite
F. Programm des sog. Volkspolens und der Traum einer ostmitteleuropäischen Konföderation unter polnischer Führung	41
Das Programm des sog. Volkspolens	41
Plan der ostmitteleuropäischen Konföderation und das polnisch-tschechische Bündnis	44
Spannungen zwischen Emigrantenspolen und -tschechen und Zusammenbruch der föderativen Idee unter polnischer Führung	45
G. Gegenüber der Sowjetunion	48
Polnisch-sowjetischer Pakt vom 31. 7. 1941	49
Begründung des Paktes im Rundfunk durch Sikorski	50
Polnischer Botschafter in der Sowjetunion und die Pläne einer neuen »polnischen Armee«	52
Dämmernde Erkenntnis. Pressekampagne der »Opposition« ...	54
Der verschwiegene Zusammenbruch der polnischen Sowjetpolitik. »Selig sind die Schweigsamen«	56
Diskussion der polnischen Ostgrenzen	57
Hilferufe an die angelsächsische Adresse und die zweite Reise Sikorskis nach den USA	61
Das Schicksal der »polnischen Armee« in der Sowjetunion	63
Stimmen der Verzweiflung in der polnischen Emigrantenpresse Katyn	68
H. Rückwirkungen der Fehlschläge auf die Stimmung im Emigrantenlager. Die »unterirdische Front«	70

Der Arbeit, deren Herausgabe von Dr. O. Kossmann betreut wurde, sind im wesentlichen die von der Publikationsstelle laufend herausgegebenen »Polnischen Presseauszüge« (aus der polnischen Emigrantenpresse im feindlichen und sonstigen Ausland) zugrunde gelegt. Diese Presseauszüge können von Dienststellen bei der Publikationsstelle in Berlin-Dahlem, Gelfertstraße 11, bezogen werden. Nähere Bedingungen sind ebenda zu erfragen.

A. Die polnische Emigration 1942/43 in aller Welt

Die Struktur der polnischen Emigration hat im Verlauf des Jahres 1942 sowohl zahlenmäßig wie auch räumlich nicht unbeträchtliche Veränderungen erfahren. Zunächst infolge der von den Bolschewiken vorgenommenen Wiederaussiedlung eines Teils der Ende 1939 und Anfang 1940 von ihnen nach Sowjetrußland verschleppten Zivilbevölkerung der früheren polnischen Ostgebiete und der in Kriegsgefangenschaft geratenen polnischen Truppen. Die Veränderungen, die durch das rasche Aussterben der Polen in Rußland hervorgerufen werden, bleiben hier zunächst noch außer Betracht. Während die Polen die Zahl der polnischen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion mit 300 000 angeben, nennt die Prawda die viel niedrigere Zahl von 181 000, und während die verschleppte Zivilbevölkerung von polnischer Seite auf etwa 1,2 bis 1,5 Millionen geschätzt wird (die letzten Angaben der Emigrantenregierung lauten auf 860 000), behauptet die Prawda, daß der größte Teil dieser Arbeiter und Bauern während der Zeit der Feldarbeiten »freiwillig« nach der Sowjetunion gekommen sei und infolge seiner Herkunft aus früher russischen Gebieten auch nach wie vor einen Teil der russischen Untertanen bilde. Schon diese sowjetischen Äußerungen deuten zur Genüge an, daß die Union nicht mehr viel Polen herauszugeben gedenkt. Fest steht jedenfalls, daß bisher nur ein kleiner Teil über die russische Grenze nach Iran gelangt ist. Unter ihnen sollen sich nach sowjetischen Angaben 75 491 Angehörige der polnischen Wehrmacht befunden haben, die dann von Persien nach dem Irak und von hier nach neuesten Meldungen nach Syrien und Ägypten geschafft wurden. Oberbefehlshaber der polnischen Nahostarmee ist General Wl. Anders. Die Zahl der Zivilemigranten wird ebenda (Wieści Polskie, 12. 5. 1943) mit 37 756 angegeben, der Anteil der Juden scheint jedoch dabei ein sehr erheblicher gewesen zu sein. Die Emigranten wurden zunächst in den Gegenden von Ispahan und Teheran untergebracht und von dort aus allmählich weiterbefördert. Da sich unter ihnen, wie die Wieści Polskie (Budapest) berichten, etwa 80 % Arbeiter und Bauern befanden, ging ihre Unterbringung verhältnismäßig leicht vonstatten. Bis Anfang

März d. J. waren schon 8 000 Männer sowie 10 000 Frauen und Kinder nach Tanganjika und Uganda abgeschoben worden, wohin noch weitere Transporte folgen sollten. Rhodesien wollte 3 500 aufnehmen, nach den Vereinigten Staaten waren 1 500, nach Brasilien 1 800 gebracht worden, und für Indien war eine Zahl von 10 000 bestimmt. Größere Schwierigkeiten scheint die Unterbringung der Alten und der Kinder bereitet zu haben, denn noch im März d. J. befanden sich in Ispahan und Teheran etwa 3 600 Kinder, Indien hatte bereits 1 000 erhalten, und Mexiko hatte sich sogar bereit erklärt, 23 000 Kinder und ältere Leute aufzunehmen.

Auch innerhalb der ersten Emigration, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch des früheren polnischen Staates einsetzte, haben sich die Verhältnisse in einzelnen Ländern stark verschoben. So sind z. B. aus Rumänien, das damals als besonders gesuchter Zufluchtsort galt, heute die Emigranten fast völlig verschwunden, ebenso, wie sie auch Frankreich nach der deutschen Besetzung fluchtartig verlassen haben. Eine große Anzahl der nach Litauen Geflüchteten, unter denen sich etwa 2 000 Rabbiner nebst ihren Schülern befanden, hat ebenfalls den Wanderstab weitergesetzt. Ein Teil von ihnen hat den Weg über Wladiwostok nach Japan genommen, um von dort nach den Vereinigten Staaten zu gelangen, während etwa 1 500 in Japan blieben. Als die japanische Regierung jedoch seit August 1942 anfang, sich der unwillkommenen Ausländer zu entledigen, wurden die polnischen Emigranten nach Schanghai abgeschoben, wo sie in der internationalen Niederlassung ein Unterkommen fanden. Auch aus Portugal ist der größte Teil der früher dort vorhandenen etwa 2 000 Emigranten verschwunden und hat die Reise über das große Wasser nach Brasilien, Kuba, St. Domingo und New York angetreten, so daß sich gegenwärtig in Portugal nur noch ungefähr 300 befinden sollen.

Bei allen diesen Zahlen handelt es sich jedoch nur um Zivilémigranten; sie müssen erhöht werden, wenn man auch die verschiedenen polnischen Truppenteile mit in Ansatz bringt, die damals entweder die rumänische und ungarische Grenze überschritten und dann in Afrika für die Angelsachsen kämpften, oder die in Frankreich standen und nach dem Waffenstillstand in die Schweiz übertraten. Die Stärke der in Schottland wohl in der Gegend von Edinburgh stehenden polnischen Truppen hat Sikorski einmal auf

52 000 beziffert, während er wenige Monate später mit derselben Sicherheit behauptete, daß ihre Zahl 48 000 betrage, und zwar in Schottland und im Mittleren Orient zusammen. Die im Jahre 1941 aus Syrien nach Ägypten überführte sogenannte Karpathenbrigade soll, ebenfalls nach Sikorski, 9 000 Mann' gezählt haben*). Die Zahl der nach der Schweiz übergetretenen und dort internierten Truppen betrug 12 500. Das Verhältnis zu der Schweizer Bevölkerung scheint, wenn man dem Bericht der in London erscheinenden Wiadomości Polskie Glauben schenken darf, eine Zeitlang ein wahres Idyll gewesen zu sein. »Den Soldaten ist es grundsätzlich nicht erlaubt«, so schreibt das Blatt nämlich am 26. 7. 1942, »Bekanntschaften mit der Zivilbevölkerung zu unterhalten, welche letztere unsere Soldaten anfänglich so liebgewonnen hatte, daß diese Beziehungen gewaltsam erschwert und liquidiert werden mußten«. Um was es sich bei diesen »Bekanntschaften« in Wirklichkeit gehandelt hat, zeigt die Tatsache, daß die Schweizer Behörden sich genötigt sahen, die Durchschnittsziffern der Belegschaften für die einzelnen Lager von 300 auf 100 zu reduzieren, um eine bessere Überwachung und schärfere Kontrolle ausüben zu können und die vielfachen Fluchtversuche zu unterbinden, die von der Schweizer Bevölkerung nur allzu bereitwillig unterstützt wurden.

Die Lage der polnischen Zivilemigranten in den einzelnen Herbergsstaaten ist selbstverständlich sehr verschieden, sie scheint am günstigsten in Schweden und in Ungarn zu sein. Für die etwa 200 in Stockholm lebenden Polen ist im Oktober 1940 ein besonderes Gymnasium und Lyzeum mit 30 Schülern und im Dezember 1940 eine polnische Volks- und Mittelschule mit 54 Schülern eröffnet worden. Das polnische Privatgymnasium besitzt die Rechte einer staatlichen Anstalt; die schwedischen Behörden haben den polnischen Abiturienten die Erlaubnis gegeben, an schwedischen Hochschulen zu studieren, und sie gewähren den Schülern der polnischen Schulen auch Zutritt zu allen Laboratorien und sonstigen wissenschaftlichen Sammlungen und Einrichtungen. Ein polnisches Hilfskomitee, ein polnischer Klub und ein von der amerikanischen Heilsarmee unterhaltenes polnisches Pensionat zeigen, wie der Dziennik Polski am 23. 7. 1942 schrieb, »daß Schweden im Sinn seiner neu-

*) Über die aus der Sowjetunion nach dem Orient evakuierten polnischen Abteilungen wird an einer andern Stelle zu reden sein.

tralen Politik und seiner aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg übernommenen Traditionen nicht nur Flüchtlingen aus dem leidenden Europa ein gastliches Asyl gewährt, sondern auch bestrebt ist, ihnen die Fortentwicklung ihrer in Europa gegenwärtig so schönle behandelten Kultur zu sichern«.

Zur Kennzeichnung der Lage, in der sich die polnische Emigration in Ungarn befindet, mögen die Worte dienen, welche die Wieści Polskie aus einem Brief wiedergeben, den sie von einem Leser aus Schweden erhalten haben, sie lauten: «Ich habe Euch immer um die Ungarn beneidet und um der Ungarn herzliches Verhältnis zu den Polen und zu Polen.» Nach den letzten polnischen Angaben (Wiarus Polski, 23./24. Mai 1942) betrug die Gesamtzahl der in Ungarn befindlichen polnischen Emigranten nicht ganz 10 000, darunter etwa 2 500 Zivillflüchtlinge. Ihre Zahl war früher erheblich größer, denn noch im Februar 1940 zahlte der ungarische Staat an die Zivilemigranten monatlich etwa 1 Million Pengö Unterstützung, während die Unterstützung der internierten Soldaten und Offiziere die Summe von 4 Millionen Pengö monatlich erforderte. Die Summe der jährlich gezahlten Unterstützungen war also, wie das Budapester Emigrantenblatt feststellte, höher als die gesamten Aufwendungen des Staates für soziale Zwecke und machte 5 % des gesamten Haushalts aus. Das Gebiet der Flüchtlingsfürsorge für die Zivilemigranten, soweit es über die staatlichen Beihilfen hinausgeht, betreut das von den ungarischen Behörden anerkannte »Polnische Bürgerkomitee«; neben ihm bestehen aber noch eine Reihe anderer sozialer und kultureller Einrichtungen, die zwar staatlich nicht anerkannt sind, aber ihre Arbeit ungestört treiben dürfen. Solche Einrichtungen sind das »Amerikanische Hilfskomitee für Polen«, die »Amerikanische Hilfskommission für Polen«, die »Katholische Seelsorge unter den polnischen Flüchtlingen«, das »Ungarische Rote Kreuz« Abteilung »Polnische Ärzte-Section«, der »Ungarisch-polnische Landesverband der Akademiker«, das »Polnische Kulturinstitut« und die »Polnische Bibliothek«. Außerdem haben die Polen in den »Wieści Polskie« eine eigene Tageszeitung, in dem »Żołnierz Polski« eine besondere Lagerzeitung und in den alle 10 Tage erscheinenden »Materiały Obozowe« das »einzige auf dem Kontinent erscheinende polnische kulturelle und soziale Magazin«. Den räumlichen Mittelpunkt aller Veranstaltungen bildet das von der »Amerikanischen Hilfskommission« unterhaltene »Pol-

nische Haus«. Die Zentren des polnischen Kulturlebens sind das »Polnische Kulturinstitut«, die »Polnische Bibliothek« und die »Adam-Mickiewicz-Gesellschaft«. Die Anzahl der von dem Bürgerkomitee und der Polnischen Bibliothek veröffentlichten polnischen Schriften ist beträchtlich. Neben dem jährlich in einem Umfang von etwa 250 Seiten erscheinenden »Polnischen Kalender« hat das Bürgerkomitee auch einen »Abriß der polnischen Literatur« herausgebracht, der 6 Hefte zu je 100 Seiten umfaßt. Ebenso rührig ist die Polnische Bibliothek, die in der letzten Zeit vier neue Bände veröffentlicht hat. Daß sich unter all den Veröffentlichungen auch die unbedingt deutschfeindlichen »Kreuzritter« von Sienkiewicz befinden, mag nur nebenbei erwähnt werden.

Was das Verhältnis zwischen der ungarischen Bevölkerung und den polnischen Emigranten betrifft, so ist der in dem obenerwähnten Brief gebrauchte Ausdruck »herzlich« durchaus nicht übertrieben. Es zeugt von der Herzlichkeit dieser Beziehungen, wenn der Ungarische Akademikerverband zu Weihnachten 1941 die Summe von 6 000 Pengö stiftete und diesen Betrag zum Ankauf von Spielzeug und Süßigkeiten für polnische Kinder bestimmte. Es zeugt ebenso von dieser Herzlichkeit, wenn die Bevölkerung von Mandok die Liquidierung des dort befindlichen Kriegsgefangenenlagers »nicht zulassen will, weil sie sich mit den Flüchtlingen warm angefreundet hat«, und wenn die polnischen Offiziere am 23. 2. 1941 dem ungarischen Lagerkommandanten von Mosdos nach der Feier eines »polnisch-ungarischen Abends« eine silberne Halskette mit dem polnischen Adler als Geschenk überreichen. (Wieści Polskie 6. 3. und 18. 6. 1941.) Nicht ganz so harmlos sieht freilich eine andere Nachricht der Wieści aus, daß nämlich die »Vereinigung der Schwestern für soziale Fürsorge sich bereit erklärt habe, schon jetzt Polinnen zum Noviziat zuzulassen, damit sie später in Polen die gleiche Vereinigung gründen können«. Die Polen vergelten Herzlichkeit mit Herzlichkeit und machen deshalb der ungarischen Bevölkerung gern kleine Geschenke, diese Geschenke aber bestehen aus Bildern der Mutter Gottes von Tschenschowau. Über den eigentlichen Sinn dieser Geschenke unterrichteten die Wieści ihre Leser am 19. 8. 1942 unter der Schlagzeile »Polnisch-ungarische Personalunion«. Wir lesen dort:

Wir gebrauchten in der Überschrift den Ausdruck »Personalunion«, der sich uns unter dem Einfluß der Betrachtungen über die vielen religiö-

sen Feiern aufdrängte, die in letzter Zeit in Ungarn stattgefunden haben. Dort wurde ein Bild der Mutter Gottes von Tschestochau überreicht, da eine kleine Kapelle mit ihrem Bild errichtet. Hier wird ein Bild für eine Kirche gestiftet, dort wiederum ziert es die Fahnen, die das Kirchenschiff eines ungarischen Gotteshauses schmücken. Überall dieselben Worte »Wir flüchten uns unter Deinen Schutz«. Und bei allen diesen Feiern, während die Vertreter der Polen den Ungarn ein Bild der Mutter Gottes darboten, wurde bei den Gebeten, die diese feierlichen Augenblicke begleiteten, dieselbe flehentliche Bitte vernommen, wurde die Königin der Krone Polens um die gleiche Gnade gebeten. Der Priester besprengte unsere Andenken mit Weihwasser, dann wurde eine zweite Weihe vollzogen, und zwar durch die Tränen der Polen, die Zeugen dieser Augenblicke waren, die sie erschüttern mußten, denn in diesen Augenblicken vollzog sich eine große religiöse »Personalunion« Polens und Ungarns. Wir erhoben unsere Hände zu unserer gemeinsamen Königin und verbanden uns in gemeinsamer Huldigung für sie.«

Die Polen sind also ihrer alten Praxis, nationale und politische Aspirationen unter religiöser Flagge zu tarnen und durch kirchliche Zeremonien zu propagieren, auch in Ungarn treu geblieben, und sie haben für solche Bestrebungen anscheinend in breiten Kreisen der katholischen Bevölkerung und des katholischen Klerus Ungarns ein weitgehendes Verständnis gefunden.

B. Die älteren polnischen Volksgruppen im Ausland im Rahmen der Emigrantpolitik

Bevor wir uns nunmehr mit der Mentalität der polnischen Emigration und vor allem mit der Rolle beschäftigen, welche die sogenannte polnische Regierung innerhalb dieser Emigration spielt, müssen wir noch jene andern polnischen Volksgruppen berücksichtigen, die zwar nicht zur eigentlichen Emigration gerechnet werden können, bei denen aber die Londoner Emigrantenregierung ebenfalls den Anspruch erhebt, ihre legale und gegebene Vertretung zu sein und in ihrem Namen zu sprechen. In Europa handelt es sich dabei in erster Linie um die in Frankreich seit mehreren Generationen lebenden polnischen Grubenarbeiter, die als fleißige und anspruchslöse Arbeiter gelten.

In allen Berichten des Weltbundes der Polen fand man die Zahl der in Frankreich lebenden Polen mit rund 1,5 Millionen angegeben. Nach der Volkszählung von 1934 wurden indessen, wie der Wiarus Polski (Lyon) feststellt, in ganz Frankreich nur 595 000 Polen gezählt. Politisch treten diese Polen jetzt nicht hervor, weil sie fast

ausschließlich in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten leben. Auch bei den etwa 200 000 Polen, die verstreut über den ganzen afrikanischen Kontinent leben, kommt irgendwelche politische Tätigkeit kaum in Frage, weil sie keine geschlossene und organisierte Einheit bilden. Bei den in Kanada ansässigen ungefähr 160 000 Polen liegt die Sache insofern anders, als man von englischer Seite bei Beginn des Krieges große Hoffnungen darauf gesetzt hat, daß diese Polen sich in hellen Haufen für die Kosciuszko-Legion melden würden, die in Kanada aufgestellt werden sollte. Der Erfolg war jedoch so kläglich, daß die polnische Presse in Amerika schließlich zugeben mußte, die Zahl der polnischen Ausbildungsoffiziere, die aus England nach Kanada gekommen waren, sei größer gewesen als die Zahl der Freiwilligen.

Auch die in Brasilien lebenden etwa 300 000 Polen sind durch den Krieg stärker in das politische Blickfeld Londons gerückt. Über ihre Lage schrieb der Dziennik Polski am 22. 6. 1942, daß diese polnische Kolonie durch den seit 1937 in Brasilien herrschenden nationalistischen Kurs fast aller nationalen Lebensformen beraubt worden sei. »Das polnische Schulwesen wurde aufgehoben, das Organisationsnetz mit dem polnischen Zentralverband, die Presse und schließlich auch die polnische Kirche weitgehenden Beschränkungen unterworfen. Die letzte Zeitung mit polnischem Charakter, die in portugiesischer Sprache zuletzt noch in Kurytyba erschien, mußte infolge einer Anordnung der Behörden aus dem Herbst vorigen Jahres ihr Erscheinen einstellen.« Mit dem Eintritt Brasiliens in den Krieg schien für London die Zeit gekommen, die neue Konjunktur nach Kräften auszunutzen, und zwar nach zwei Seiten hin. Die polnische Emigrantenregierung hoffte, jetzt ein politisches Geschäft machen und für ihre brasilianischen Landsleute möglichst große Vorteile herauschlagen zu können; die britische Regierung aber erwartete neue »Freiwillige«, die ihre Haut für die angelsächsischen Mächte zu Markt tragen sollten. So brachte denn derselbe Dziennik Polski am 26. 8. 1942 einen neuen, langen Artikel, in dem er die Verdienste aufzählte, welche die Polen sich im Lauf der letzten Jahrzehnte um den brasilianischen Staat erworben hätten. Zu diesen Verdiensten rechnet das Blatt auch »die gegenwärtig in Brasilien allgemeine deutschfeindliche Stimmung. Sie ist zum Teil ein Verdienst der Polen, die es verstanden haben, den Brasilianern den Imperialismus und das Barbarentum des deut-

schen Volkes im gebührenden Licht darzustellen. Es ist also angebracht, den brasilianischen Polen besondere Aufmerksamkeit zu widmen«. Die Gelegenheit dazu aber schien dem offiziellen polnischen Emigrantenblatt gerade jetzt gegeben:

»Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Brasilien und der Achse und das scharfe Auftreten der offiziellen brasilianischen Stellen gegen die deutschen, italienischen und japanischen Emigrationszentren, die zu Recht verdächtigt wurden, sich staatsfeindlich zu betätigen, gab den brasilianischen Polen Grund zu der Hoffnung, daß sie als gegenwärtig einzige bedeutende und loyale Emigrantengruppe die Vorbedingungen für ihre nationale Arbeit wieder erhalten würden, die ihnen im Jahre 1938 genommen wurden. Bisher haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt. Jetzt, da sich Brasilien in einer Reihe mit allen kämpfenden Demokratien befindet, wird dieser Zustand vielleicht einer Änderung unterliegen. Auch die brasilianischen Polen sind jetzt in die Reihen des kämpfenden Polentums eingetreten, und sie besitzen für die Kraftanspannung Brasiliens und der alliierten Völker während des Krieges eine beachtenswerte Bedeutung. Wieviel tatkräftiger aber und eifriger würden sie für die brasilianische Sache kämpfen, wenn sie wüßten, daß das Land, in dem sie seit Jahrzehnten leben und das im übrigen den Polen zweifellos Sympathien entgegenbringt, ihnen nicht nur Arbeit, sondern auch die Vorbedingungen für eine freie und ungehinderte nationale Entwicklung gibt. Es kann sogar sein, daß die brasilianischen Behörden den polnischen amtlichen Stellen die Rekrutierung der polnischen Staatsbürger, die unter den polnischen Kolonisten einen sehr bedeutenden Prozentsatz darstellen, erleichtern werden. Auf jeden Fall erlangen Polen und die Alliierten an den 300 000 Polen in Brasilien eine neue Schar von Leuten, die der gemeinsamen Sache treu ergeben sind.«

Diese Worte sind im August 1942 geschrieben, also zu einer Zeit, in welcher sich die Pläne für den Überfall von Französisch-Afrika in dem letzten Stadium der Vorbereitung befanden. Wie stark man gerade damals in London auf diese neue Verstärkung rechnete, zeigen die Worte des neuen polnischen Ministers für nationale Verteidigung: »Seit der Zeit, seit wir uns in der Fremde befinden, waren die Bestände, über die wir für die Kriegführung verfügten, nur die Reste unserer Wehrmacht, die aus der Heimat gerettet worden waren, sowie die lebendige Kraft unseres Auswanderertums außerhalb Polens. Unsere Möglichkeiten wurden nach der Katastrophe Frankreichs sehr viel geringer. Sie vervielfältigten sich aber durch das Abkommen mit Rußland und die Erlangung von Soldatenmassen von dort. Gegenwärtig rechnen wir noch auf das, was unser patriotisches Auswanderertum jenseits des Ozeans, besonders das in Südamerika, uns geben kann.«

Die bei weitem größte und für die Emigrantenregierung wichtigste polnische Volksgruppe befindet sich in den Vereinigten

Staaten von Nordamerika. Hier war es einem polnischen Blatt vorbehalten, die weitaus überhöhten Zahlenangaben des Weltbundes der Polen richtigzustellen, wobei das betreffende Blatt, der in Chicago erscheinende Dziennik Związkowy, sogar den Mut hatte, ein solches Jonglieren mit Zahlen scharf zu brandmarken. »Einer unserer großen nationalen Fehler ist es«, so schreibt das Blatt, »der Wirklichkeit nicht ins Auge zu sehen. Wir lieben es, uns durch eine große Geste und durch überhöhte Ziffern zu betäuben, die nicht der Wahrheit entsprechen.« So hören wir z. B.: »Wir sind hier in Amerika 5 Millionen, wir sind 6 Millionen, es gibt sogar Leute, welche die Zahl der Polen in Amerika mit 7 Millionen angeben. Nach der amtlichen Zählung von 1940 gab es in Amerika 3 342 398 Polen, von denen 1 268 583 in Polen und 2 073 615 in Amerika geboren sind. Diese Zahlen umfassen nicht die zweite, dritte und vierte Generation, die in Amerika geboren ist. Solche Polen gibt es übrigens nicht viel, und nur ein kleiner Prozentsatz von ihnen bekennt sich noch heute zum Polentum.«

In dem Bericht, den Sikorski am 1. Februar d. J. vor dem Nationalrat über seine letzte Reise nach Amerika erstattet hat, unterscheidet er innerhalb des amerikanischen Polentums vier große Vereinigungen, auf welche seine Regierung »ihre Aktion stütze und von denen Polen bei angemessener Taktik viel erwarten könne«, nämlich den Rat des amerikanischen Polentums, die polnischen Kongreßmitglieder, die katholische Kirche und die Arbeiter- und Berufsverbände.

Der Rat der Polen in Amerika bildet die Spitzenorganisation, und gerade er ist für die polnische Emigrantenregierung immer ein Schmerzenskind gewesen, weil er zu Beginn den Standpunkt vertrat, daß eine politische Propaganda zugunsten Polens, wie man sie in London von ihm erwartete, über den Rahmen seiner Befugnisse hinausgehe. In einer öffentlichen Erklärung, in der er gegen alle Versuche, ihn nach dieser Richtung hin festzulegen, Stellung nahm, umriß er seinen Standpunkt durchaus klar und eindeutig. »Solange der Rat«, so hieß es dort, »sich ausschließlich mit Hilfeleistung befassen wird, solange wird er alle Polen geschlossen vertreten und keinen Meinungsverschiedenheiten ausgesetzt sein. Wir waren und sind der Überzeugung, daß die gegenwärtige Lage der Amerikapolen insofern von der Lage im Weltkrieg verschieden

ist, als Polen heute eine rechtmäßige und von den U. S. A. anerkannte Regierung und Auslandsvertretung hat, denen es vor allen Dingen obliegen würde, sich hier und in andern Ländern politisch zu betätigen.« Nachdem der Aufruf Paderewskis an die Amerikapolen sich als ein Fehlschlag erwiesen hatte, wurde Haller nach Amerika geschickt, um die dortigen Polen zu einer Revision ihres Standpunkts zu bewegen. Ihm folgte Sikorski, der von seiner Reise allerdings einen Erfolg mitbrachte. Der Rat der Polen hatte nämlich, um Ruhe vor dem fortwährenden Verlangen nach politischer Aktion zu haben, ein Telegramm an Churchill gerichtet, in welchem er die Alliierten bat, im Fall einer siegreichen Beendigung des Krieges den Polen eine Art von Autonomie zu geben. Im Herbst 1942 wiederholte er den Besuch trotz der mancherlei Enttäuschungen, die er bei seinem ersten Besuch erfahren hatte, und auch der »Innenminister« der Emigrantenregierung beschwor in einer Rundfunkansprache am 3. September 1942 seine polnischen Freunde in Amerika, ihre politische Aktion zu verstärken. »Wir haben«, so rief er ihnen pathetisch zu, »die Ideale der Freiheit nicht verraten und harren in dem schweren Kampf der Front des unterirdischen Europa an ihrem blutigsten und wichtigsten Abschnitt aus. Wir halten aus in schweren Kämpfen. Kommt uns sobald wie möglich zu Hilfe! Wir glauben an Euch und warten.«

Auch die zweite Reise Sikorskis scheint an der grundsätzlichen Einstellung des Rats der Amerikapolen gar nichts oder nur sehr wenig geändert zu haben. Jedenfalls sind die Ausführungen in seinem obenerwähnten Bericht, soweit sie diesen Punkt betreffen, sehr vorsichtig gehalten. »Der Austausch von Telegrammen zwischen mir und Zensor Świetlik (dem Vorsitzenden des Rates) stellt die Herzlichkeit der Beziehungen mit dem Rat fest. Dieser steht jetzt vor der Notwendigkeit, seine Aktion auf das politische Gebiet auszudehnen. Ich bin überzeugt, daß Zensor Świetlik die Aufgaben der Amerikapolen erfaßt und daß er sich, wenn er von Beschlüssen zu Taten übergeht, nicht nur um Polen, sondern auch um die U. S. A. sehr verdient machen wird. Die am Vortage meiner Abreise von New York vom Rat des Polentums gefaßten Beschlüsse, durch die 300 000 Dollar für unsere sehr wichtigen Zwecke übergeben wurden, erschöpfen die Angelegenheit nicht. Ich bin jedoch überzeugt, daß Vorstand Świetlik in Übereinstimmung mit den mir zuletzt gemachten Zusicherungen jetzt zu einer Aktion übergehen

wird, die weitere Ziele im Auge hat.« Für welche »sehr wichtigen Zwecke« die 300 000 Dollar übergeben worden sind, hat Herr Sikorski nicht verraten.

Als zweites wichtiges Zentrum des Polentums in den U. S. A. hat Sikorski die polnischen Kongreßmitglieder genannt, »die Demokraten sowohl wie auch die Republikaner, deren Bedeutung zunimmt und mit denen wir die bestmögliche Fühlungnahme unterhalten, ohne uns dabei in die inneren Verhältnisse dieser Großmacht einzumischen«. Bei den letzten Wahlen haben die Polen zwei Sitze in der republikanischen Partei erhalten, in der sie solange überhaupt nicht vertreten waren. Alle polnischen Kandidaten mußten sich übrigens ihren Wählern gegenüber verpflichten, »das Programm Roosevelts voll und ganz zu unterstützen«.

Von dem dritten Zentrum, der katholischen Kirche, stellt Sikorski mit Genugtuung fest, »daß sie sich gegenwärtig immer deutlicher unserer Seite zuwendet« (cfr. Ungarn!) und daß der frühere polnische Militärbischof Gawlina in nächster Zeit nach den Vereinigten Staaten reisen werde, »um einen engen und ständigen Kontakt herzustellen«, nachdem Sikorski selbst bei seiner Anwesenheit schon eine »Verständigung mit dem in Regierungskreisen sehr einflußreichen Erzbischof Muni und dem polnischen Bischof Woznicki herbeiführen konnte«.

Ein reichliches Maß an Anerkennung endlich erhalten die polnischen Arbeiter- und Berufsverbände für ihre Initiative und Aktivität. »Mit Genugtuung« so erklärte er, »habe ich mich davon überzeugt, daß die amerikanische Arbeiterbewegung unter dem Einfluß der Polen mit besonderem Interesse und sogar Mitgefühl an die Wiederherstellung Europas denkt und sich zu einer wahrhaft demokratischen Weltanschauung bekennt«.

Wenn Sikorski sich trotz der Erfahrungen, die er auf seiner ersten Amerikareise gemacht hatte (man hatte ihn von polnischer Seite in einer öffentlichen Versammlung aufgefordert, sein Amt niederzulegen), doch entschlossen hat, innerhalb eines Jahres zum zweitenmal den Bittgang nach den U. S. A. anzutreten, dann müssen schwerwiegende Gründe dazu vorhanden gewesen sein. Der Eintritt der U. S. A. in den Krieg und die Mahnungen der polnischen Emigrantenregierung haben schließlich Erfolge auf dem Gebiete der Propaganda gezeitigt. Noch am 1. 4. 1941 brachten die Nowiny Polskie (Milwaukee) einen Artikel unter der Über-

schrift: »Sie betteln um eine Aktion für Polen«, in dem sich folgende Sätze befanden:

»Dieser Tage richtete die polnische Kolonie in England durch Vermittlung des Büros des Weltverbandes der Auslandspolen eine flehentliche Bitte an unsere amerikanische Polonia, sich doch endlich zu einer Aktion der moralischen Hilfe für Polen, der Aufklärung der öffentlichen Meinung in Amerika über die Notwendigkeit eines großen und starken Polens und der Einflußnahme auf die amerikanische Regierung zu entschließen. Der Vorwurf des Schriftleiters des Bulletins des Weltverbandes der Auslandspolen besteht völlig zu Recht, wenn er sagt, daß die Amerikapolen bisher bei der Umformung der amerikanischen Stimmung unter dem Eindruck der letzten Ereignisse kein bahnbrechender Faktor waren, daß sie nicht in der ersten Reihe der Interventionisten zu sehen waren, sondern irgendwo und als gemäßigste Mitte ihren Platz einnahmen. Diese Vorwürfe werden noch Generationen nach uns wiederholen, sie stimmen mit der Wirklichkeit völlig überein und können nicht mehr weggewischt werden. Unsere Organisationen haben sich im allgemeinen passiv verhalten, wenn es sich um die Aufrüttelung der öffentlichen Meinung in Amerika in der Angelegenheit einer schnellen Hilfeleistung für die Nationen handelte, welche um ihre Freiheit kämpfen.«

Nun wurde zur »Aufklärung und Aufrüttelung der öffentlichen Meinung«, zur »Umformung der amerikanischen Stimmung« eine groß angelegte Aktion inszeniert, und das dazu am besten geeignete Mittel schienen eine »Propagandakampagne gegen die Grausamkeiten der deutschen Behörden in dem ehemaligen Polen« zu sein, also genau dasselbe Mittel, mit welchem auch der Herr des Weißen Hauses die von ihm so sehnlich gewünschte »Umformung der amerikanischen Stimmung« betrieb, als er sich am Quai d'Orsay Greuelnachrichten über die Deutschen bestellte. Über den Erfolg einer solchen Propagandakampagne konnte der Dziennik Polski seinen Lesern am 27. 7. 1942 mitteilen, daß im Verlauf der Aktion 6 000 Artikel in 1 023 Zeitungen erschienen seien. Daß alle solche Artikel dem primitiven und grobschlächtigen Empfinden des U. S. A.-Durchschnittsbürgers angepaßt waren, ist selbstverständlich.

Es war wohl kein Zufall, daß gerade in der Zeit, in welcher diese echt amerikanisch aufgezogene Kampagne mit vollen Touren anlief, auch der »Informationsminister« der polnischen Emigrantenregierung, Herr Stanislaus Stroński, sich dort aufhielt, eine Persönlichkeit, die den alten Ostmärkern noch aus seiner Tätigkeit an der Gazeta Warszawska in lebhafter Erinnerung ist. Wo konnte er einen besseren und würdigeren Abladeplatz für seine »Informationen« finden als in den amerikanischen Zeitungen? Am 17. 5. 1941 erschien denn auch von ihm ein Artikel im Dziennik Związkowy unter dem Titel: »Was die Deutschen in Polen nicht gefunden

haben und was sie fanden.« Er schreibt dort u. a.: »Ihre wichtigste und alltägliche Losung ist, daß man in dieses zurückgebliebene Land rasch und in starken Dosen die Zivilisation einführen muß. Sie zivilisieren also eiligst. Massen werden hingemordet. Hunderte und Tausende werden aus ihrem Heim verjagt. Es sind bereits Hunderttausende und Millionen, die von allem bis zum letzten Kleidungsstück und bis zum letzten Groschen entblößt wurden. Durch Hunger wird die gesamte Bevölkerung dem Untergang preisgegeben. Das Volk wird vernichtet, wobei man mit der Jugend den Anfang macht. Die Menschenjagd hat bereits über eine Million Arbeiter der neuzeitlichen Sklaverei ausgeliefert. Die Zentren der Wissenschaft und der Arbeit werden ausgelöscht, jegliche Menschenwürde wird mit Füßen getreten. Mit einem Wort — man zivilisiert.« »Attila, der Hunnenführer, dessen Verwüstungen und Grausamkeiten angesichts der Taten des Dritten Reiches ein Kinderspiel waren, erscheint uns heute als hitziger, aber doch im ganzen gutmütiger Wegelagerer.« Eine andere Walze aus seinem anscheinend reichhaltigen Repertoire legte er etwas später, nämlich am 2. 6. 1941 in einem in der Nowiny Polskie erschienenen Artikel auf, der die Überschrift trug: »Siedler oder Räuber?«

Hat diese ganze Haß- und Hetzkampagne mit dem »Informationsminister« der Emigrantenregierung an der Spitze nachhaltigen Erfolg gehabt und die auf sie gesetzten Hoffnungen gerechtfertigt? Hat sie wenigstens eine »Umformung« in der Haltung der amerikanischen Polen herbeigeführt, so daß sich diese geschlossen hinter ihre sog. Regierung gestellt und deren Maßnahmen gutgeheißen haben? Die Antwort mag uns Herr Kwiatkowski geben, der als Vertreter der Arbeiterpartei im Nationalrat am 20. 5. 1942 eine donnernde Philippika gegen die Zustände unter dem amerikanischen Polentum vom Stapel ließ. »Die polnische Presse in der U. S. A. schreibt mit Entrüstung über ein Komplott gegen die Regierung und veröffentlicht Geheimdokumente, in denen Namen wie Florian Reichman, Ignacy Matuszewski (der frühere Schriftleiter der offiziellen Gazeta Polska und angesehenes Mitglied der sogenannten Oberstengruppe), Waclaw Jędrzejewicz (der frühere Kultusminister) und eine Reihe anderer erwähnt werden. Der Dziennik Chikagoski stellt fest, daß dort, wo Freunde Matuszewskis, wie z. B. in dem Staat New York und in Michigan, wirkten, für die Rettung polnischer Kriegsoffer im Januar d. J.



nur 251 bzw. 280 Dollar eingingen. Das seien die Folgen der Arbeit, die unter den Polen in der Vereinigten Staaten besonders die Rekrutierung für die polnische Armee schädige, zumal das polnische Auswanderertum seit etwa 20 Jahren zu häufig solchen Typen, wie Matuszewski und Genossen, begegne, die entweder in amtlicher Stellung oder in besonderer Mission zu den Amerikapolen gesandt worden seien.« Und das alles, trotzdem Herr Sikorski bei seinem ersten Aufenthalt in Amerika auf einem Presseempfang nachdrücklich betonte: »Es gibt keine polnische Emigration. Es gibt nur eine polnische Nation, einen Staatspräsidenten und eine legale polnische Regierung«, und trotzdem er ebenso nachdrücklich erklärte: »Ich stehe hier nicht als Privatperson, sondern als polnischer Ministerpräsident und Oberbefehlshaber, der die volle Gewalt in der Hand hat. Als solcher werde ich nach Großbritannien zurückkehren, um das begonnene Werk fortzusetzen. Wer an jene Gerüchte glaubt, möge sich von ihnen abwenden, denn er dient dem schlimmsten Feind Polens.«

Das ist das Bild des amerikanischen Polentums, wie es sich in der polnischen Presse darstellt. Politisch zum Teil völlig uninteressiert, zum Teil vorsichtig abwartend, zum Teil feindselig gegen die Emigrantenregierung eingestellt. Die Zahl der wirklichen Anhänger dieser Regierung ist jedenfalls nicht hoch, wenigstens nach der Gebefreudigkeit zu urteilen, die man den Landsleuten an der andern Seite des Ozeans entgegenbringt. Es ist bezeichnend dafür, wie das amerikanische Polentum auf den Aufruf reagierte, in welchem der Rat zur Zahlung einer Nationalsteuer aufforderte, die einen Ertrag von 3 Millionen Dollar erbringen sollte.

»Wir zählen hier«, so schrieb das Organ des Rats, der Dziennik Zwiazkowy, ein Jahr später, »etwa 5 Millionen Polen, haben aber bisher nicht einmal eine Million Dollar zusammenbringen können. Auf den Kopf entfallen also bei uns 20 Cent. Ist das nicht etwas zu wenig? Dafür aber sind wir freudig durch New York paradiert, mit Zylinder und ohne Zylinder, und wiederholt haben wir uns auf einem lauten Tanzfest zugunsten der Kriegsoffer getroffen. Kościuszko-Ball, Pułaski-Ball und tausend anderer Bälle. Die Dielen schwankten unter dem Stampfen der tüchtigen Tänzer, die Musik spielte aus Leibeskräften, die Fensterscheiben klirrten. Mazurkas, Krakowiaks, Kujawiaks, Polkas, alles mit herzhaftem Schwung, damit Polen sehe, was für Söhne es besitze. Wenn dann die Reineinnahme von diesen Bällen abgeschöpft wird, dann tröpfeln vielleicht ein paar tausend Dollar in den Hilfsfonds für die alte Heimat. In der großen Fastenzeit werden wir uns nach diesen patriotischen Bällen ausruhen und stolz an unsere Aufopferung für das Vaterland denken. In derselben Zeit aber haben die Griechen vielleicht schon 5 oder 6 Millionen Dollar gesammelt.«

Die gedämpften Molltöne, die aus dem Bericht Sikorskis über seine zweite Amerikareise herausklingen, sind also durchaus verständlich.

Und dasselbe Bild auch bei der Emigration am eigentlichen Sitz der Emigrantenregierung in England, nur daß die Konturen hier vielleicht noch schärfer hervortreten.

C. Parteien, „Regierung“, „Nationalrat“ und „Staatshaushalt“ der Emigrantenpolen in London

Die in London erscheinenden vier namhaftesten polnischen Zeitungen vertreten vier verschiedene politische Richtungen. Das offizielle Organ der Emigrantenregierung ist der Dziennik Polski. Das frühere Piłsudski-Lager, die sogenannte Sanacja, hat sich in den Wiadomości Polskie ihr öffentliches Sprachrohr geschaffen. Myśl Polska ist das Blatt der Nationalen, und die Sozialdemokraten haben den alten Robotnik als Robotnik Polski wieder erscheinen lassen. Alle diese Blätter und andere dazu bekämpfen sich gegenseitig aufs heftigste, und die alte polnische Parteizwietracht hat in der Emigration fröhliche Auferstehung gefeiert. Die Nationalen erklären kategorisch: »Unsere Taktik gegenüber der Sanacja haben wir in nichts geändert. Wir waren und sind die Partei, die stets gegen sie kämpfte und immer kämpfen wird. Jetzt, nach der Septemberriederlage hat die Sanacja ihre Farbe geändert und sich unter die Fittiche der Regierung des Generals Sikorski geborgen, der an ihre Besserung glaubt, wir aber können leider nicht daran glauben.« Die Wiadomości Polskie bleiben ihren alten Gegnern nichts schuldig und müssen es sich gefallen lassen, daß man die Anfangsbuchstaben ihres Namens W. P. in die Anfangsbuchstaben der beiden polnischen Worte umdeutet: »Alles wird besudelt.« Den Sozialdemokraten endlich, die in der gegenwärtigen Regierung zwei Sitze innehaben, wird bescheinigt, daß sie »ihre Leute in wichtigen Stellungen anderer Mittelpunkte der Emigrationsverwaltung unterbringen«. Man beschuldigt sie der »Unanständigkeit«, weil sich »die Londoner Leitung der sozialdemokratischen Partei bemühe, die Sozialisten in dem gegenwärtigen polnischen Regierungssystem so hinzustellen, als wären sie für die Mängel dieses Systems und die daraus entstandenen Schäden nicht verantwortlich. Sie wollen als

Ritter ohne Furcht und Tadel gelten, die mit der nicht zu fassenden Hydra dieser verschiedenen Unkorrektheiten und politischen Ungeheuerlichkeiten kämpfen«. Man ist mit ihrem Programm für den Aufbau eines neuen Polen unzufrieden und verdenkt ihnen ihre internationalen Verbindungen, die sie gegen die »polnischen Faschisten« ausnutzen.

Es trifft also durchaus zu, was der Dziennik Polski seinen streitbaren Landsleuten am 19. 9. 1942 in ihr Stammbuch schrieb:

»Offensichtlich hat uns ein vorzeitiger Parlamentarismus zugrunde gerichtet. Er löste die polnischen Zungen bis zu der größtmöglichen Beweglichkeit. Auf den Landtagen, in der Stadt, beim Gastmahl redeten und redeten die Polen, bis sie Polen durch ihr Gerede verspielt hatten. Sie erschöpften ihre Tatkraft in Worten, zu Taten reichte sie nicht aus. Von 1788 bis 1791 redeten sie vier Jahre hindurch und schwatzten eine neue Verfassung mit einem Heer, einem Staatsschatz u. a. zusammen, aber den Schatz selbst konnten sie nicht sammeln, und ein Heer aufzustellen waren sie nicht imstande. Die Worte fraßen sowohl den Schatz wie auch das Heer auf. Man sagt von den Polen, daß sie ein sehr angenehmes Volk seien. Sie versprechen Dir, alles zu tun, worum Du sie bittest, und sie haben eine so lebhaft e Einbildungskraft, daß es ihnen so vorkommt, als ob damit schon alles getan wäre Außerdem gelangten die prächtigen Worte unserer Dichter vulkanartig an die Öffentlichkeit, und ihr Einfluß war derart, daß man zu glauben anfang, das Wort könne die Tat ersetzen. Seitdem stieg die Flut der Kluggebungen und Proklamationen, die Überflutung mit dem gesprochenen und geschriebenen Wort. Und weil es in Worten keine Einschränkungen gibt, konnte jeder eine andere Ansicht haben, und so entstand Zanksucht und Streiterei um Worte, die Schatten der Taten. Die Überschätzung der Worte, die zu erbitterten Streitigkeiten führt, ist bis in die Gegenwart geblieben. Die Zänkereien werden durch die politische Eitelkeit noch heftiger, und weil häufig nicht festgestellt werden kann, wessen Ansicht die richtige ist, will niemand nachgeben, und der Gegner wird zunächst für einen Dummkopf, dann für einen Feind gehalten. Die Gefahr der Worte besteht jedoch noch in etwas anderem, nämlich in ihrer Verkündung. Ein unfähiger Redner kann bei seinen Zuhörern Mordlust wecken. Die schrecklichsten solcher Redner sind diejenigen, die banale und bekannte Dinge wiedergeben, die hundertmal wiederholen, daß »wir die ersten waren, welche die Brust hinhielten«, oder daß »Eintracht herrschen müsse« (natürlich unter Aufrechterhaltung des Parteischlüssels), daß das »künftige Polen besser sein solle« (wir sollen natürlich dieselben bleiben), usw.«

Die starke Gereiztheit, die aus diesen Worten spricht, ist allerdings erklärlich, denn selten wohl hat eine Regierung eine derartig schlechte »Presse« gehabt wie die polnische Emigrantengovernment. Auch das aber ist durchaus verständlich, denn wohl bei keiner andern der in London vegetierenden Phantomregierungen ist der tiefe Gegensatz zwischen Schein und Sein so augenfällig wie bei der Regierung Sikorski, weil gerade bei ihr politische Präten-

sionen und wirkliche Fähigkeiten in direkt umgekehrtem Verhältnis zueinander stehen. Sie nennt sich eine »Regierung der nationalen Einigung«, und sie ist, wie wir sahen, eine Regierung der nationalen Uneinigkeit. Sie will eine nationale Regierung sein und stolpert auf Schritt und Tritt über die Judenfrage, die sie nicht lösen kann, weil sie dem internationalen Judentum verpflichtet und verhaftet ist. Um der schönen Augen der Polen willen hat Nathaniel Rotschild sein im Kensington Palace Garden gelegenes Palais dem polnischen »Ministerpräsidenten« während der Dauer des Krieges wahrhaftig nicht zur Verfügung gestellt. Diese »Regierung« aber will und muß auch um jeden Preis die Fiktion aufrechterhalten, daß sie eine souveräne Regierung ist, schon um ihre Landsleute in der Heimat bei der Stange zu halten, und dabei muß sie von Tag zu Tag mehr erkennen, daß ihre ganze Souveränität nichts anderes ist als eine Puppenkomödie, bei welcher sie die ihr zuge dachte Rolle als Marionette so lange zu spielen hat, wie es den Drahtziehern hinter den Kulissen des Foreign Office gefällt. Die Fiktion will sie mit allen Mitteln aufrechterhalten, und deshalb das beinahe höfische Zeremoniell, mit dem sie sich umgibt, deshalb die diplomatischen Empfänge, bei denen, wie die Evening News ironisch feststellten, »die eleganten englischen Generale unter den Uniformen der alliierten Völker gewöhnliche Aschenbrödel waren«, deshalb endlich auch der immer umfangreichere Beamtenstab, den sie schafft, um ihre Stellung als gleichberechtigte souveräne Regierung zu betonen. In ihrem Kabinett findet man nämlich nicht nur einen Außenminister und einen Innenminister, nicht nur einen Minister für Handel, Gewerbe und Schifffahrt, einen für Arbeit und soziale Fürsorge und einen für Informierung und Dokumentierung, sondern jetzt auch noch einen besonderen Minister für nationale Verteidigung, eine Stelle, die solange Sikorski selbst innehatte, und endlich sogar einen Minister für Kongreßarbeiten, dessen Aufgabe darin besteht, das Material zu sammeln und das Programm für den kommenden Friedenskongreß vorzubereiten, damit Polen nach Beendigung des Krieges besser vorbereitet sei als seinerzeit in Versailles. Aus dieser gerade der polnischen Mentalität so eigenen Sucht, mehr scheinen zu wollen als man ist, und aus dem Bestreben, den Widerspruch zwischen Schein und Sein vor sich selbst und vor der Öffentlichkeit zu verschleiern, erklärt sich m. E. auch das, was wir in allen öffentlichen Kundgebungen dieser »Regierung« finden, die tönenden Worte und

die schwülstigen Phrasen, die Drohungen und das Säbelrasseln an die Adresse Deutschlands, die ausschweifenden Hoffnungen und die verstiegenen Zukunftspläne. Das alles wird immer wieder mit dem Brustton der Überzeugung wiederholt, bis man schließlich selbst daran glaubt. Was der Dziennik Polski der Opposition zum Vorwurf macht, trifft genau so auch die Männer der polnischen Emigrantenregierung, »sie haben eine so lebhaftige Einbildungskraft, daß es ihnen so vorkommt, als ob mit Worten schon alles getan wäre«.

Diese Hohlheit und Schwäche ihrer Regierung fühlt die Opposition sehr wohl, und sie nimmt kein Blatt vor den Mund. »Was muß man von den Mitgliedern unserer Regierung verlangen«, fragt das Organ der Sanacja, und es antwortet darauf: »Eine gewisse Routine, Erfahrungen, internationale Praxis und Berufskennntnis, aber das ist noch wenig. Vor allem handelt es sich um das moralische Vertrauen sowie darum, daß hinter der Regierung nicht nur unsere Wirte stehen, sondern wir selbst. Das ist gegenwärtig nicht der Fall. Die Regierung hat weder die Kritik noch den Zuschauer-raum hinter sich, nicht einmal diesen engeren Zuschauerraum, wie es der Nationalrat ist. Die Regierung steht allein in einem überaus merkwürdigen Vakuum.« Noch liebloser geht das Blatt der Nationalen mit seiner Regierung ins Gericht.

»Die gegenwärtige Regierung gleicht einem Atlas, der die Last der schweren Erdkugel auf schwachen Schultern trägt, und dazu kommt noch der Umstand, daß die Last wächst, die Arme aber schwächer werden. Dieser Prozeß vollzieht sich in einem erschreckenden Tempo. In dieser Erscheinung liegt so etwas wie eine umgekehrte Proportion, d. h. die Hinfälligkeit des Atlas gegenüber der gigantischen Last wirkt schon wie eine Karikatur. Sehr bald wird diese Angelegenheit jedoch tragisch werden. Die gegenwärtige Regierung zieht aus einem noch nicht dagewesenen Privileg Nutzen. Sie steht nämlich einzig und allein da und wird deshalb allgemein als ein aller Wertschätzung würdiges Symbol betrachtet. Daraus entstehen aber ungeheure Pflichten, denen man gewachsen sein muß. Man kann nicht verlangen, allgemein vom Volk anerkannt zu werden und selber den Willen des Volkes nicht anerkennen. Der Wille des Volkes aber ist wahre nationale Einheit und nicht unehrliche nationale Uneinigkeit. Im Evangelium wird nirgends gesagt, daß der einzige Sohn nicht ein verschwenderischer Sohn werden könne. So kann auch im Leben des Volkes ein Augenblick kommen, in welchem diese Regierung für eine verschwenderische gehalten wird, weil sie das Vertrauen verbrauchte und verschwendete, das von dem leidenden und blutenden Volk in sie gesetzt wurde. Dann aber wird es für einen solchen Sohn, und wenn er auch der einzige ist, keine Rückkehr geben. Nicht bei seiner Rückkehr, sondern bei seinem Fortgang wird ein gemästetes Kalb geschlachtet werden.«

So schnell, wie es die Opposition wünscht, wird dies Kalb trotz des Vorstoßes von Doboszynski und Sosnkowski nun wohl nicht geschlachtet werden, wenn nicht die britische Regierung unter dem Druck Moskaus umfällt und zum mindesten Sikorski zum Abgang veranlaßt. Er selbst und seine Mannen um ihn denken ebenfalls nicht an Rücktritt, besonders jetzt, nachdem sowohl Kabinett wie auch Nationalrat eine Zusammensetzung erfahren haben, die der politischen Einstellung des »Ministerpräsidenten« mehr entspricht.

Damit ist schon angedeutet, daß die polnische Emigrantenregierung aus zwei Körperschaften besteht, dem Kabinett und dem Nationalrat. Da man in der Emigration an Wahlen zu einem neuen Sejm nicht denken konnte, aber doch wenigstens den Schein eines demokratischen Regimes wahren wollte, wurde schon im Dezember 1939 ein sog. Nationalrat errichtet, der beratendes Organ des »Staatspräsidenten« sein soll. »Er wird«, so heißt es in der Verordnung vom 16. 12. 1939, »seine Meinung zu allen von der Regierung bei den Sitzungen vorgebrachten Angelegenheiten abgeben, insonderheit wird die Regierung dem Nationalrat das Staatsbudget vorlegen. Der Nationalrat kann seine Meinung auch in Form von Anträgen vorbringen. Er besteht aus mindestens 12, höchstens 24 Mitgliedern. Auf Antrag des Ministerpräsidenten kann der Staatspräsident den Nationalrat jederzeit durch eine begründete Verfügung auflösen.« Von diesem Recht hat Raczkiewicz am 4. September 1941 Gebrauch gemacht, als sowohl im Kabinett wie auch im Nationalrat wegen des Abschlusses des polnisch-sowjetischen Paktes eine schwere Krise ausgebrochen war. Der »Außenminister« Zaleski hatte sein Amt niedergelegt, derselbe Zaleski, zu dessen letzten Amtshandlungen als Außenminister Piłsudskis seinerzeit der Abschluß des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes gehört hatte. Auch ein anderer früherer Mitarbeiter Piłsudskis, General Sosnkowski, und der ehemalige Posener Nationaldemokrat und Schriftleiter des Kurjer Poznański, Marjan Seyda, hatten um ihre Entlassung gebeten, sie aber nicht gleich erhalten. Als Gründe für die Auflösung des Nationalrats wurden »die grundlegenden Veränderungen der gegenwärtigen politischen Situation und die Tatsache genannt, daß die Zusammensetzung des Rates einer Erneuerung auf breiter Grundlage bedürfe«. In Wirklichkeit waren ganz andere Gründe maßgebend gewesen. Die starken Unstimmigkeiten innerhalb der Emigrantenregierung waren eine bekannte Tatsache, ebenso

wie auch im Nationalrat eine nicht unbedeutende Strömung gegen die Politik der Regierung Platz gegriffen hatte. Man benutzte also die Gelegenheit, um für die nächste Zeit möglichst freie Bahn zu schaffen und ungehindert an dem polnisch-russischen Freundschaftsverhältnis arbeiten zu können. »Man muß bei dieser Gelegenheit feststellen«, schrieb der Dziennik Związkowy am 6. 10. 1941, »daß der sowjetisch-polnische Pakt eigentlich nur ein Vorwand, nicht aber die Hauptursache der letzten Regierungskrise war. Die peinlichen und häufigen Meinungsverschiedenheiten, welche für die bisherige Epoche maßgebend waren, werden jetzt aufhören.« Der neue Nationalrat besteht aus 25 Mitgliedern, sein Vorsitzender ist Wladislaus Grabski, eine Säule der verflossenen Sejmokratie in ihrer Blütezeit. Auch sonst begegnet uns unter den Mitgliedern dieses Nationalrats manche bekannte Gestalt. Da ist Viktor Kulerski aus Graudenz, der Herausgeber der ehemaligen Gazeta Grudziądzka, da ist der frühere Landeshauptmann von Pommerellen, und da taucht auch die Gestalt von Arkadius (Arka) Bożek wieder auf, der sich in Oberschlesien als ganz besonders fanatischer Deutschenhasser gerierte.

Die wichtigste Aufgabe des Nationalrats ist, wie wir sahen, die Begutachtung des Staatsbudgets. Dieser Etat ist aber, wie der Dziennik Polski in einem Bericht über die diesjährigen Verhandlungen der Etatskommission feststellte, »praktisch gesehen ein solcher, der ein vollkommenes Defizit aufweist und sich auf einen Auslandskredit oder andere Finanzoperationen stützt«. Ein großer Teil dieser Auslandskredite stammt aus dem Lend and Lease Fonds, »die Höhe der Verpflichtungen«, so mußte der Bericht-erstatte zugeben, »ist bedeutend und vergrößert die Ziffern der Barausgaben in sehr beträchtlicher Weise«. In der Tat sind die Ausgaben im Jahre 1942 um 50% über den ursprünglichen Anschlag hinausgegangen. Der im März aufgestellte Plan sah eine Ausgabe von 19 Millionen Pfund vor. Schon im Juli mußte ein Zusatzkredit von 5,4 Millionen Pfund und im Dezember ein nochmaliger in Höhe von 3,5 Millionen »durch Erlaß des Staatspräsidenten« beschafft werden, so daß die Ausgaben im Etatsjahr 1942 die Summe von 28,9 Millionen Pfund erreichten. In dieser Summe waren jedoch »die von der Wehrmacht empfangenen materiellen Kredite, die ebenfalls angestiegen sind«, noch nicht enthalten. Sie werden nämlich von der britischen Regierung à fonds perdu gegeben, denn

in dem Anfang August 1940 getroffenen Abkommen hatte sich England verpflichtet, »die Unterhaltungskosten für die polnische Armee in der Weise zu decken, daß es der polnischen Regierung die notwendigen Kredite zur Verfügung stellt, ohne daß ein Anspruch auf Rückzahlung der für den Unterhalt der polnischen Armee verauslagten Gelder ausgesprochen wird«. Der Haushaltsplan für 1943 weist, worauf der Dziennik Polski aufmerksam macht, eine weitere wesentliche Erhöhung der Ausgaben auf, die Summe wird jedoch nicht genannt. Unter den Gründen für das Anwachsen der Ausgaben nennt das Blatt neben einzelnen anderen vor allem auch den Ausbau des Netzes der Auslandsvertretungen und die Beihilfen für die aus Rußland evakuierten Polen. Dieser Ausbau des Netzes der Auslandsvertretungen ist typisch für die Großmannssucht der polnischen Emigrantenregierung. Durch den Abschluß des polnisch-sowjetischen Paktes ist nämlich Polen, wie man stolz verkündete, wieder in die große internationale Politik eingeschaltet worden, es muß also dementsprechend auch im Auslande vertreten sein. So wurde denn nicht nur eine recht umfangreiche neue diplomatische Vertretung in der Sowjetunion und in Tschunking-China aufgezogen, sondern man hielt es auch für dringend erforderlich, die in Stockholm bestehende Auslandsvertretung um einen Generalkonsul, zwei Vizekonsuln, einen Handelsattaché und einen Assistenten des Militärattachés zu vergrößern.

Genau so großzügig in der Verwendung der ausschließlich aus Anleihen stammenden Gelder zeigt man sich auch auf andern Gebieten. Kennzeichnend dafür ist das, was das Blatt der Nationalen, *Myśl Polska*, am 1. 9. 1942 über eine Pressekonferenz in New York berichtete, in welcher der »Minister« Strakacz Auskunft über die Hilfsaktion für die Polen in der Sowjetunion gegeben hatte. Danach wurden bis zum 22. Mai 1942 insgesamt für 4 Millionen Dollar Waren aus dem Lend and Lease Fonds in Amerika angekauft, und zwar hauptsächlich gebrauchte Kleidungsstücke.

»Wenn wir diese Angaben«, so schreibt das Blatt, »einer näheren Nachprüfung unterziehen, dann stellen wir mit Verwunderung fest, daß es sich bei einem bedeutenden Teil um gebrauchte Sachen handelt, die, wie aus der Erklärung des Herrn Ministers Strakacz hervorgeht, ungewaschen und unausgebessert versandt wurden. Es wurden auch bedeutende Mengen baumwollener Decken abgesandt, die sich für den strengen russischen Winter nicht eignen. Schließlich ist auch ein großer Transport Schuhwaren abgegangen, deren Sohlen, wie die Journalisten, die an der Konferenz teilnahmen, selbst festgestellt haben, nicht aus Leder, sondern nur aus einer schlecht haltbaren und

für Wasser durchlässigen Masse angefertigt waren. Es ist klar, daß sich solche Schuhe für den russischen Schlamm und Schnee überhaupt nicht eignen. Ernstliche Vorbehalte erweckt auch die Zusammensetzung der Lebensmitteltransporte, die bis zu 70 % aus Bohnen und konzentrierten Suppen, also aus Produkten von geringem Nährwert bestehen, während vollwertige Nahrungsmittel, wie kondensierte Milch und Fette, nur in verhältnismäßig kleinen Mengen versandt werden.

Wirkliche Beunruhigung aber erweckte eine andere in der Konferenz bekanntgewordene Angelegenheit, nämlich die Übelstände und die mangelnde Aufsicht bei dem Versand der gebrauchten Kleidungsstücke. Der Lieferant nützte die Mängel des Abkommens aus und lieferte schlechte Ware, die häufig in einem Zustand war, der sie zum Gebrauch geradezu untauglich machte. Sendungen gebrauchter Kleidungsstücke machen der Natur der Sache nach eine besonders sorgfältige Aufsicht und eine genaue Kontrolle erforderlich. Herr Strakacz mußte jedoch zugeben, daß bedeutende Warenmengen ohne irgendwelche Kontrolle abgesandt worden waren. Zwar wurden anfangs Kontrollleure des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge in die Lager zugelassen, in denen die Sachen verpackt wurden; dem Lieferanten gelang es jedoch, diese, wie sich zeigte, unzureichende Kontrolle zu umgehen und in andern Lagern, zu welchen die Kontrollleure keinen Zugang hatten, große Transporte von Kleidungsstücken ohne jede Kontrolle zu verpacken. Als sich die amerikanischen Behörden in diese Affäre einschalteten, wurde festgestellt, daß die Ausmaße der Mißstände sehr beträchtlich waren. Vertreter des Department of Treasury, die im Hafen von New York einen Transport von 1 000 Ballen Ware anhielten, stellten fest, daß nur 20 % der Ballen dieser Transporte vorher kontrolliert waren, 80 % dagegen hatte der Lieferant unter Umgehung der Kontrolle verladen.

Wie solche Mißstände möglich waren, ist schwer zu begreifen. Der die Warensendungen dirigierende Beamte sowie sein Vorgesetzter, Herr Minister Strakacz, kannten ständig sowohl die genaue Zahl der kontrollierten wie auch der verladenen Ballen. Ein einfacher Vergleich dieser beiden Zahlen hätte ihren Verdacht wachrufen müssen, und sie hätten dann feststellen können, daß eine vielfach größere Zahl von Ballen verladen wurde, als kontrolliert worden waren. Die Differenz war so auffällig, daß man nicht begreifen kann, wie sie längere Zeit hindurch ihrer Aufmerksamkeit entgehen konnte. Diese Affäre ist ein dunkler Flecken auf der großen Hilfsaktion für die polnischen Staatsbürger in der Sowjetunion. Über die materiellen Schäden, welche die polnische Regierung hierbei erlitten hat, gehen wir hinweg; das sind Dinge, die wiedergutmacht werden können. Nicht wiedergutzumachen ist dagegen die Vergendung des wertvollen Schiffsraums, der anstatt mit vollwertigen Waren mit unbrauchbaren Sachen beladen wurde. Nicht wiedergutzumachen ist auch die Verbitterung der zahlreichen verarmten Polen in Rußland, denen aus dem reichen Amerika Sachen in so schlechtem Zustand übersandt wurden. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die es verdient, daß die polnische Regierung in London sie sofort aufklärt. Politisch verantwortlich für diese Dinge ist Herr Minister Stańczyk, und es tut hier nichts zur Sache, daß Minister Strakacz dem Minister Stańczyk nicht unterstehe und ihn deshalb nicht gehört habe.

So viel über die Finanzwirtschaft! Und nun zu der politischen Arbeit der Emigrantenregierung.

D. Von der Tätigkeit der polnischen »Regierung« in London

Eine der ersten Amtshandlungen der Emigrantenregierung war die Amnestie für die ehemaligen Brester Gefangenen. Im Oktober 1941 erfolgte dann eine neue große Geste: »Auf Antrag des Justizministers Liebermann beschloß das Kabinett, den Justiz- und Innenminister symbolisch (!) zu bevollmächtigen, das im Jahre 1934 in Bereza Kartuska errichtete einzige Konzentrationslager Polens aufzulösen und die Ausführung dieses Dekrets unverzüglich vorzunehmen.« Damit hatte, wie der Dziennik Zwiazkowy rühmend hervorhob, »die polnische Regierung die Schande von Bereza Kartuska abgewaschen«. Ähnlichen dringenden Staatsnotwendigkeiten entsprachen auch die andern Maßnahmen, von denen hier nur einzelne genannt werden können: »Erteilung eines unbegrenzten Urlaubs an alle staatlichen Beamten und Angestellten, Richter und Staatsanwälte, kommunalen Beamten und Angestellten während der Dauer des Krieges«, »Schaffung eines Militärgerichts für Offiziere in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit während des Septemberfeldzuges«, »Ungültigkeit der Rechtsakte der Besatzungsbehörden«, »Moratorium für Privatschulden«, »Sicherung der Rechte von Personen, die ihrer zinstragenden Papiere bzw. ihrer Aktien verlustig gegangen sind«, »Zuständigkeit der Behörden in Angelegenheiten der polnischen Staatsangehörigkeit« usw. Alle diese Beschlüsse tragen den Charakter der Unwirklichkeit an sich, und sie müssen ihn haben, weil ihnen gerade das Wichtigste fehlt, nämlich das Volk, dem sie gelten können, und weil sie in ihrer überwiegenden Mehrzahl auf eine mehr als problematische Zukunft abgestellt sind. Je ungewisser aber diese Zukunft wird, um so gegenwartsfremder erscheint auch die ganze Vielgeschäftigkeit dieser Schattenregierung, die sie an den Tag legen muß, um ihre Existenz wenigstens vor der polnischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Sie muß »regieren«, ut aliquid fieri videatur.

Auch die Arbeit des Nationalrats trägt, soweit sie sich mit Zukunftsplänen beschäftigt, dies Merkmal der Unwirklichkeit und Gegenwartsfremdheit an sich. So z. B., wenn er die »politische Rechtskommission« beauftragt, einen »Entwurf von konstitutionellen Thesen für die zukünftige polnische Verfassung« und einen solchen für eine »Wahlordnung auszuarbeiten, nach welcher die Wah-

len zum ersten Sejm stattfinden werden«, oder wenn er der »Kommission für Sozialwirtschaft« die Aufgabe stellt, einen Entwurf fertigzustellen, der die »Grundsätze für den Aufbau eines neuen staatlichen Wirtschaftsorganismus« enthält. (Dziennik Polski, 28. 9. 1942.) Mehr Interesse bietet derjenige Teil seiner Tätigkeit, in welchem er sich mit aktuellen Fragen beschäftigt und von seinem Recht Gebrauch macht, die »Regierung« zu interpellieren, weil dabei oft bezeichnende Streiflichter auf die Hintergründe der polnischen Emigrantenpolitik fallen, die für ihre Beurteilung wichtiger sind als alle akademischen Beschlüsse und Erlasse. So z. B., wenn er Auskunft darüber verlangt, ob der Vatikan an Stelle eines polnischen Bischofs einen Deutschen zum Administrator der katholischen Kirche des Warthegaues ernannt habe, ob ferner zum Apostolischen Administrator der Diözese Culm ebenfalls ein Deutscher, und zwar ein gewisser Splet, ernannt worden sei. Die Antwort interessiert uns deshalb, weil sie zeigt, wie intensiv man daran arbeitet, den Vatikan aus jeglicher Zurückhaltung herauszulocken und zu einer aggressiven Politik zu bewegen, weil man hofft, auf diese Weise die gesamte katholische Welt gegen Deutschland zu mobilisieren. »Die deutschen Behörden«, so lautet diese Antwort, »haben angeordnet, daß in dem von den Deutschen besetzten Westpolen die katholische Kirche (ebenso wie auch die Kirchen anderer Bekenntnisse) rechtlich nur als eine von ihnen bestätigte Vereinigung bestehen dürfen und daß deshalb besondere Vereinigungen für die polnischen und die deutschen Katholiken gebildet werden müssen. Von dem Erlaß dieser Anordnung wurde der Vatikan, soweit festgestellt werden konnte, nicht benachrichtigt. Er ist sich über die Gefahr dieser Konzeption sowie über die Tatsache klar, daß das religiöse Leben in Westpolen gezwungen sein werde, in die Katakomben zu gehen. In dem Bestreben, die Reste dieses Lebens zu erhalten, stimmte er jedoch der vollzogenen Tatsache zu, wobei er vorsieht, daß Bischof Dymek die polnische Vereinigung, der Franziskaner Breitinger die deutsche leiten soll. Wie man auch immer den Wortlaut des Konkordats auslegen mag, darf es doch keinem Zweifel unterliegen, daß die in dieser Weise vollzogene Änderung mit seinem Geist nicht im Einklang steht. Der Botschafter Polens hat deshalb in jedem der obenerwähnten Fälle im Auftrag der Regierung entschiedenen Protest eingelegt. Wir werden diese Aktion mit aller Energie und in der Überzeugung weiterführen, daß die

deutschen Maßnahmen, die sich gegen die religiösen Interessen unseres Volkes und gegen die Einrichtungen der katholischen Kirche selbst richten, nicht einmal die indirekte Sanktionierung des Oberhauptes der Kirche finden können (!).«

Und nun zu der Arbeit der einzelnen »Ministerien«.

In dem »Ministerium des Innern« besteht eine besondere Abteilung, deren Aufgabe es ist, »Verzeichnisse der deutschen Kriegsverbrechen zu führen, die dem polnischen Staat und seinen Bürgern gegenüber begangen wurden, und das Material für die Bestrafung solcher Verbrechen vorzubereiten«.

Die Aufgaben des »Ministeriums für Handel, Gewerbe und Schiffahrt« faßt der Inhaber dieses Amtes in die Worte zusammen: »Wirtschaftlicher Wiederaufbau der Heimat«. »Wir arbeiten«, so erklärt er, »auf kurze und lange Frist. Vor allem müssen wir vollkommen darauf vorbereitet sein, der Heimat vom ersten Augenblick der Befreiung Polens an im weitesten Maße wirtschaftliche Hilfe zu bringen. Ich brauche nicht darüber zu reden, in welch schrecklichem Zustand der Vernichtung und Erschöpfung sich die Heimat befindet. Wir werden die dringendsten Bedürfnisse an Lebensmitteln, Kleidung und Schuhwerk befriedigen und Rohstoffe liefern müssen, um die Industrie in Gang zu setzen und Installationen für die Umstellung der Industrie auf Friedensproduktion vorzunehmen. Wir werden die notwendigen Mittel für die Vornahme öffentlicher Arbeiten hergeben und Produktionsmittel für die Landwirtschaft liefern müssen, um sie wieder auf ein Niveau zu bringen, auf dem sie imstande sein wird, das Inland zu ernähren.«

Der »Minister für nationale Verteidigung« rechnet damit, daß die kommenden Ereignisse den Polen gestatten werden, »die große lebendige Kraft des Auslandspolentums und des Vaterlands selbst zu entfesseln und dadurch den Einsatz Polens in dem gegenwärtigen Krieg zu vervielfältigen«. Er bereitet schon jetzt »die Zeit der allmählichen Freimachung der nationalen polnischen Kräfte und die Umwandlung jener Sklaven in kämpfende und bewaffnete Kräfte« vor, ja, er rechnet sogar schon mit dem Zeitpunkt, »an welchem diese bewaffneten Kräfte zu einer großen und bereits vollkommen selbständigen nationalen Kraft in der sich befreienden Heimat heranwachsen werden«. Deshalb ist es auch sein Bestreben, alles zu tun, »um im richtigen Moment das Maximum an Kräften

und Mitteln in die Hände des Oberbefehlshabers zu legen«, der in seinem Befehl vom 15. 8. 1942 die Gewißheit ausgedrückt hat, daß diese polnischen Kräfte »auf dem Wege zur Heimat zu einer Lawine anschwellen werden«.

Der »Minister für Informierung und Dokumentierung« will sich im Jahre 1943 besonders darum bemühen, »die polnische Propaganda in den U. S. A. ausgiebig zu verstärken, sie in Großbritannien durch Eindringen in die verschiedenen Gruppen der Volksgemeinschaft zu vertiefen und ihr Netz überall in der Welt zu erweitern, wo immer sich nur die Gelegenheit und die Möglichkeit dazu bietet«. Zugleich aber will er auch, schon mit Rücksicht auf den Verlauf des Krieges, sich »mit jenen politischen polnischen Problemen befassen, die aus Problemen bald zu Dingen werden können, die erledigt werden müssen«.

Und schließlich das, was der »Minister für Kongreßarbeiten« seinen Landsleuten als Ergebnis seiner bisherigen Arbeit vorsetzt! Für ihn ist zunächst »an eine dauerhafte und friedliche Existenz des polnischen Staates ohne Ostpreußen nicht zu denken. Ebenso aber auch nicht ohne das Oppelner Schlesien, das außerdem die Vorbedingung für eine gefestigte gemeinsame Grenze und die territoriale Geschlossenheit der beiden westslawischen Staaten, Polen und der Tschechoslowakei, sowie überhaupt für den geplanten Staatenblock des östlichen Mitteleuropa ist«. Darüber hinaus aber verlange die Sicherheit des Polnischen Staates auch noch »eine Verschiebung der polnischen Grenze mit Deutschland nach Westen hin, die sie begradigt, verkürzt und die bisherigen Gebiete Polens, besonders aber seine Seehäfen, schützt«. Herrn Seydas Pläne gehen aber noch weiter. »Außer diesem, unserem territorialen Programm beabsichtigt die polnische Regierung, Deutschland für die Zukunft durch die Verwirklichung einer Reihe von Forderungen allgemeiner Natur, besonders aber durch eine moralische und materielle Abrüstung des deutschen Volkes, unschädlich zu machen.«

»Zum ersten ist u. a. eine langjährige Okkupation deutschen Gebietes zu rechnen, wobei die Gebiete westlich des Rheins und der Ems sowie östlich der Lausitzer Neiße und der Oder von den benachbarten Staaten, im Osten also vor allem von Polen, okkupiert werden müßten. Die materielle Abrüstung muß nicht nur die Abrüstung der gesamten Streitkräfte Deutschlands, seiner Polizei sowie der militärischen Organisationen jeder Art, nicht nur die Vernichtung aller Kriegsgerät herstellenden Fabriken oder ihre Verlegung nach den Siegerstaaten, sondern auch die Vernichtung oder Fortschaf-

fung der Maschinen und Einrichtungen in denjenigen Industriezweigen umfassen, die Deutschland leicht von der Friedensproduktion wieder auf Kriegsproduktion umstellen könnte. Dies Problem ist in der Praxis mit der Frage nach den Entschädigungen verbunden, die Polen natürlich für die Schäden verlangen wird, welche sowohl der Staat wie auch seine Bürger erlitten haben, und zwar sowohl für die Schäden wirtschaftlicher wie auch kultureller und moralischer Art.« Und doch fühlt man sich, auch wenn alle diese Pläne sich verwirklichen sollten, anscheinend noch nicht sicher genug. Die Ostsee muß »den Charakter eines geschlossenen deutschen Meeres verlieren«. Dafür ist erforderlich »die Internationalisierung des Kieler Kanals sowie zweier breiter ihn umgebender Zonen, die Übertragung eines Mandats an Großbritannien, dort die militärische und administrative Herrschaft auszuüben, und endlich die Schaffung britischer See- und Flugzeugstützpunkte auf den deutschen Nordseeinseln und britischer und polnischer Stützpunkt auf den Inseln der westlichen Ostsee«.

Den krönenden Abschluß dieses Sicherungswerkes, auf den die polnische Politik besonders Nachdruck legt, soll »die Föderierung bzw. Konföderierung des östlichen Mitteleuropa bilden, von Litauen über Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien bis nach Jugoslawien, Albanien, Griechenland und Bulgarien«. Dabei will Herr Seyda es dahingestellt sein lassen, »ob das ein Bund sein wird oder ob vielleicht zwei entstehen sollen«; entschieden dagegen aber ist er, auch Österreich in diese Föderation aufzunehmen, weil es in ihr »früher oder später doch wieder die Rolle eines willfähigen Werkzeugs Deutschlands spielen würde«. Ebenso lehnt er auch die Konzeption eines besondern Donaubundes ab, weil ein solcher nur »die Wiederherstellung Österreich-Ungarns in veränderter Gestalt bedeuten würde«, und endlich verwirft er entschieden die Idee eines Paneuropa, und zwar ebenfalls aus Gründen der Sicherheit.

»Was das zukünftige Verhältnis Polens zur Sowjetunion betrifft, so steht die polnische Regierung fest auf dem Boden des Rigaer Vertrages, der ein Akt des freien Willens beider Partner war und für alle Zeiten bestehen sollte, nicht also nur bis 1930 oder 1943.« Im übrigen seien die strittigen Ostgebiete »für das riesige Rußland ohne Bedeutung, für Polen dagegen unentbehrlich, denn nur ein großes Polen habe bei der geographischen Lage, in der es sich befinde, einen Sinn«. Selbstverständlich müsse Polen aber auch »freien Atem« nach Nordwesten und Südosten haben, damit es nicht wieder in ähnlicher Weise in die deutsche Zange genommen werden könne, wie es 1939 der Fall war. »Auf diesem Standpunkt verharrend, strebt die polnische Politik danach, ihre Beziehungen zu Rußland redlich und freundschaftlich zu gestalten, denn die geschichtliche Aufgabe Polens ist der Aufbau einer starken und nach Westen gerichteten Front sowie die Heranziehung auch der andern Völker des östlichen Mitteleuropa für diese Aufgabe, was zu gleicher Zeit ein Schutz Rußlands vor dem germanischen Imperialismus sein wird.«

Das sind in großen Umrissen die Pläne der polnischen Emigrantenregierung, soweit sie die Wiedererstellung eines polnischen Staates betreffen.

E. Emigrantenregierung und polnische Juden

Auf innenpolitischem und sozialem Gebiet, besonders was die Judenfrage anbelangt, soll das neue Polen sich vorteilhaft von dem früheren unterscheiden, denn »Polen wird ein demokratischer Staat sein, der sich auf die breitesten Schichten des Volkes stützen wird. Die Freiheit des einzelnen und die Bürgerrechte werden sich in ihm mit der Sicherung einer straffen Regierungsführung verschmelzen, die von einer in ehrlichen Wahlen und auf Grund einer demokratischen Wahlordnung gewählten ehrlichen nationalen Vertretung kontrolliert und vor dieser verantwortlich sein wird. Den nationalen Minderheiten, die sich mit dem polnischen Volk am Kampf beteiligt haben und dem polnischen Staat treu geblieben sind, wird Polen Gerechtigkeit, freie nationale Entwicklung sowie Rechtsschutz sichern«. Was die polnische Emigrantenregierung in diesem Aufruf an das Volk von Angers aus am 18. 12. 1939 versprochen hat, wurde von dem polnischen »Staatspräsidenten« Raczkiewicz am Neujahrstage 1943 wiederholt: »Bei der Einrichtung seines innern Lebens strebt Polen ebenfalls im Einklang mit der Überlieferung seiner Vergangenheit eine Verfassung an, die die staatsbürgerliche Freiheit und die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz unabhängig von ihrer Religions- und Volkszugehörigkeit sicherstellt.«

Was uns an diesen beiden Kundgebungen interessiert, ist der Nachdruck, mit dem man die Stellung der Minderheiten in einem zukünftigen Polen hervorhebt, und die Versicherung, daß diese Minderheiten, unabhängig von ihrer Religions- und Volkszugehörigkeit, die gleichen staatsbürgerlichen Rechte besitzen sollen wie die Polen selbst. Bekanntlich hat ja gerade die Minderheitenpolitik des verflorenen polnischen Staates immer wieder Anlaß zu berechtigten Klagen und Beschwerden gegeben, und zwar nicht etwa erst zur Zeit der Piłsudski-Regierungen, sondern gerade damals, als dieselben Kreise in Polen an der Macht waren, die heute in der Emigrantenregierung vertreten sind. Es verging kaum eine Sitzung der Genfer Liga, bei welcher nicht die Frage der in Polen lebenden nationalen Minderheiten auf der Tagesordnung gestanden hätte. Woher also dieser Eifer, mit dem man sich jetzt für eine gerechte Behandlung der Minderheiten einsetzt? Die Antwort ist nicht schwer zu finden, wenn man sich an die Vorgänge erinnert, die nach

dem ersten Weltkrieg dazu geführt haben, daß die Alliierten den neuen polnischen Staat zwangen, Bestimmungen über den Schutz der nationalen Minderheiten in die Verfassung aufzunehmen und den ihm diktierten Minderheitenschutzvertrag zu unterschreiben. Heute wissen wir, daß der ganze damalige Minderheitenschutz ein Werk des internationalen Judentums war, der nach dem Willen seiner Initiatoren in erster Linie dem rumänischen und polnischen Judentum zugute kommen sollte. Genau dasselbe Spiel wiederholt sich auch jetzt. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch Polens hat die Arbeit der Juden nach dieser Richtung hin eingesetzt, und sie ist während der ganzen Zeit planmäßig und erfolgreich weitergeführt worden. Im einzelnen verlief die jüdische Aktion in mehreren Etappen, je nachdem sich das polnische, das englische oder das amerikanische Judentum daran beteiligte.

Schon Ende 1939 erfolgte der erste Vorstoß der polnischen Juden. Sie schickten eine Abordnung zu dem damaligen »Außenminister« Zaleski, um ihn wegen der zukünftigen Einstellung des polnischen Staates gegenüber den Juden zu interpellieren. Der Erfolg übertraf ihre Erwartungen. Zaleski erklärte, daß Polen die Juden auf der Grundlage der Gleichberechtigung und entsprechend den demokratischen Grundsätzen behandeln werde, welche die Grundlage für die Tätigkeit der neuen Regierung bildeten. Die polnischen Behörden würden zur gegebenen Zeit die sofortige Aufhebung der jüdischen Reservate veranlassen, die jetzt von den Deutschen geschaffen würden und die er als eine »teuflische Erfindung« bezeichnete. Die jüdischen Delegierten brachten dem Minister ihre »höchste Zufriedenheit und ihre Treue gegenüber Polen zum Ausdruck«. (Głos Wychodźcy, 2. 12. 1939). Diese Erklärung brachte das gesamte Judentum in Bewegung. In den Tagen vom 10. bis 12. 2. 1940 fand in Washington ein Kongreß der amerikanischen Juden statt, bei dessen Eröffnung der Vorsitzende in schöner Offenheit erklärte, daß der Sieg der Demokratien ein jüdischer Sieg sein werde. Etwas vorsichtiger drückte sich der Hauptredner des Kongresses, der Rabbiner Nahum Goldmann, aus, wenn er es noch für verfrüht hielt, ein Programm der jüdischen Friedensziele zu formulieren, weil diese von dem allgemeinen Bild des Lebens in einem Nachkriegseuropa und von den allgemeinen Grundlagen der politischen Fragen innerhalb Europas abhängen würden, aber es sei doch jetzt schon möglich, einige allgemeine Forderungen aufzustellen.

Eine dieser Forderungen hob der Redner besonders hervor, nämlich die Einschränkung der Souveränität des Staates, weil nach seiner Meinung »souveräne Staaten die Ursache des europäischen Unglücks seien, unter dem besonders die Minderheiten zu leiden hätten«.

Aber auch unter den Polen selbst hatten die Erklärungen Zaleskis Folgen gehabt, die er nicht erwartet hatte; sie hatten nämlich die in den nationalen Kreisen schon immer vorhandene antisemitische Einstellung noch stärker anwachsen lassen und dazu geführt, daß diese Kreise eine neue Wochenzeitung »Jestem Polakiem« (Ich bin Pole) herausgaben, die eine scharf antisemitische Richtung vertrat und besonders in den polnischen Militärlagern Schottlands viel verbreitet und gelesen wurde. Jetzt aber trat das englische Judentum auf den Plan. »Britische Freunde«, so berichteten die *Nowiny Polskie* am 26. 8. 1940, haben den General Sikorski und andere Mitglieder des polnischen Kabinetts in Großbritannien auf die Gefahr hingewiesen, die für die polnische Sache aus einer solchen Propaganda entstehen könne.« Herr Sikorski verstand den Wink und erließ sofort folgenden Tagesbefehl: »Ich verbiete auf das schärfste, daß den Soldaten jüdischen Glaubens durch spöttische Bemerkungen eine unfreundliche Haltung gezeigt wird, die geeignet ist, sie in ihrer menschlichen Würde herabzusetzen.«

Dieser Tagesbefehl übte denn auch eine Zeitlang auf die Juden einen besänftigenden Einfluß aus. Das zeigte sich deutlich bei einer Tagung der amerikanischen Föderation der polnischen Juden, die am 30. 9. 1940 in der Stadthalle in New York stattfand. Wieder trat Nahum Goldman als Redner vor seine Glaubensgenossen: »Der gemeinsame Kampf«, so versicherte er, »das gemeinsame Leiden in den Fesseln der Okkupation und das gemeinsame Schicksal der Verbannung haben die Bande enger geknüpft, welche die Millionen Juden untrennbar mit Polen verbinden. Wir gehen einem neuen Polen entgegen, wir glauben an den Endsieg der Gerechtigkeit. Die Vorkriegsvergangenheit Polens mit ihrem Antisemitismus hat uns oft Anlaß zu starker Kritik gegeben; wir wollen vergessen, was gewesen ist. Es ist schwer, die Zukunft vorauszusehen, aber man darf wegen der bisherigen Erfolge Hitlers nicht pessimistisch werden. Der gegenwärtige Krieg ist eine Tragödie in mehreren Akten. Wir glauben an ihren guten Ausgang, denn die Völker,

welche die Freiheit gekostet haben, geben sie nicht auf. Unter ihnen befinden sich auch die Polen. Jetzt ist es ein gemeinsamer Kampf der Polen und des polnischen Judentums.« Diese Worte verfehlten den von ihnen beabsichtigten Eindruck nicht. »Wenn die Juden in Polen«, schrieb der Dziennik Związkowy im Anschluß an den von ihm über diese Versammlung gebrachten Bericht, »in Zukunft so denken werden, wie Dr. Goldman sagt, wenn die jetzigen gemeinsamen Leiden in dem polnischen Judentum die Idee des polnischen Staatswesens festigen werden, wenn wir gemeinsam am Wiederaufbau Polens arbeiten werden, so sehen wir keinen Anlaß, weshalb in Polen weiterhin Antisemitismus herrschen sollte, wenn die Juden selber durch ihre Arbeit und ihr Betragen keinen Anlaß dazu geben werden«. (Dziennik Związkowy, 21. 10. 1940.) Noch stärker war das Echo der Goldmanschen Erklärung in London. Bei einer Versammlung polnischer Juden, die Anfang November stattfand und an welcher vier (!) Minister der Emigrantenregierung teilnahmen, gab Herr Stanczyk im Namen dieser Regierung die Erklärung ab, »daß alle Polen jeglichen Religionsbekenntnisses in dem neuen Polen die gleichen Rechte und Pflichten besitzen würden«. Die Vertreter des Judentums bezeichneten in ihren Erwiderungen »den jetzigen Krieg als gemeinsame Sache und gaben dem Glauben Ausdruck, daß der Endsieg die Entstehung eines freien und unabhängigen demokratischen Polens bringen werde, in welchem auch die polnischen Juden einen entsprechenden Platz erhalten und die ihnen gebührende Rolle zugewiesen bekommen würden«. (Dziennik Związkowy, 7. 11. 1940.)

Soweit war man sich also einig, jetzt handelte es sich nur noch darum, diesen »entsprechenden Platz« und diese »gebührende Rolle« näher zu bestimmen. Wieder unternahmen die Juden die Initiative. Anfang November 1940 erschien in Amerika die erste Nummer einer Zweiwochenzeitschrift der polnischen Juden unter dem Namen »Nasza Trybuna«. Das Blatt sollte, wie es in dem einleitenden Aufsatz hieß, »der Frage der Verständigung zwischen Juden und Polen dienen und die Aufgaben erfüllen, die der jüdisch-polnischen Presse in dem Vorkriegspolen gestellt waren«. Gleich nach Erscheinen der ersten Nummer erhoben die Nowiny Polskie ihre warnende Stimme: »Die neue Zeitung geht davon aus, daß die Juden im zukünftigen Polen eine Nation im politischen Sinn des Wortes bilden sollen, eigene nationale Minder-

heitenrechte haben und die polnische Regierung dafür kritisieren dürfen, daß sie den polnischen Handel mehr unterstützt habe als den jüdischen. Auf einer solchen Grundlage kann keine Verständigung erzielt werden.« In Nr. 3 veröffentlichte die Trybuna tatsächlich den Entwurf zu einem Vertrag, der das Zusammenleben von Juden und Polen in einem zukünftigen polnischen Staat regeln sollte. In heller Empörung schrieben die Nowiny dazu: »Es handelt sich um ein politisches Abkommen eines souveränen Volkes mit einem andern souveränen Volk, welches das nachbarliche Zusammenleben beider Nationen betrifft. Schon das bloße Projekt eines politischen Vertrages polnischer Juden in Amerika mit den Polen in Amerika über die zukünftigen Verhältnisse zwischen Polen und Juden im polnischen Staat wirkt wie Hohn auf das Kulturniveau unserer Landsleute in der Heimat. Die Juden wollen in Polen größere Vorrechte besitzen als die Polen selbst, und diese Vorrechte sollen durch internationale Verträge garantiert werden. Sie wollen sich von vornherein versichern, daß das zukünftige Polen ein zweites Palästina wird, in welchem die Juden die herrschende, die Polen aber die dienende Klasse sein sollen. Das zukünftige Polen kann nur eine polnische Republik sein, niemals aber ein neues Palästina oder Judäa«. Vorsichtiger in den Forderungen, soweit sie die den Juden »gebührende Rolle« betrafen, war man in London, wo der Rabbiner Schwarzbart bei Gelegenheit einer Pressekonferenz nur verlangte, »daß in der zukünftigen Regierung Polens alle Minderheiten, also auch die Juden, vertreten sein müßten«.

Von polnischer Seite wurde nunmehr die berechtigte Frage aufgeworfen, welche Verdienste sich denn die Juden um Polen erworben hätten, wenn sie eine derartige Stellung in einem neuen polnischen Staat beanspruchten, und mit demselben Recht fragte man, wo denn die bewaffneten jüdischen Abteilungen blieben, die an der Seite der Alliierten für ein neues Polen kämpften. Die Juden waren um eine Antwort nicht verlegen. »Die Debatten im Unterhaus«, so lesen wir in den Nowiny Polskie vom 11. 2. 1941, »bei der Behandlung des Gesetzes über die Militärdienstpflicht der Bürger jener Staaten, deren Regierungen sich in London als Bundesgenossen Großbritanniens befinden, wurde etwas lebendiger, als einige Abgeordnete die Behauptung aufstellten, daß die Juden sich fürchteten, der polnischen Armee in England beizutreten, da sie erwarteten, daß sie dort infolge ihrer rassischen Sonderart verfolgt

würden. Morrison stellte in seiner Antwort fest, daß die Befürchtungen der Juden grundlos seien, da ja General Sikorski kürzlich einen Tagesbefehl erlassen habe, in welchem er die Gleichberechtigung aller Mitglieder der Wehrmacht ohne Rücksicht auf Rasse und Religion betont habe. Die polnische Regierung ihrerseits beschloß, diesem Vorwurf nachzugehen, wonach hervorragende Polen, die in der polnischen Armee in Großbritannien Dienst tun, antisemitische Propaganda betreiben«. Die Folge dieser Untersuchung war, daß dem Blatt »Jestem Polakiem« die solange gewährte Subvention entzogen wurde, so daß es sein Erscheinen einstellen mußte. Mit diesem Erfolg waren die Juden jedoch noch nicht zufrieden. Sie schickten jetzt den Labour-Abgeordneten Sorensen vor, der den Antrag stellte, daß polnische Juden, die den Antisemitismus in der polnischen Armee fürchteten, nicht eingezogen werden dürfen. Wieder berief sich Morrison darauf, daß Sikorski in einem Tagesbefehl den Antisemitismus scharf verurteilt habe; gleichzeitig aber versicherte er, daß die Angelegenheit von verschiedenen Regierungsstellen geprüft werde. Diese Ankündigung des englischen Innenministers genügte, um die Regierung Sikorski den Forderungen der Juden gegenüber noch gefügiger zu machen. Auf einer Versammlung des »Verbandsrats des polnischen Judentums in Großbritannien« lieferte Herr Stańczyk den Beweis dafür:

»Ich spreche im Namen der polnischen Regierung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir alle ohne Unterschied der Nationalität, Konfession oder politischen und sozialen Anschauungen in diesem Augenblick nur einen einzigen Wunsch haben, den Feind zu überwinden, der unser Land überfallen, unsere Freiheit und den Wohlstand unserer Bürger vernichtet hat und sie in so barbarischer Weise knechtet, wie es die Weltgeschichte bisher noch nicht gesehen hat. Ein Symbol des Hasses des Eroberers gegenüber Polen und seinen Bewohnern sind die Flicker, mit denen man dort die Juden in Polen kennzeichnet, um sie in den Augen der Hitler Tyrannen zu erniedrigen. Für uns bedeuten jene Flicker eine ehrenvolle Auszeichnung. Sie bedeuten nämlich, daß wir gemeinsam kämpfen und leiden für Ideale, die nach der Auffassung der gesamten Menschheit die höchsten sind und bleiben werden. Ich will in diesem feierlichen Augenblick es nicht mit Schweigen übergehen, daß auch in Polen die irreführenden Losungen des Totalismus, Rassismus und Antisemitismus ein Echo gefunden hatten. Ich möchte jedoch voll Stolz unterstreichen, daß diese Losungen von der polnischen Gesellschaft niemals allgemein übernommen worden sind; sie sind vielmehr unserer Denkungsart immer fremd geblieben. Die jetzige Regierung widersetzt sich solchen Losungen im Geist einer derartigen Einstellung der Nation und entsprechend ihren bisherigen Erklärungen. Ich möchte Sie versichern, und zwar im Namen der polnischen Regierung, daß uns nichts von den demokratischen Grundsätzen abbringen wird, die jedem Bürger im zukünftigen Polen die gleichen bürgerlichen, politischen und sozialen Rechte garantieren. Die Ju-

den werden als polnische Staatsbürger in dem befreiten Polen in Pflichten und Rechten der übrigen Bevölkerung gleichgestellt sein. Sie werden ihre religiöse Kultur und ihr Brauchtum ungehindert pflegen können. (Anscheinend hat Herr Stańczyk hier das von der letzten polnischen Regierung erlassene Verbot des rituellen Schlachtens im Auge, gegen das die polnischen Juden seinerzeit Sturm gelaufen sind.) Nicht nur die Staatsgesetze, sondern auch die gemeinsamen Opfer zur Befreiung Polens und das gemeinsame Leiden in dieser tragischen Zeit der Unterdrückung bürgen dafür. (Dziennik Związkowy, 3. 3. 1941.)

Aber damit nicht genug! Um die Juden wirklich davon zu überzeugen, daß innerhalb der polnischen Truppenformationen für antisemitische Strömungen kein Raum sei, lud man den Rabbiner Schwarzbart, einen der beiden jüdischen Vertreter in dem Nationalrat, zu einer Besichtigungsfahrt nach Schottland in die militärischen Lager ein. Man kann begreifen, welches Hochgefühl es Schwarzbart bereitete, als er dem Vertreter der jüdischen (!) Telegraphenagentur mitteilte, »daß er offiziell in Schottland gewesen sei, um die polnischen Truppenlager zu besichtigen«, und wenn er anerkennend hervorhob, »daß die polnischen Militärbehörden bemüht gewesen seien, ihm den Kontakt mit den polnischen Offizieren und Soldaten auf jede nur mögliche Weise zu erleichtern«. Er gab dann seiner Genugtuung über die Ergebnisse seiner Besichtigungsreise Ausdruck und versicherte, »daß der Geist im polnischen Heer ein ausgezeichneter sei und daß die Truppen einen hervorragenden Anblick böten«. (Dziennik Związkowy, 3. 5. 1941.) Die Juden hatten einen zweiten Erfolg errungen; sie setzten sofort zum dritten Vorstoß an.

In einer Versammlung polnischer Politiker und Juden forderte derselbe Ignacy Schwarzbart, daß nicht nur die polnische Regierung, sondern auch das polnische Volk ein für allemal die Politik einer Massenaussiedelung von Juden aufgeben müßten. Er erklärte, daß 90 % der polnischen Juden nicht die Absicht hätten, das Land zu verlassen, und er verlangte, daß die Notwendigkeit einer Gleichstellung der Juden in bezug auf Beschäftigungsmöglichkeiten unbedingt sichergestellt werde. Die Juden müßten die Möglichkeit zu einem uneingeschränkten Dienst sowohl in den intellektuellen Berufen, wie auch in Regierungs- und Kommunalämtern erhalten. »Die polnischen Politiker«, so fügte der Dziennik Związkowy diesem Bericht hinzu, »sprach den Juden ihre Anerkennung aus und stellten fest, daß sie viel für Polen getan hätten und daß

das jüdische Problem in Polen ohne eine Antastung des Grundsatzes der Gleichberechtigung für alle sich werde lösen lassen.« Anscheinend war diese Erklärung, daß 90 % der polnischen Juden nicht an eine Auswanderung dächten, den Polen doch etwas in die Glieder gefahren, denn jetzt nahm auch der Nationalrat sich der Sache an, allerdings in einem Sinn, der den Forderungen der Juden direkt entgegenlief. Von diesem Beschluß hatten die Juden durch ihre beiden im Nationalrat sitzenden Vertreter sehr bald Kenntnis bekommen, und die »Neue zionistische Organisation«, die sogenannten Revisionisten, schlug Lärm. Wieder mußte die Emigrantenregierung beschwichtigen. Der Leiter der Minderheitenabteilung in dem »Ministerium für Informierung und Dokumentierung«, Professor Górka, wurde veranlaßt, im Namen des Ministerpräsidenten und der Regierung in einer Versammlung von Abgeordneten dieser Organisation die Erklärung abzugeben, »daß der kürzlich gefaßte Beschluß des Polnischen Nationalrats in der Frage eines eigenen jüdischen Staates keinerlei versteckte Tendenzen enthalte, die für die Juden diskriminierend seien. Die künftige jüdische Auswanderung aus Polen sei ein Recht der Juden, weil dadurch ihr nationales Streben nach einem Staat in Palästina verwirklicht werde, die Pflicht auszuwandern aber hätten die Juden nicht«. (Dziennik Polski, 13. 9. 1942.)

Unwillkürlich erhebt sich die Frage, weshalb die polnischen Juden so großen Wert darauf legen, auch ein neues Polen mit ihrer Gegenwart zu beglücken, und warum sie nicht freudig die Möglichkeit begrüßen, sich mit Hilfe ihrer britischen und amerikanischen Freunde einen eigenen jüdischen Staat zu schaffen. Die Antwort darauf finden wir in Myśl Polska vom 31. I. 1943. In einem Artikel »Hinter den Kulissen der Erinnerungen an das verlorene Land« setzt sich das Blatt mit einem im Dziennik Polski am 23. 12. 1942 erschienenen Aufsatz auseinander, der sich mit den Juden in Palästina beschäftigte und in welchem sich folgende Stilblüten befanden: »Es ist bekannt, wieviel Herz die Juden in Palästina den Polen gezeigt haben«, oder gar der Satz: »Und wie ein Gebet flüstern sie die Worte: »Polen, mein Vaterland.« Der Verfasser des Artikels im Myśl Polska, der von Januar bis November 1941 selbst in Palästina war und an verschiedenen Orten gearbeitet hat, schildert darin seine persönlichen Eindrücke und Erfahrungen, die allerdings ein erheblich anderes Kolorit tragen.

»Wenn in dem Artikel des Dziennik Polski erwähnt wird«, so schreibt er, »daß die Juden zwar von dem Gelobten Land entzückt seien, daß sie aber die Erinnerungen an das verlorene Land (Polen) liebevoll hegen, dann ist das, real und richtiger zum Ausdruck gebracht, nichts anderes als ein Seufzen nach den in Polen verlorenen Fleischtöpfen. Auch ich habe diese Erinnerungen gehört, aber immer nur in der einen Form: 'In Polen war ich eine Dame (ein Herr) und hatte eine Dienerin, hier aber muß ich selbst wie ein Dienstbote arbeiten.' Dieselben Seufzer kann man übrigens auch von Juden hören, die aus Deutschland oder aus Rußland stammen. In allen diesen Ländern lebten die Juden vorwiegend vom Handel, der bekanntlich die leichteste und einträglichste Art zu existieren darstellt, in Palästina dagegen ist das Leben schwer, dort muß auch körperlich gearbeitet werden, was die Juden nicht gerade lieben. Andere Arbeit aber ist schwer zu erlangen. Es ist also nicht verwunderlich, wenn sich die Juden unter solchen Umständen an das verlorene Paradies in Polen erinnern und, soweit sie nicht Ideologen sind, ihre massenweise Rückkehr nach Polen ankünden. Ihr ernstlicher Kummer war die von einigen unter ihnen verlorene polnische Staatsangehörigkeit auf Grund eines von der polnischen Regierung vor diesem Krieg herausgegebenen Erlasses. Sie trösteten sich aber damit, daß sich dies irgendwie werde machen lassen.«

So schien denn endlich eine Einigung erreicht zu sein, und der »Amerika- und Weltkongreß der Juden« stellte am 2. Jahrestag des Kriegausbruchs den Polen das Zeugnis aus, daß die Juden der polnischen Regierung für ihre Erklärung dankbar seien, welche die völlige Gleichheit der Rechte auch für die Juden im kommenden Polen zusichere und die Möglichkeit der Entwicklung einer eigenen jüdischen Kultur verspreche, wodurch Polen wahrhaft zum Vaterland der Juden werde. »Das jüdische Volk ist mit der gesamten zivilisierten Menschheit einig in dem heißen Wunsch nach schnellster Wiedererstehung eines freien Polen. Die jüdischen Soldaten kämpfen in den Armeen der Alliierten für die Freiheit und die Zukunft Polens.«

Das bisherige Ergebnis dieses ganzen Handels läßt sich also dahin zusammenfassen: Die polnische Emigrantenregierung kann und darf es nicht zu offenen Differenzen mit den Juden kommen lassen, wenn sie sich nicht die Meute des Weltjudentums auf den Hals hetzen und sich ernstern Zurechtweisungen vonseiten ihrer englischen und amerikanischen Freunde und Bundesgenossen aussetzen will. Wir haben gesehen, wie empfindlich man in London auf antisemitische Strömungen unter den polnischen Truppen reagiert hat, und auch Roosevelt würde irgendeine unfreundliche Einstellung der Polen gegen die Juden nicht dulden. Andererseits wieder kann sich die Sikorski-Regierung der Tatsache nicht verschließen, daß der Antisemitismus unter den Polen sowohl in der Emigration wie auch

in der Heimat so starke Fortschritte gemacht hat, daß jede Regierung damit rechnen muß, wenn sie nicht alle wirklich national denkenden Polen gegen sich haben will. Auch der letzte Weg, der aus diesem Dilemma herausführen sollte, nämlich die vom Nationalrat empfohlene Propagierung eines jüdischen Nationalstaats, um die Gedanken der Juden dahin abzulenken, ist von diesen sofort als für sie unannehmbar zurückgewiesen worden.

Die Lage ist also ähnlich, wie sie im Jahre 1919 war. Damals stand hinter den jüdischen Forderungen die Entente, heute sind es die beiden angelsächsischen Mächte. Damals mußte Polen den Minderheitenschutzvertrag unterschreiben, heute muß die Regierung Sikorski Schritt für Schritt vor den Juden zurückweichen. Damals hat die polnische Regierung nicht daran gedacht, die von ihr übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, wie ihr Verhalten gegenüber den Minderheiten von Anfang an zeigte, heute folgt die Emigrantenregierung m. E. auch darin ihren Spuren, denn auch sie würde, wenn sie jemals in die Verlegenheit kommen sollte, sich ebenso wenig um die von ihr gemachten Versprechungen kümmern, wie es nach 1919 der Fall war. Der einzige, allerdings sehr wesentliche Unterschied zwischen damals und heute besteht darin, daß im Jahre 1919 der polnische Staat Wirklichkeit war, während er heute nur noch im Reich der Träume und Wünsche lebt.

F. Programm des sog. Volkspolens und der Traum einer ost-mitteleuropäischen Konföderation unter polnischer Führung

Wunschbilder sind billig, und es ist deshalb kein Wunder, wenn die schon immer so lebhafteste Phantasie der Polen nicht müde wird, sich immer wieder neue Zukunftsbilder auszumalen, wobei sich allerdings mitunter recht eigenartige Situationen ergeben können. So erschien Anfang dieses Jahres in London eine Broschüre mit dem Titel »Towards a New Poland—a programme of Polish underground movement« (Auf dem Weg zu einem neuen Polen — ein Programm der polnischen unterirdischen Bewegung). Dies Programm des sogenannten Volkspolens ist, wie aus der Broschüre hervorgeht, aus angeblichen »Diskussionen in illegalen Versammlungen aller demokratischen Gruppen« in der Heimat entstan-

den und enthält 4 Punkte, nämlich 1. Enteignung des Großgrundbesitzes und Bildung von Musterwirtschaften in Gemeindebetrieb, 2. Sozialisierung von Industriebetrieben, Banken, Kohlengruben, Ölfeldern, Eisenhütten usw., 3. Planung und Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung durch den Staat, größtmögliche Reduzierung der Ungleichheit im Eigentum und Einkommen in solchen Wirtschaftsgebieten, die nicht der Sozialisierung unterliegen, 4. Abschaffung der Ausbeutung. Was an diesem Programm sofort auffällt, ist seine nahe Verwandtschaft mit bolschewistischem Gedankengut, und die Annahme ist wohl berechtigt, daß der spiritus rector dieses in illegalen Versammlungen aufgestellten Programms in Moskau zu suchen ist. Die Annahme gewinnt noch an Wahrscheinlichkeit, wenn man die Schlußworte liest: »The democratic concentration will therefore plan the preparation of an armed rising against the occupying Power and for a decisive fight against any reactionary elements« (Die demokratische Vereinigung plant deshalb die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes gegen die Besatzungsmacht und eines entscheidenden Kampfes gegen alle reaktionären Elemente). Was diese Broschüre für uns interessant macht, ist die Tatsache, daß sie außer dem eben erwähnten Programm auch ein Vorwort aus der Feder des bekannten Labour-Abgeordneten und ehemaligen englischen Ministers Greenwood enthält, und ein Vorwort, als dessen Verfasser ein gewisser Jan Kwapinski zeichnet, und dieser Jan Kwapinski ist »Minister für Handel, Wirtschaft und Schiffahrt« in dem Kabinett Sikorski. Die polnische Öffentlichkeit hat also aus dieser Broschüre zum erstenmal erfahren, daß selbst im Schoß ihrer Regierung die Meinungen über einen zukünftigen polnischen Staat recht weit auseinandergehen, daß nämlich der eine Teil ihn nach dem Muster der westlichen Demokratien wünscht, während ein anderer Teil sich lieber nach Moskau hin orientieren möchte und dabei selbst vor der Aufforderung zu einem Bürgerkrieg nicht zurückschreckt. In begreiflichem Zorn schreibt denn auch das Blatt der nationalen Opposition: »Diese von einem Minister der gegenwärtigen Regierung gebilligte überaus schädliche Verkündung der Losung des Klassenkampfes zu einem Zeitpunkt, an welchem das ganze polnische Volk, und nicht nur ein Teil desselben, einen Kampf auf Tod und Leben um seine Existenz führt, muß gebrandmarkt werden.« (Myśl Polska, 1. 3. 1943.)

Auch den amerikanischen Freunden scheinen diese Zustände innerhalb der polnischen »Regierung« auf die Nerven gefallen zu sein, und die Washington Post fordert ein deutliches »Quos ego«! »Es scheint«, so schreibt sie, »daß es nach der Befreiung des polnischen Bodens die Pflicht der Alliierten sein wird, dort die Ordnung so lange aufrechtzuerhalten, bis sich die Nation selbst an die Wahlurne begeben und entscheiden kann, was für eine Regierungsform sie haben will. Eine solche Intervention wäre jedoch gefährlich und kompliziert, wenn in der Zwischenzeit eine starke lokale ‚Armee‘ beginnen würde, die Hindernisse, die ihr von der Reaktion im Lande selbst in den Weg gelegt würden, mit Gewalt zu beseitigen. Was würden Stalin, Churchill und Roosevelt dann tun? Diejenigen, welche die Probleme der Nachkriegszeit studieren, gelangen immer mehr zu der Überzeugung, daß die U. S. A., Großbritannien und Rußland mit einer bestimmten Formel ‚in blanco‘ hervortreten müßten, um derartige Probleme vorwegzunehmen, ehe sie allzu stark mit Dynamit geladen werden können«. (Myśl Polska, 1. 3. 1943.) Ein wenig schmeichelhaftes Urteil über einen Verbündeten, der den Anspruch darauf erhebt, nach dem Krieg die Stellung einer europäischen Großmacht zu erhalten und in Osteuropa die führende Rolle zu spielen.

Die Polen haben also trotz ihrer nationalen Katastrophe nichts hinzugelernt, sie sind dieselben geblieben. Nach wie vor bauen sie an Luftschlössern der Zukunft und vergessen dabei oft die dringenden Aufgaben der Gegenwart. Nach wie vor streiten sie um Nichtigkeiten und zerstören dadurch die letzten Reste nationaler Einigkeit und Geschlossenheit, die sie aus dem Zusammenbruch noch gerettet hatten; gerade bei ihnen zeigt sich die bekannte Erscheinung jeder Emigration, der ewig nörgelnde und unzufriedene Individualismus in voller Größe. Nach wie vor endlich begeistern sie sich an klingenden Worten, berauschen sie sich an tönenden Phrasen und verlieren dabei den Boden der Wirklichkeit immer mehr unter den Füßen. Und dabei geht das Schicksal unerbittlich seinen Gang, Stück für Stück bricht aus ihrem Luftschloß heraus, und schon heute sind nur noch kümmerliche Ruinen davon vorhanden. Den Anfang machte der Teil, in welchem die große slawische Völkerfamilie unter der Führung eines großen und starken Polen nach dem Krieg ihren Platz finden und dessen Fundament ein polnisch-tschechisches Bündnis bilden sollte.

Wir haben gesehen, wie in den Plänen des sog. Ministeriums für Kongreßarbeiten der Gedanke einer Föderierung bzw. Konföderierung der Völker des östlichen Mitteleuropa eine zentrale Stellung einnimmt. Der Gedanke ist nicht neu. Schon im Jahre 1940 beschloß der Nationalrat auf Antrag des Generals Żeligowski, allen offiziellen Erklärungen der polnischen Nation die Worte hinzuzufügen: »Die polnische Nation ist Mitglied der slawischen Völkerfamilie, die um ihre Freiheit gegen die deutsche und russische Herrschaft kämpft.« Der eigentliche Sinn dieses Zusatzes wird allerdings erst dann verständlich, wenn man die Begründung liest, die Żeligowski seinem Antrag gegeben hat, daß nämlich in dem Ausdruck ‚slawische Völkerfamilie‘ die große Idee enthalten sei, welche der Schöpfer gerade der polnischen Nation übertragen habe, m. a. W., daß Polen allein berechtigt und berufen sei, die führende Rolle in dieser Familie zu spielen. Mit der Verwirklichung dieses Gedankens hat die Sikorski-Regierung ebenfalls schon im Jahre 1940 begonnen, als sie mit der tschechoslowakischen Schattenregierung ein Bündnis schloß und wieder die diplomatischen Beziehungen zu ihr aufnahm, die s. Z. infolge der Vorgänge im Olsagebiet ein jähes Ende gefunden hatten. Über den Wert und die Haltbarkeit dieses Bündnisses konnte freilich niemand im Zweifel sein, der die Antecedentien der polnisch-tschechischen Beziehungen kannte. Die Polen haben den Tschechen den Einmarsch in das von ihnen beanspruchte Teilgebiet des sog. Teschener Schlesiens im Januar 1919 nie vergessen, und die unter dem Druck der Entente am 3. Februar 1919 in Paris zustande gekommene Einigung war nur eine künstliche Überkleisterung des Risses. Ebenso haben die Polen den Tschechen auch ihre Haltung während des polnisch-russischen Krieges nicht vergessen können, als die Prager Regierung es ablehnte, die von Frankreich kommenden und für die polnische Südfront bestimmten Truppen- und Waffentransporte durch ihr Land zu lassen. Die Tschechen wiederum werden es den Polen nie vergessen, daß sie nach dem Auseinanderfallen des tschechoslowakischen Staatengebildes sofort in das Olsagebiet einrückten und es besetzten. Unter solchen Auspizien hat denn auch das unter dem Druck der Downing Street im Jahre 1940 geschlossene Bündnis von Anfang an gestanden. Eine Zeitlang war Schweigen im Walde, dann wurde »zur engeren Gestaltung der Zusammenarbeit« ein tschechoslowakisch-polnisches Komitee für

Außenpolitik und ein solches für Sozialpolitik gegründet, das im Juli 1942 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. In reichlich verspäteter »Selbsterkenntnis« ließ sich Herr Stańczyk bei dieser Sitzung zu dem Geständnis herbei: »Jetzt begreifen wir, daß das Stückchen Teschener Schlesien, das der Knochen der Zwietracht zwischen Polen und der Tschechoslowakei war und das uns gegenseitig zugefügte Unrecht nur ein Tropfen war im Vergleich zu den Strömen Blutes, das beiden Völkern von den entarteten deutschen Häschern abgezapft wird. Die gemeinsamen Leiden und das gemeinsame Unglück unserer beiden Länder werden das dringende Gebot werden, die Zusammenarbeit zu entwickeln und zu vertiefen«. Daß die Polen bei einer solchen Zusammenarbeit die politische Führung für sich beanspruchten, wurde schon erwähnt. Wie sie sich eine solche auf wirtschaftlichem Gebiet dachten, zeigte ein Artikel des offiziösen Dziennik Polski vom 27. 7. 1942, der die Häfen Danzig, Gdingen und Stettin für Polen reklamierte, weil sie »in der zukünftigen polnisch-tschechischen Föderation das offene Tor für die wirtschaftlichen Bedürfnisse und den Außenhandel der Tschechoslowakei bilden müßten«. Daraus zieht das Blatt dann die weitere Folgerung, »daß die polnische Handelsmarine bedeutend größer sein müsse, als es in den Plänen der Vorkriegszeit vorgesehen war. Sie müsse so umfangreich sein, daß sie die Bedürfnisse der polnisch-tschechischen Föderation befriedigen könne. Schon jetzt müsse sich deshalb die Allgemeinheit Polens und der Tschechoslowakei der bevorstehenden Aufgabe bewußt sein, d. h. der Aufgabe, eine Handelsmarine zu erbauen, die der Föderation beider Länder den Zugang zur Welt öffnen werde«.

Bald klang das Lied anders. Man sprach im polnischen Lager von »polenfeindlichen Seitensprüngen der tschechoslowakischen Presse in London, die sich nicht auf die Teschener Frage beschränkten«, man stellte »eine Vergiftung der Atmosphäre« zwischen den beiden Völkern fest; man veranstaltete sogar Protestversammlungen eines Häufleins der in London lebenden polnischen Emigranten aus dem Teschener Gebiet und ließ Protesterklärungen beschließen, in denen »der urpolnische Charakter des Teschener Schlesien einschließlich des Olsagebietes« betont wurde, das einen »integralen Teil der polnischen Republik darstelle und ihn auch weiterhin bilden müsse«. Was war geschehen? Am 18. Mai 1942 hatte der tschechoslowakische »Außenminister« die

Erklärung abgegeben, »daß die tschechoslowakische Regierung in London keine Annexionen anerkenne, die nach München vorgenommen worden seien, sei es in dem Teschener Gebiet oder in der nördlichen Slowakei«, und an demselben Tage hatte der tschechoslowakische »Staatsrat« im Anschluß an einen vom »Außenminister« erstatteten Bericht folgende EntschlieÙung angenommen: »Das tschechoslowakische Volk wünscht aufrichtig freundschaftliche Zusammenarbeit und gute Beziehungen zum polnischen Volk. Es glaubt und fordert aber, daß alles unserem Staat durch die Intriguen Hitlers und die Politik Becks im Unglücksjahr 1938 zugefügte Unrecht wiedergutmacht wird. Der Staatsrat begrüÙt deshalb die wiederholte Erklärung des Ministers Dr. Ripka, daß die tschechoslowakische Regierung keine Annexionen anerkenne, die nach München erfolgten, sei es im Teschener Gebiet oder in der Nordslowakei, und daß sie bei dem Grundsatz der Integrität unsers Staatsgebiets in der Zeit vor München beharre. Wir glauben, daß dieser Standpunkt bei der britischen und amerikanischen Regierung durchgesetzt werden wird.«

Aber damit nicht genug! Der von BeneÙ in der erwähnten Sitzung persönlich erstattete Bericht über die tschechoslowakische Außenpolitik beschäftigte sich auch eingehend mit dem von den Polen so stark propagierten Plan einer zukünftigen Föderation, kam aber dabei zu wesentlich andern Ergebnissen.

»Der Staatsrat«, so heißt es weiter, »ist sich der Tatsache bewußt, daß gutnachbarliche Beziehungen und freundschaftliche Zusammenarbeit mit Polen nicht nur gegenwärtig, sondern auch nach dem Krieg durchaus notwendig sind, da nur auf diese Weise der Friede und die Freiheit der Tschechoslowakei und Polens sowie gleichzeitig auch aller europäischen Völker gesichert werden kann. Auch von diesem Gesichtspunkt aus nimmt der Staatsrat die Auslegung des Ministers Dr. Ripka hinsichtlich der Bedeutung der sowjetisch-polnischen Erklärung vom 4. Dezember 1941 mit Be ruhigung auf. Wir stimmen alle darin überein, daß ein dauerhafter und gerechter Friede nur durch eine Neugestaltung der auf ein Bündnis aller demokratischen Länder gestützten internationalen Beziehungen gesichert werden kann. Die tschechoslowakische Republik, die volles Verständnis für die lebenswichtigen Interessen des polnischen Volkes hat, respektiert gleichzeitig die lebenswichtigen Bedürfnisse der Sowjetunion und kann deshalb auch nicht die Rücksichten auf die Zweckmäßigkeit außer Acht lassen, welche die UdSSR als die unbedingte Grundlage ihrer Staatspolitik und ihrer Sicherheit betrachtet. Die tschechoslowakische Politik ist sich voll und ganz der Folgen bewußt, die sich daraus ergeben, daß die UdSSR der Verbündete aller Völker und Staaten ist, die gegen Hitlerdeutschland und seine Verbündeten Krieg führen. Man

darf nicht außer Acht lassen, daß die tschechoslowakische Außenpolitik einer weitestgehenden Allianz der demokratischen Völker Europas stets den Vorrang vor einer gewöhnlichen Föderation zweier Völker geben muß.«

Das war deutlich, und man kann die Entrüstung verstehen, wie sie in *Myśl Polska* zum Ausdruck kam. Zwar will das Blatt für den Augenblick von einer Kritik der früheren tschechischen Außenpolitik absehen, bemerkt aber doch nebenbei, »daß die Entschließung des Staatsrats wohl die Anerkennung der staatlichen Integrität nach dem Stand vom August 1938 fordere, dagegen in dem Teil, der die Beziehungen zu Polen betrifft, kein einziges Mal den Ausdruck ‚Polnischer Staat‘ oder ‚Republik Polen‘ gebraucht habe. Die Urheber dieser Entschließung lassen also die Integrität des polnischen Staates vollkommen außer acht und erinnern nur an die Integrität der Tschechoslowakei. Und das halten sie für eine gute Politik« (*Myśl Polska*, 1. 8. 1942).

Trotzdem scheint man in polnischen Kreisen die Hoffnung auf eine polnisch-tschechische Föderation noch nicht aufgegeben und neue Versuche nach dieser Richtung hin unternommen zu haben. So wenigstens kann man m. E. nur die Worte verstehen, die Ripka auf einer Beamtenkonferenz des tschechischen »Außenministeriums« im Oktober 1942 gesprochen hat und in denen er Zurückhaltung empfahl. »In Zukunft«, so erklärte er bei dieser Gelegenheit, »wird uns unsere Politik durch unsere geographische Lage vorgezeichnet werden. Wir sind ein Bindeglied zwischen dem Westen und der UdSSR, wir wollen uns nicht auf eine Großmacht, sondern auf den Westen und den Osten stützen. Dem Problem der Konföderation gegenüber sind wir zurückhaltend, wir wissen nicht, wie die Lage in den einzelnen Staaten sein wird. Das Problem der Blöcke ist ein internationales Problem, das hauptsächlich zwischen den Großmächten entschieden wird, wir müssen deshalb zurückhaltend sein.« Noch deutlicher rückte er von den polnischen Plänen in einer Rede ab, die er bald darauf in dem Czechoslovak British Friendship Club hielt. »Jawohl«, so versicherte er dort, »wir werden mit manchen Nationen in näheren und freundschaftlicheren Beziehungen stehen als mit andern, darüber werden stets so grundlegende Faktoren entscheiden, wie die geographische Lage, staatliche Rücksichten, Sicherheitsbedingungen und politische Verwandtschaft. Es versteht sich daher von selbst, daß wir der Stimme der Geschichte gehorchen und zum Schutz der lebenswichtigen Interessen des Volkes

Bündnisbande mit der Sowjetunion, die uns in geographischer Hinsicht von den Großmächten am nächsten liegt, sowie auch mit den westlichen Großmächten anstreben und stets erstreben werden. Wir wünschen deshalb auch Zusammenarbeit mit den kleineren Völkern in unserm geographischen Raum, besonders mit dem polnischen Volk, wobei wir natürlich so lange gegenüber allzu stürmischen Föderationsplänen Zurückhaltung bewahren werden, solange nicht die konkreten Ergebnisse des Krieges und die politischen Möglichkeiten, die sich aus ihnen ergeben, in realer Weise zutage treten.«

Von den zwei Konzeptionen der tschechischen Außenpolitik hatte also die des früheren Staatspräsidenten gesiegt, nämlich die einer nicht zuweit gespannten Föderation in Mitteleuropa, in welcher die Tschechoslowakei die Hauptrolle spielen würde. Er selbst aber betrachtete sich als eine Art Bindeglied zwischen der Sowjetunion und Großbritannien, wodurch er zu erreichen hoffte, daß die Tschechoslowakei bei zukünftigen Konflikten das Zünglein an der Waage des Geschehens bilden könne. Die zweite Konzeption, die des früheren Außenministers Ossusky, vertrat die Meinung, daß allein Großbritannien ein Anrecht auf die Führerschaft in Europa habe, schon weil es nach dem Zusammenbruch Frankreichs den Deutschen Widerstand geleistet habe. Die polnischen Zukunftspläne hatten also, soweit es sich um eine osteuropäische Föderation in ihrem Sinne, d. h. unter Führung Polens handelte, auf der ganzen Linie eine entscheidende Niederlage erfahren. Auch hier hatte letzten Endes Moskau über London gesiegt.

G. Gegenüber der Sowjetunion

Daß man die Gefahr, die für die polnischen Zukunftspläne durch den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg entstanden war, auf polnischer Seite sehr bald erkannte, geht aus einer ganzen Reihe von Kommentaren hervor, welche die polnische Emigrantenpresse dieser Tatsache widmete. Wiederholt nahm sie gegen eine angebliche Überschätzung der sowjetischen Hilfe Stellung, wie sie in der englischen Presse zum Ausdruck kam, denn sie fürchtete nicht mit Unrecht, daß Polen dabei schließlich völlig in den Hintergrund treten würde. Bezeichnend für diese Stimmung war das, was der offiziöse Dziennik Polski bald nach dem Ausbruch des deutsch-

russischen Krieges schrieb: »Bei der Lektüre der englischen Presse gewinnt man leicht den Eindruck, als ob die einzige Rettung in dem jetzigen Krieg durch den russischen Widerstand erreicht werden könne. Die Presse tut so, als führe der einzige Weg zum Sieg unbedingt über Moskau. Es ist klar, daß Rußland ein wichtiger Faktor für den Sieg ist, es wäre jedoch unaufrichtig zu behaupten, daß wir uns bis zum Eintritt der Sowjetunion in den Krieg Illusionen hingaben. Wahr ist, daß wir uns auf uns selbst verlassen müssen. Wir haben vor dem russisch-deutschen Krieg viel geleistet und etwaigen Gedanken an eine Niederlage niemals Raum gegeben.« Die Nachricht von dem Abschluß des polnisch-sowjetischen Paktes wurde denn auch mit sehr gemischter Gefühlen aufgenommen, sie führte sogar, wie wir sahen, zu einer schweren Krise innerhalb des »Kabinetts« und zur Auflösung und Umbildung des Nationalrats. Der Text des Abkommens vom 31. 7. 1941 lautet:

»Die Regierung der UdSSR betrachtet die sowjetisch-deutschen Verträge aus dem Jahr 1939, was die territorialen Änderungen in Polen betrifft, als entwertet. Die polnische Regierung erklärt, daß Polen durch keinerlei Abkommen mit irgendeinem dritten Staat gebunden ist, welches gegen die UdSSR gerichtet wäre.

2. Die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen werden nach der Unterzeichnung dieses Abkommens aufgenommen, der sofortige Austausch der Botschafter wird angeordnet werden.

3. Beide Regierungen sind übereingekommen, einander Hilfe und Unterstützung jeglicher Art gegen das hitlerische Deutschland zu leisten.

4. Die Regierung der UdSSR. erklärt ihr Einverständnis mit der Aufstellung einer polnischen Armee auf dem Gebiet der UdSSR und unter Führung eines von der polnischen Regierung im Einvernehmen mit der Sowjetregierung bezeichneten Kommandanten. Die polnische Armee wird in operativer Hinsicht unter das Oberkommando der UdSSR gestellt, in welchem die polnische Armee vertreten ist.« (Dziennik Związkowy, 1. 8. 1941.)

Was an dem Text dieses Abkommens sofort auffällt, ist der dehnbare Ausdruck »entwertet« in Abs. 1. Daß er von den Sowjets absichtlich so unbestimmt gehalten ist, geht aus dem hervor, was die amerikanisch-polnische Presse über die Schwierigkeiten mitteilte, die sich bei den Verhandlungen ergeben hätten. »Die polnisch-

sowjetischen Verhandlungen stoßen auf Schwierigkeiten«, schrieb der Dziennik Związkowy am 11. 7. 1941; »Rußland ist zwar bereit, die Bestimmungen der Verträge mit Hitler aufzugeben, aber nur unter der Bedingung, daß dies nicht die Rückkehr zu den Vorkriegsgrenzen Polens bedeutet, wie sie im Vertrag von Riga im Jahre 1921 festgelegt worden sind; denn auf die 6 Millionen Ukrainer und die 2 Millionen Weißrussen erhebt Rußland Anspruch und will von dieser Forderung nicht Abstand nehmen.« Das zweite Hindernis, so berichtete dasselbe Blatt am 28. 7. 1941, sei die Freilassung von 500 000 Kriegsgefangenen und Umsiedlern, die sich in Rußland befänden. Zu diesem letzten Punkt hatte die Prawda kategorisch erklärt, Rußland habe seinen guten Willen zu erkennen gegeben, indem es sich zur Aufstellung und Erhaltung einer größeren Zahl von besonderen polnischen Militäreinheiten bereit erklärt habe. Die Forderung auf Rücksendung der polnischen Arbeiter und Bauern, die während der Zeit der Feldarbeiten freiwillig nach Rußland gekommen seien, würde unnötige und ungerechtfertigte Schwierigkeiten in dem heutigen Rußland hervorrufen, das jetzt einen gewalttätigen und skrupellosen Gegner zu bekämpfen habe. Das etwas gedämpfte Communiqué, das Sikorski nach Abschluß der Verhandlungen der Presse gab, ist also durchaus verständlich: »Nicht alle Fragen sind erledigt, jedoch ist eine Grundlage zu nützlicher Zusammenarbeit geschaffen, denn auf beiden Seiten ist der gute Wille dazu vorhanden.« In welchem Umfang dieser gute Wille bei den Sowjets vorhanden war, verriet eine kurze Notiz des Dziennik Związkowy vom 1. 8. 1941: »Die Unterzeichnung des Vertrages wurde gestern auf einem polnischen Empfang gefeiert, bei welchem die meisten britischen Minister zugegen waren. Botschafter Maiskij war nicht anwesend.« Moskau distanzierte sich von Anfang an.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Abkommens wurden in der polnischen Emigrantendrucke Klagen darüber laut, daß England nicht auch die polnische Ostgrenze garantiert habe, wie es s. Zt. bei der Westgrenze gegenüber Deutschland der Fall gewesen war. Man beschwichtigte solche Besorgnisse damit, daß man erklärte, die in Frage kommenden Gebiete könnten vorläufig gar nicht garantiert werden, weil sie noch in deutschem Besitz wären und die Sowjetunion eine Garantie Englands in diesem Fall mit Recht als Kränkung empfinden könnte. Im übrigen aber war man doch so vorsichtig gewesen, sich wenigstens hinter den Kulissen eine Art von

Garantieschein zu besorgen. In einem offiziellen Schriftwechsel zwischen Eden und Sikorski am 30. 7. 1941 erklärte nämlich der britische Außenminister: »Ich möchte gleichzeitig versichern, daß die Regierung S. M. keinerlei territoriale Änderungen in Polen seit August 1939 anerkennt.« Noch an demselben Tage bestätigte Sikorski den Empfang.

Das erste Problem, das Sikorski nach dem Abschluß des Paktes zu lösen hatten, war die Frage: »Wie sag ich's meinem Kinde?« Die Rundfunkrede von Sikorski am 31. 7. 1941 ist denn auch ein Musterbeispiel politischen Eiertanzes. Er hebt zunächst hervor, daß der Vertrag die Jahrhunderte alten Zwistigkeiten regele, die normalen Beziehungen zwischen den beiden Staaten wiederherstelle und die Gegenseitigkeit der Hilfe anerkenne. Dann zählt er die Vorteile auf, die der Vertrag nach seiner Meinung den Polen biete. Er gestatte die Bildung von polnischen Militäreinheiten aus Kriegsgefangenen, die so lange untätig in Rußland gesessen und »sich nach dem Kampf für Polen gesehnt hätten«, er sehe die Entsendung eines Repräsentanten der polnischen Wehrmacht in das russische Hauptquartier vor und gebe diesem damit die Gelegenheit, »auf den Verlauf der Operationen in weltweitem Maß (!) Einfluß zu nehmen«, er setze alle polnischen Staatsbürger, die bisher unter irgendeinem Vorwand auf russischem Gebiet festgehalten worden waren, in Freiheit, und er gestatte dem Vertreter Polens in Moskau, jenen Hunderttausenden zu Hilfe zu kommen. Der Text des Abkommens sagt zwar gerade darüber nichts, aber der Zweck der Rundfunkrede war ja auch nicht, die volle Wahrheit zu sagen, sondern das wenige, was man erreicht hatte, in einem möglichst rosenroten Licht erscheinen zu lassen. Dies Bestreben tritt besonders deutlich in dem Teil seiner Rede hervor, der sich mit der östlichen Grenze des neuen Polens beschäftigt. »Der Vertrag«, so versicherte er dort, »läßt nicht die Möglichkeit zu, die polnischen Staatsgrenzen aus der Zeit vor dem September 1939 in Frage zu stellen, er läßt auch keinen Gedanken darüber aufkommen, daß wir irgend etwas von Polen aufgeben wollen«. Das ist, rein formell betrachtet, richtig, denn der Vertrag enthält nichts über etwaige zukünftige Grenzen, materiell aber ist es falsch, denn gerade über diesen Punkt ist, wie wir wissen, lang und breit verhandelt worden, und das letzte unsichere Zugeständnis, das die Polen erlangen konnten, war die Erklärung des Kreml, daß die endgültige Grenz-

festsetzung bis nach dem Krieg verschoben werden solle. Ebenso gewunden klingt auch das, was er seinen Landsleuten über die Gründe sagt, durch die seine Regierung zum Abschluß des Paktes veranlaßt worden sei, weil er unmöglich zugestehen konnte, daß der Abschluß lediglich auf Befehl des Londoner Foreign Office erfolgt war. Die »von untrüglichen Instinkt geleitete polnische Nation«, so orakelte er deshalb, verstehe, daß bei ihrer geographischen Lage eine Verständigung mit einem der beiden Nachbarn notwendig sei, um dem andern erfolgreich Widerstand leisten zu können, gleichzeitig aber verwerfe die polnische Nation auch jegliche Pläne einer Zusammenarbeit mit Deutschland. Gewiß habe Rußland »eine ganz verschiedene staatliche und soziale Verfassung«, aber diese Überlegung müsse zurücktreten, denn »wir kämpfen gegen die deutsche Tyrannei und gegen den schrecklichen Totalismus im Namen der christlichen Ideale sowie der Grundsätze der demokratischen Freiheit und Gerechtigkeit«. Im übrigen »konnte die polnische Regierung nicht länger zögern, die historische Verantwortung bei der Unterzeichnung des Abkommens mit Sowjetrußland zu übernehmen«, weil »jede polnische Gruppe, besonders diejenigen, welche die schweren Lebensbedingungen (!) in Rußland überdauert haben, für die Zukunft einen ungeheuren Wert besitzen werde«. Den Schluß bildete die pathetische Erklärung: »Polen ist weit vom Kommunismus entfernt, aber es wollte sich niemals zu einem antikomunistischen Feldzug gebrauchen lassen oder sich in die inneren Angelegenheiten der UdSSR einmischen. Polen erwartet dasselbe von seinem Nachbar. Die Bedingung unserer Waffenbrüderschaft muß die Anerkennung unserer Souveränität und alles dessen sein, was heute und in Zukunft das geistige Antlitz Polens bestimmt.«

Auch unter den Polen in Amerika war die Stimmung, mit der man die Nachricht von dem Abschluß des Paktes aufnahm, durchaus geteilt. So wurde z. B. auf einer Pressekonferenz im Oktober 1941 in Gegenwart des »Ministers« Stańczyk die Bedeutung des Vertrages stark angezweifelt, und man berief sich dabei auf Äußerungen des Washingtoner sowjetischen Vertreters Umanski über die gegenseitige Hilfeleistung, die stark von dem abwichen, was man aus London darüber gehört hatte. Auch Herr Stańczyk drehte und wendete sich in seiner Antwort. Er erklärte zunächst, um sich selbst zu salvieren, daß er »sein eigenes Gefühl habe unterdrücken und gegen sein Gewissen den Pakt als Regierungsmitglied habe

unterschreiben müssen, weil er die geschichtliche Notwendigkeit dafür erkannt habe«. Was die Bedeutung des Vertrages betreffe, so wies er auf »den großen moralischen Nutzen hin, den Polen dadurch erlange, denn Polen sei nunmehr wieder in die internationale Politik eingeschaltet«. Dann folgte der übliche polnische Illusionismus: »Die Russen haben alle polnischen Gefangenen frei lassen müssen. Tausende polnischer Flieger werden jetzt nach England kommen, 200 waren schon an dem Tag meiner Abreise dort eingetroffen, im übrigen aber kämpft jeder Moskowiter, der heute gegen den deutschen Erbfeind kämpft, nicht nur für Rußland, sondern gleichzeitig auch für Polen«. (Dziennik Związkowy, 22. 10. 1941).

Zum ersten diplomatischen Vertreter der Emigrantenregierung bei der Sowjetunion wurde Prof. Stanislaus Kot ernannt, derselbe Kot, welcher bereits im September 1939 die Evakuierung polnischer Flüchtlinge nach Rumänien, dann 1940 nach dem Zusammenbruch Frankreichs die Evakuierung von Polen nach England geleitet hatte und sich nun für ähnliche Aufgaben in der Sowjetunion einzusetzen hatte. Der Verwirklichung der in dem Vertrag getroffenen Vereinbarungen schien also nichts mehr im Wege zu stehen, und mit gespannter Erwartung sah man in London der Zeit entgegen, in welcher die ersten polnischen Truppenformationen in der Sowjetunion Schulter an Schulter mit ihren bisherigen Feinden gegen Deutschland und damit für England ihr Blut vergießen würden. Schon am 1. September meldete jedoch London, daß »von einer schnellen Kriegsbereitschaft der in Rußland im Aufbau befindlichen polnischen Armee keine Rede sein könne, wenn nicht aus den Vereinigten Staaten bald Kriegsmaterial eintreffe. Außerdem sei zu bedenken, daß die Mehrzahl der Freiwilligen fast zwei Jahre in Gefangenenerlagern gelebt habe und unterernährt sei. Es würden also mindestens zwei Monate erforderlich sein, um diese Leute wieder zu vollwertigen Soldaten zu machen«. Am 6. Oktober mußte der Dziennik Związkowy mitteilen, daß die Sowjetunion die polnischen Truppen überhaupt nicht ausrüsten könne, da sie die eigenen Millionenarmeen ihrer Reserven bewaffnen müsse, und wenige Tage später brachte dasselbe Blatt einen Bericht über eine Besichtigung, die der mit der Führung der polnischen Verbände beauftragte General Anders vorgenommen hatte: »Sie standen in Reih und Glied noch in ihrer Zivilkleidung, da sie keine Militäruniformen erhalten hatten. Kaum jeder vierte hatte Schuhe, jeder sechste ein Hemd,

und kaum jeder zwanzigste besaß einen Mantel«. Und die Stimmung dieser Truppen? Am 15. 12. 1942 brachte das Blatt der nationalen Opposition, *Myśl Polska*, einen Artikel unter der Überschrift »S. O. S. Hilfe für die in Rußland zugrunde gehenden Frauen«. In diesem Artikel schildert ein aus Rußland zurückgekommener polnischer Soldat, »einer aus der einige Millionen zählenden Unglücksschar verschickter oder zum allmählichen Hinsterben in das Innere Rußlands ausgesiedelter Polen, deren Tod von den tüchtigsten Häschern Sowjetrußlands bewirkt wird«, seine und seiner Familie Erlebnisse. »Als wir ‚amnestiert‘ wurden« so lesen wir, »eilten diejenigen Männer, die niemand zu ernähren hatten, geschlossen in die Reihen der sich bildenden polnischen Armee, denn das war in diesem Moment das Bequemste und Sicherste (!), diejenigen aber, die Familie hatten, mußten sich weiter mit dem Schicksal herumschlagen und um einen Bissen Brot kämpfen, um das elende Leben so lange wie möglich durchzuhalten. Als uns klar gemacht wurde, daß wir alle in das Heer eintreten müßten (!), und daß die Familien derjenigen, die einträten, gesichert und im Fall einer Evakuierung aus Rußland als erste evakuiert werden würden, daß sie aber vorläufig noch an Ort und Stelle bleiben müßten und abwarten, als uns das alles in solcher Weise klar gemacht wurde, glaubten wir es, weil das ein Vertreter der polnischen diplomatischen Stelle in Alma Ata sagte«. (Alma Ata ist die vorläufige Hauptstadt der sowjetischen Filmwelt, wo sich eine besondere polnische Delegation befindet.) Das also waren die polnischen Soldaten aus Rußland, jene »Massen«, die der »Minister für nationale Verteidigung« erwartete und mit denen er den entscheidenden Schlag gegen Deutschland führen wollte, jene Massen, die sich »nach dem Kampf gesehnt hatten«, und die, wie Sikorski es geweissagt hatte, bei ihrer Rückkehr in die Heimat lawinenartig anwachsen würden.

Dann erfuhr die polnische Öffentlichkeit lange Zeit hindurch von ihrer Regierung über die Auswirkungen des Vertrages nichts mehr, um so eifriger aber war die Opposition am Werk. Am 20. Mai 1942 brachte *Myśl Polska* eine aus der in Kanada erscheinenden *Gazeta Polska* entnommene Meldung, nach welcher sich Stalin bei der Anwesenheit Sikorskis in Moskau (Dezember 1941) bemüht habe, ein Gespräch über die zukünftigen Grenzen herbeizuführen, Sikorski aber habe ihn an das Abkommen erinnert, daß diese Frage erst nach dem Kriege erledigt werden solle, und Stalin habe zuge-

stimmt. Am 1. August brachte dasselbe Blatt eine Mitteilung des s. g. Bulletins der Pulaski-Stiftung in den U. S. A., die von der polnischen Presse in Amerika ausführlich wiedergegeben und kommentiert worden war und deren wichtigste Stellen lauteten: »Weder Botschafter Kot, noch Premier Sikorski waren im Dezember 1941 im Stande, Stalin zur Zurücknahme der Forderung einer vierten Teilung Polens zu bewegen. Die unsichtbare Macht der Demokratie von morgen gebot jedoch beiden Parteien, einem Vertrag zuzustimmen, durch den die Grenzfragen erneut bis zum Ende des Krieges vertagt wurden.« Von sich aus fügte das Blatt dann noch einen Auszug aus einem von Raymont Clapper in der Augustausgabe der Londoner National Review über diese Verhandlungen veröffentlichten Artikel hinzu, in welchem Clapper schreibt: »Territorial questions were deferred till after the war.«

So kam der erste Jahrestag des Abkommens heran. Der aus diesem Anlaß von dem offiziellen Dziennik Polski gebrachte Leitartikel war sehr vorsichtig gehalten. Die polnische Regierung sei bestrebt, in der Angelegenheit der polnischen Bürger in der UdSSR eine günstige Lösung herbeizuführen, das Schicksal einer bedeutenden Mehrzahl der Zivilbevölkerung habe sich gebessert, und man wolle polnischerseits glauben, daß die das Schicksal von Hunderttausenden polnischer Staatsbürger in der UdSSR betreffende Angelegenheit auch weiterhin im Sinn der Grundsätze der Verständigung gelöst werden würde. Um so deutlicher aber wurde die Opposition.

»Weshalb all dies Gerede über zahlreiche Scharen und eine bedeutende Mehrzahl«, fragt Mysł Polska. »Würden denn nicht alle unsere Staatsbürger in der Sowjetunion aus den Gefangenen- und Konzentrationslagern sowie aus den Orten, nach denen sie verschickt worden waren, befreit? Es ist schwer, an diese Dinge zu denken. Bisher sind nach den offiziellen Angaben etwa 50 000 polnische Staatsbürger aus der Sowjetunion herausgekommen. Was geschieht mit der dreißigmal größeren Anzahl? Und ist angesichts dieser Tatsachen das Abkommen wirklich so gut, wie Minister Stroiński es im Rundfunk der Heimat eingeredet hat? Der Tod und die Leiden polnischer Massen nach dem Abschluß des Abkommens fallen auf das Haupt derjenigen zurück, die weder ein gutes Abkommen schließen, noch das abgeschlossene gut durchführen konnten. Neben dieser schmerzlichen Angelegenheit gibt es aber noch andere, die ebenfalls von grundsätzlicher Bedeutung sind. General Sikorski hat in seiner Rede an die Volksgenossen in der Sowjetunion erklärt, daß der Inhalt des Abkommens ein Ausgleich der Mißverständnisse der Vergangenheit gewesen sei, und der offizielle Artikel im Dziennik Polski spricht von der Wiederherstellung des Zustandes, wie er vor dem 17. 9. 1939 war. Wir finden jedoch in dem Artikel, der am Jahrestag des Abkommens in den Iswestija erschienen ist, keine Bestätigung dieser Angaben.«

Zum Schluß aber stellt das Blatt an Herrn Stroński die peinliche Frage, ob Sikorski in der Tat mit Stalin irgendeinen Vertrag geschlossen habe, in dem bestimmt worden sei, daß die sowjetisch-polnischen Grenzen erst nach dem Krieg festgelegt werden sollen, oder ob er in irgendeiner anderen Form einer solchen Festlegung der polnischen Grenzfragen mit der Sowjetunion zugestimmt habe.

In diese an sich schon gespannte Situation fiel die Nachricht von der plötzlichen Abberufung des vor einem Jahr zum diplomatischen Vertreter in der Sowjetunion ernannten Stanislaus Kot und seiner Ersetzung durch Tadeusz Romer. Man ahnte den vollen Zusammenbruch der polnischen Sowjetpolitik. Aber was war eigentlich geschehen? Die Öffentlichkeit wurde darüber im Dunkeln gelassen. Die allgemeine Stimmung kam wohl am besten in einem Artikel der *Myśl Polska* vom 22. 9. 1942 zum Ausdruck, in dem es hieß: »Die Abreise unseres Botschafters traf zeitlich mit den Schwierigkeiten bei der Hilfeleistung für unsere Volksgenossen in Rußland zusammen. Sie traf aber auch mit der Ankunft der großen britischen diplomatischen und militärischen Mission in Moskau zusammen, an deren Spitze Premierminister Churchill stand. Man mußte annehmen, daß gerade unter solchen Umständen die Anwesenheit unseres Botschafters bei der Sowjetregierung nicht nur angebracht, sondern geradezu notwendig gewesen wäre«. Noch wurde verschwiegen, was seitdem wenigstens zum Teil ausgeplaudert worden ist: die Schließung der polnischen Stellen für die Flüchtlingshilfe in Rußland, die Verhaftung der polnischen Delegierten, die diese Stellen leiteten, die Unterbindung der weiteren Rekrutierung für die polnische Armee, das Verbot für Polen, Rußland zu verlassen, die Verhaftung und Verurteilung polnischer Botschaftsmitglieder und Schlimmeres, wie die Morde an Abertausenden von polnischen Offizieren, das große Massensterben in den Lagern und Gefängnissen usw. Wer dies Schweigen der Polen, die sonst aber als gesprächig zu bezeichnen sind, letztlich veranlaßte, zeigt wohl zur Genüge der folgende Auszug aus einem Aufsatz von Z. Nowakowski in den *Wiadomości Polskie* vom 25. 4. 1943 unter dem Titel »Selig sind die Schweigsamen«:

»Das bezeichnendste und gleichzeitig tragischste Beispiel großer Diskretion und noch größerer Mäßigung, die wir zu wahren verstehen, ist aber die Affäre der in Rußland 'verschwundenen' einigen zehntausend polnischen Offiziere, die im September 1939 in Gefangenschaft gerieten. Unsere Ahnungen und Vermutungen waren die schlimmsten. Eine unermesslich lange Zeit hin-

durch aber ertrugen wir geduldig die Tatsache, daß die britische Zensur nicht gestattete, auch nur mit einem einzigen Wort an sie zu erinnern. Erst vor 3 Wochen gelang es uns, das Schweigen in dieser blutigen und ungeheuerlichen Angelegenheit zu brechen. — Jetzt sind Nachrichten aus deutschen Quellen eingetroffen, die für uns übrigens keine Überraschung darstellen, denn wir haben vorausgesehen, daß diese Offiziere nicht mehr am Leben sind. Nicht vorausgesehen haben wir lediglich, und das konnte kein zivilisierter Mensch voraussehen, daß sie einem so schrecklichen Mord zum Opfer gefallen sind, unter Begleitumständen, angesichts welcher alle Grausamkeiten in Kriegszeiten, die im Laufe der Geschichte begangen wurden — und zwar sogar die, die Russen vorher begangen haben — verblasen. Diese Tausende von Offizieren weckt bereits niemand mehr auf. Sie wurden durch von hinten abgegebene Schüsse ermordet, sie liegen mit gebundenen Händen in einem riesigen Hügel. Sie schweigen und rufen doch laut, ihr Rufen läßt uns nicht einschlafen. Verflucht und nicht selig sind, die da schweigen!«

Man entschloß sich nun sicher im Benehmen mit der britischen Zensur, wenigstens die Frage der von der Sowjetunion immer eindeutiger beanspruchten ehemaligen polnischen Ostgebiete zur öffentlichen Diskussion zu bringen. Ein Blatt der Sanacja, die Wiadomości Polskie, wurde vorgeschickt, der Katze die Schelle umzuhängen und die vorsichtig tropfende Diskussion zur Flut der Propagandakampagne zu entfesseln. In ihrer Nr. 134 hatte die Zeitung nämlich einen Artikel veröffentlicht, der aus der Feder eines in polnischen Kreisen ziemlich bekannten Schriftstellers Ksawery Pruszyński stammte und die Überschrift trug »Gegenüber Rußland — gegenüber Europa«. In diesem Artikel wurde, wie der Robotnik Polski am 15. 10. 1942 schrieb, zum ersten Mal das Problem der polnischen Ostgrenze von einem polnischen Verfasser in einem Geist berührt, der mit der These von der Unantastbarkeit der polnischen Ostgrenze und der Unzulässigkeit irgendeines Schachers um diese Grenze in krassem Widerspruch steht. In der Tat hatte Pruszyński in diesem Artikel angedeutet, daß die einzige Möglichkeit für Polen, um mit Rußland zu einer dauernden Verständigung zu kommen, eine »Verschiebung nach Westen« sei, daß Polen sich also bereit erklären müßte, in die Abtretung der von Rußland geforderten früheren polnischen Ostgebiete zu willigen. Als Entschädigung dafür müsse die Westgrenze des neuen polnischen Staates wesentlich vorgeschoben werden. Dabei hatte er große Hoffnungen auf den »in der Sowjetunion elementar anwachsenden Haß gegen die Deutschen« gesetzt, einen Haß, »der so ungeheuer groß sei, daß unter seiner Einwirkung sich selbst die Frage der polnischen Ostgebiete noch einmal besser darstellen könne«, und er hatte sogar den

Geist Roman Dmowskis heraufbeschworen, der seinerzeit ebenfalls eine zu weit nach Osten vorgeschobene Grenze Polens im Gegensatz zu der föderativen Staatsidee Piłsudskis scharf bekämpft und dafür eine größere Ausdehnung des neuen polnischen Staates nach Westen hin gefordert hatte.

Der Artikel Pruszyńskis löste einen Sturm der Entrüstung aus. Dieser Auffassung gab der in London erscheinende Polish Jewish Observer in einem Artikel Ausdruck, der die Überschrift trug: »Tauben aus der Arche Noah«. Der Artikel lautete in seinen wesentlichsten Stellen:

»Die Vertreter der Sowjetunion in London und, wie wir erfahren, auch das Foreign Office, verfolgen sehr eifrig die Diskussion in der hiesigen polnischen Presse darüber, wie die Haltung Polens Rußland gegenüber sein sollte. Die Diskussion entstand infolge eines provozierenden Artikels des allgemein bekannten polnischen Publizisten Ksawery Pruszyński in den Wiadomości Polskie, der sogar eine Interpellation im polnischen Nationalrat verursachte. Die Verteidigung des Artikelschreibers durch den polnischen Informationsminister Stroński brachte keine Klärung des Problems, sondern rief lediglich eine weitere Diskussion hervor. Diese drehte sich um das Problem der zukünftigen polnischen Grenzen, und die hiesige Sowjetstelle, die in dem Artikel eine Art Taube Noahs erblickt, die ausgesandt wurde, um das Wetter zu erkunden, verfolgt das sehr genau. Im Zusammenhang damit wurde eine große Menge polnischer Zeitungen nach Rußland geschickt.«

Diese Aufregung wird durchaus verständlich, wenn man weiß, daß Ksawery Pruszyński nicht nur »ein allgemein bekannter polnischer Publizist« ist, nicht nur der Herausgeber der in der Sowjetunion erscheinenden polnischen Zeitung »Polska« war, sondern auch »Presseattaché« bei der diplomatischen Vertretung des Herrn Kot. So war die etwas eigenartige Lage entstanden, daß Herr Kot offiziell die Unantastbarkeit der polnischen Grenzen zu vertreten hatte, daß aber sein Presseattaché dieselben Grenzen aufzugeben bereit schien und dafür Ersatz im Westen suchte. Einen pikanten Beigeschmack bekommt diese rätselhafte Angelegenheit jedoch noch durch das, was Myśl Polska am 15. 10. 1942 ihren Lesern mitteilte, daß nämlich Herr Pruszyński nach seiner Ankunft in London »keineswegs Privatperson geworden sei, sondern ein Amt im Palais Rotschild erhalten habe, wo z. Zt. das Präsidium des polnischen Ministerrats untergebracht ist. Jedenfalls gehört Herr P. zur näheren amtlichen Umgebung des Ministerpräsidenten Sikorski«. Hält man diese Nachricht mit dem zusammen, was der Polish Jewish Observer schrieb, daß auch Herr Stroński den Artikelschrei-

ber verteidigt habe, so muß man den Eindruck gewinnen, daß die Regierung Sikorski im Grunde ihres Herzens zufrieden war, endlich jemand gefunden zu haben, der das *urbi et orbi* sagte, was sie selbst schon geraume Zeit wußte, aber nicht zu sagen wagte, daß dahinter aber noch eine andre Absicht versteckt lag. Solange nämlich die deutschen Truppen siegreich immer weiter in den Ostraum vordrangen, mochte man auch in Emigrantenkreisen dem bolschewistischen Standpunkt zur Frage des zukünftigen Polen keine endgültige Bedeutung zusprechen. Wir dürfen vermuten, daß die Londoner Emigrantenkreise mit dem früheren oder späteren Zusammenbruch der Sowjetunion, die solange ihre Dienste für die Alliierten leisten sollte, gerechnet haben, und man konnte zum Thema der polnisch-sowjetischen Grenzen in der polnischen Emigrantenpresse ruhig schweigen. Als aber während der Winteroffensive der Bolschewisten die Front zurückverlegt wurde, da wurden die Emigranten in London und anderswo sichtlich nervös: die Sowjetgefahr stand riesengroß vor ihrer Ostgrenze da. Nun schien es höchste Zeit, diese Frage zu klären, entweder den Krenl zu einer befriedigenden Erklärung zu veranlassen oder, wenn das nicht ging, eine englische oder wenigstens eine amerikanische Garantie zu erreichen. In diesem Lichte dürfte manche große Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Emigrantenblättern bzw. zwischen Presse und Regierung, besonders aber auch der bekannte Vorstoß von Pruszyński in dem *Wiadomości Polski* («Gegenüber Rußland, gegenüber Europa»), seine Deutung als Propagandataktik erhalten. Immer deutlicher klang die Frage auf: und was sagt England dazu? Man versuchte, England moralisch an die Wand zu drücken und so eine nochmalige Garantie im letzten Augenblick zu erpressen.

Im Foreign Office hielt man sich jedoch zunächst vorsichtig zurück, um es mit keinem der beiden streitenden Partner zu verderben, in den Kreisen der Emigration aber sah man die drohende Gefahr immer deutlicher und man entschloß sich zu einer neuen und groß angelegten Propagandaaktion. Man gründete zu diesem Zweck besondere regionale Verbände für die Nordost- und die Südostgebiete, die in ihren wortreichen Entschliefungen für die Integrität des polnischen Staates und besonders für die Beibehaltung der in Riga festgelegten Ostgrenzen eintreten mußten. Am 2. 12. 1942 stellte sich auch der Nationalrat in einer öffentlichen Erklärung »auf den Boden des Vertrages von Riga«, griff aber vorsorglich

zugleich auch auf die These Pruszyńskis zurück, daß Polen, »um Europa vor einem weiteren Angriff Deutschlands zu sichern«, selbst sichere Grenzen haben müsse und daß deshalb neben einer breiten Anlehnung an das Meer auch die Grenze mit Deutschland »ausreichend nach Westen vorgeschoben, ausgeglichen und verkürzt werden müsse«. Und endlich war es gelungen, die polnische Frage auch im Oberhause zur Sprache zu bringen, bei welcher Gelegenheit Lord Selborne im Namen der Regierung die Erklärung abgab: »Alle unsere Verpflichtungen gegenüber Polen werden erfüllt werden. Großbritannien hat sein Schwert gezogen, um seine ersten Verpflichtungen, die es Polen gegenüber eingegangen war, zu erfüllen. Wir werden unser Schwert nicht in die Scheide stecken, solange unsere Verpflichtungen gegenüber Polen nicht restlos erfüllt sein werden.« Vorsichtigerweise hatte der edle Lord nur von den »ersten Verpflichtungen« gesprochen und die Frage nach den polnischen Ostgrenzen mit zartem Schweigen bedeckt.

Gerade darauf aber warteten die Polen.

»Die Völker Europas«, so heißt es in einem offenen Brief von Zbigniew Grabowski an den britischen Schriftsteller Vernon Bartlett, »wünschen eine eindeutige und freimütige Erklärung vonseiten Ihres Landes und der Vereinigten Staaten, daß die Befürchtungen des Kontinents von der angelsächsischen öffentlichen Meinung voll gewürdigt werden. Sie hoffen inbrünstig auf eine europäische Lösung, was eine Wiederherstellung der europäischen Staaten in ihrem vollen Umfang vermittels einer anglo-amerikanischen Besetzung des Kontinents bedeutet. Keine halbe Erklärung, die die Hoffnungen auf eine grundlegende Europa-Charta enttäuscht, kann die berechtigten Befürchtungen Europas beseitigen. Polen hat oft bewiesen, daß es eine freundliche und friedliche Verständigung mit Rußland will. Wir haben die Verlockungen und Angebote des Dritten Reiches abgelehnt, Rußland gemeinsam mit Deutschland anzugreifen. Es ist klar, daß, wenn Polen sich jenen Angeboten gefügt hätte, die Lage der Sowjetunion im Jahre 1939 in der Tat sehr verhängnisvoll gewesen wäre Polens Eingehen auf die deutschen Verlockungen würde das ganze Aussehen des Krieges völlig zugunsten Deutschlands verändert haben. Wir fühlen, daß ein Land wie Polen nicht der Hälfte seiner Gebiete beraubt werden kann. Wir können keine Spur Gerechtigkeit darin erblicken, Polen aufzufordern, 51% seiner Fläche abzutreten, jene 51%, die Rußland 1939 auf Grund des Vertrages besetzte, der Polen unter die sowjetische und die deutsche Regierung aufteilte. Man kann die Beherrschung Europas nicht einer Macht anbieten, die nicht zu Europa gehört und die während der letzten 25 Jahre ganz offen bekannt hat, daß ihre Ideale den Idealen und der Denkweise der »morschen und altersschwachen westlichen Welt« entgegengesetzt sind. Diese Dinge sind grundsätzlich unvereinbar, und jeder Versuch, sie autoritär zu übergehen, muß zu den ernstesten Verwicklungen führen. . . . Sollte Polen unterliegen, würde ganz Europa untergehen. . . . Wir sind die ersten, die mit Rußland zusammenarbeiten wollen, aber ein Herrschaftsanspruch ist das gerade Gegenteil der Idee der Zusammenarbeit.« (Wiadomości Polskie, 7. 3. 1943).

Dieser offene Brief ist nach zwei Richtungen hin interessant. Er bringt die wachsende Hoffnungslosigkeit der Polen zum Ausdruck trotz der großen Worte Lord Selbornes im britischen Oberhaus, und er zeigt, wie schnell und geschickt sie die Farbe zu wechseln wissen, wenn wirkliche Gefahr droht, denn jetzt ist es nicht mehr Polen, sondern der europäische Kontinent, dem von Osten her Gefahr droht und dessen Interessen nach polnischer Meinung am besten geschützt werden, wenn man ein starkes Polen errichtet. Dieser Wechsel der Farbe, wie er hier zum Ausdruck kommt, ist durchaus keine Einzelercheinung, sondern es hat den Anschein, als ob die Erkenntnis von der wahren Bedeutung dieses Krieges allmählich auch weite polnische Kreise ergreift. Selbst ein Blatt wie das der nationalen Opposition, für welches eine völlige Vernichtung Deutschlands das höchste Glück bedeuten würde, kommt zu dem Schluß: »Nein! Die Sowjetunion darf die Grenzen ihrer Gebiete, die von der Natur, Geschichte und Kultur sowie von einer vernünftigen, auf den Grundsatz der Einhaltung der Verträge gestützten Politik festgesetzt werden, nicht überschreiten. Die europäischen Völker blicken voll Mitgefühl und Verständnis auf den Kampf des russischen Volkes gegen den deutschen Überfall, sie müßten aber über Rettungsmethoden nachdenken, wenn die Abwehrschlacht der Sowjetunion gegen die Deutschen der Ausgangspunkt neuer Eroberungen sein sollte.« (Myśl Polska, I. 3. 1943.)

Das alles hatte man natürlich auch in den Kreisen um Sikorski deutlich kommen sehen, und je tiefer das Barometer der Hoffnungen fiel, die man einst auf Großbritannien gesetzt hatte, um so verlangender richteten sich nun die Blicke nach Westen über den Atlantik. Wenn einer, dann konnte nur noch der Herr des Weißen Hauses die völlig verfahrenere Karre der polnischen Politik wieder flott machen. Diesem Zweck sollte die zweite Reise Sikorskis nach den Vereinigten Staaten dienen, die er Ende 1942 antrat. Da er wußte, wieviel von diesem Besuch abhing, hatte er alle Vorbereitungen getroffen, um die öffentliche Meinung Amerikas darüber zu unterrichten, warum er jetzt als Hilfeflehender gegen dieselbe Regierung komme, mit der er vor kaum Jahresfrist ein feierliches Bündnis geschlossen hatte, dessen Wert und Bedeutung man so stark übertrieben hatte, daß z. B. Herr Stańczyk bei der obenerwähnten Pressekonferenz in Washington allen Ernstes behauptet hatte, die sowjetischen Behörden hätten bis Ende 1941 schon

1½ Millionen Zivilpolen entlassen. Sikorski hatte deshalb schon im Frühherbst 1942 einen offenen Brief an das amerikanische Polentum gerichtet, der dort überall verbreitet wurde. In diesem Brief hatte er sich vor allem mit den Gegnern des Paktes auseinandergesetzt und sie gefragt, ob sie auch über die Konsequenzen nachgedacht hätten, die eine Fortsetzung des Kriegszustandes mit der Sowjetunion nach sich gezogen haben würde: »Wir hatten ein billiges Anrecht darauf, auf den guten Willen des sowjetischen Partners zu rechnen. Nach außen hin trat der Nutzen des Paktes am deutlichsten in der Tatsache des Ausmarsches einer polnischen Armee aus Rußland in Erscheinung.« Wir können hier auf die Einzelheiten seiner Reise nicht näher eingehen; der Erfolg des Besuchs entsprach jedenfalls nicht den darauf gesetzten Hoffnungen. Schon der offizielle Besuch im Weißen Haus am 3. 12. 1942 bedeutete eine starke Enttäuschung. Zwar trug das vom Dziennik Polski über das Ergebnis veröffentlichte Communiqué die sensationelle Überschrift »General Sikorski in Washington, Lange Unterredung im Weißen Haus, Einzige Konzeption: Vollkommene Wiederherstellung Polens«. Sein Inhalt aber war genau so nichtssagend wie alle anderen Versprechungen, die man den Polen gemacht hatte. Roosevelt wandte sich in herzlichen Worten an General Sikorski, wobei er die Bedeutung seiner letzten Konferenzen mit den Chefs der Regierungen der verbündeten Völker hervorhob, die zum Ziel hätten, die Probleme der Nachkriegszeit miteinander in Einklang zu bringen. Sikorski stellte die Gemeinschaft der Ideale Polens und Amerikas und die Gemeinschaft der Bestrebungen sowohl während des Krieges als auch während des Friedens fest. Von einer »vollkommenen Wiederherstellung Polens« war mit keinem Wort die Rede, diese Forderung erhob Sikorski vielmehr erst auf einer späteren Pressekonferenz, ging aber auch dort auf Einzelheiten nicht ein. Ebenso vorsichtig waren seine Erklärungen gehalten, die er auf einer großen Versammlung in Detroit am 20. 12. 1942 abgab. Zwar rasselte er hier zunächst mit dem Säbel, wenn er seinen »vorlauten Volksgenossen« zurief: »Ich treibe keinen Schacher mit polnischem Boden, ich habe ihn verteidigt und werde ihn verteidigen«, aber diese Fanfare wurde schnell wieder zur Chamade: »Als Realist bin ich der Ansicht, daß Polen eine Verständigung mit seinem östlichen Nachbarn anstreben muß. Zwischen uns und Deutschland aber besteht ein unüberbrückbarer Abgrund. Vor einem

Jahr sagte mir Stalin im Kreml, daß er ein großes und unabhängiges Polen anstrebe. Er hat mir das in einem Telegramm, das ich hier vor einigen Tagen erhielt, bestätigt. Die Grundlage für eine Verständigung ist also vorhanden, und meine Bestrebungen auf diesem Gebiet bleiben unverändert.«

In aller Schärfe aber ging der Nowy Świat dafür schon im Herbst 1942 mit Sikorski und seiner Politik ins Gericht und zerpflückte erbarmungslos die von diesem in einem offenen Brief aufgestellten Behauptungen, besonders das, was er über den »Ausmarsch des polnischen Heeres aus Rußland« geschrieben hatte.

»Was den Nutzen betrifft«, so schreibt das Blatt, »der nach außen hin in der Tatsache des Ausmarsches des Heeres aus Rußland in Erscheinung getreten sein soll, so stellen wir die Frage, ob Sie, Herr Ministerpräsident, das wollten. Es wurden doch Aufrufe veröffentlicht, in denen deutlich der Plan angekündigt wurde, daß das polnische Heer in Rußland bleiben und mit den Russen auf russischem Boden Schulter an Schulter kämpfen sollte. So hatten Sie, Herr Ministerpräsident, es geplant. Rußland aber wollte nicht 100 000 bewaffnete Polen bei sich haben, und erst Amerika verlangte, daß diese Armee aus Rußland herausgelassen (und nicht herausgeführt) werde. Das ist das Verdienst Amerikas und nicht der polnischen Regierung, und wenn die Kritiker über die Notwendigkeit schrieben, die polnische Armee aus Rußland herauszuführen, gingen die Regierung und die Regierungspresse ihnen gegenüber mit Vorwürfen und Schimpfereien nicht sparsam um. Jetzt aber nennt man das »den am deutlichsten nach außen hin in Erscheinung tretenden Nutzen des Paktes«. (Mysł Polska, 15. bis 31. I. 1943.)

Was die in der Sowjetunion sich abspielenden Szenen der polnisch-sowjetischen »Zusammenarbeit« anbelangt, so steht zunächst fest, daß der Kreml sich in dem polnisch-sowjetischen Abkommen bereit erklärt hatte, besondere polnische Truppenabteilungen unter sowjetischem Oberkommando aufzustellen. Unklar ist aber, wodurch eigentlich die Aufstellung solcher Abteilungen von Monat zu Monat hinausgezögert wurde. Bald mußte der Mangel an Waffen und sonstigem Kriegsmaterial als Grund dafür herhalten, trotzdem gerade während dieser Zeit Millionen neuer sowjetischer Reservisten aufgestellt und ausgerüstet wurden, bald war es wieder der durch zweijährige Gefangenschaft geschwächte körperliche Zustand der Polen, der ihre Verwendung als Kampftruppen nicht angezeigt erscheinen ließ, und schließlich mußte sogar die Weigerung der früheren polnischen Truppen, sich für ihre alten Feinde und Unterdrücker zu schlagen, als Vorwand dienen, wie es die Wasilewska bekanntlich behauptet hat. Kurz, Gründe waren billig wie Brombeeren. Im Frühjahr 1942 wurden den polnischen Truppen in Ruß-

land die Lebensmittelrationen seitens der Bolschewisten gekürzt, und man einigte sich unter alliierter Mitwirkung auf ihre Evakuierung. Nun behauptet das amerikanische Polenblatt, daß Rußland nicht 100 000 bewaffnete Polen bei sich haben wollte, und bei der fast pathologischen Furcht der Bolschewiki vor »Konterrevolution, Sabotage und Diversantentum« erscheint diese Feststellung durchaus glaubhaft. Man war seiner eigenen Truppen nicht sicher und hielt vielleicht deshalb die Einreihung polnischer Truppen in die bolschewistische Front für gefährlich. Ebensowenig aber dachten die Sowjets daran, die polnischen Truppen aus ihrem Land herauszulassen und dadurch die britischen Söldnerscharen zu vergrößern, weil sie genau wußten, daß der bolschewistische Weizen um so besser blühe, je mehr der großbritannische und der amerikanische Verbündete militärisch versagte. Auch das also ist durchaus glaubhaft, was das amerikanische Polenblatt so nachdrücklich unterstreicht, daß sich die Sowjetunion erst auf Verlangen Amerikas bereit erklärt habe, eine polnische Armee herauszulassen. Welches Schicksal der in der Sowjetunion verbliebenen Masse der polnischen Zivilbevölkerung und der Gefangenen bevorsteht, geht aus einigen trotz der Zensur hindurchsickernden Nachrichten hervor, die von den Existenzbedingungen in den sowjetischen Arbeitslagern sprechen. So starben im Gebiet Archangelsk während der ersten 18 Monate der Verbannung 16 % der dorthin deportierten Polen und Juden, im Bezirk Wologda 19 %. Von 389 Flüchtlingen in Wasjugansk (Sibirien) waren bis Ende Januar 1941 schon 144 = 39 % gestorben, von den in Sucha Beswodnaja (wasserlose Dürre) internierten 14 000 Deportierten waren bis Ende Dezember 1942 etwa 6 000 = 44 % gestorben, in Ust Ischimsk betrug die Zahl der Gestorbenen allein während des Winters 1940 = 30 %, in nördlichen Kasakstan, in den Bezirken Swerdlowsk, Altajsk und Kolyma erreichte die Sterblichkeit im Lauf von 20 Monaten 23 %, in Nowaja Semlja sogar 50 %. Von den im Jahre 1939 und Anfang 1940 in der Verbannung geborenen polnischen Kinder seien 99 % (!) gestorben.

An jenen polnischen Truppen, die von den Sowjets auf Verlangen der U. S. A. über die Grenze Irans abgeschoben worden waren, haben ihre neuen Herren bisher wenig Freude gehabt. Wie nämlich dem Brüsseler Nouveau Journal am 10. Mai 1943 aus Ankara gemeldet wurde, haben die im Iran und im Irak stehenden polnischen

Truppenabteilungen ein Komitee unter dem Vorsitz des Generals Paskiewicz gebildet, und zwar zu dem Zweck, die noch in der Sowjetunion befindlichen Offiziere und Mannschaften zu befreien. Dies Komitee hat beschlossen, daß kein Pole auf der Seite der Sowjets kämpfen dürfe, solange nicht die letzten polnischen Truppen aus Rußland entlassen seien. Dieser Beschluß habe zu einer offiziellen Demarche des sowjetischen Gesandten in Teheran bei dem britischen Gesandten geführt, der sich selbstverständlich mit seinem bolschewistischen Kollegen solidarisch erklärt und den Schritt des Komitees als einen sowjetfeindlichen Akt bezeichnet hat, gegen den Moskau scharfe Maßregeln ergreifen würde. Der Bruderkrieg habe schließlich derartige Ausmaße angenommen, daß der englische General Pownal sowohl bei Paskiewicz, dem Befehlshaber in Iran, wie auch bei Anders, dem Befehlshaber der polnischen Truppen im Irak, intervenierte und beide Generäle verwarnte. Vielleicht erklärt sich die plötzliche neue Reise, die Sikorski »zu Besichtigungszwecken« im Juni nach dem Mittleren Orient unternommen hat, auf diese Weise am einfachsten und natürlichsten.

Das waren die bisherigen Ergebnisse eines Bündnisses, das die polnische Emigrantenregierung unter dem Druck Englands mit einem Partner hatte abschließen müssen, der an eine Erfüllung der übernommenen Bündnispflichten überhaupt niemals gedacht und den neuen Verbündeten von Anfang an nur als quantité négligable betrachtet hatte. Es ist deshalb durchaus verständlich, wenn Myśl Polska am 1. 3. 1943 in einem Rückblick auf das Erreichte zu einem geradezu vernichtenden Urteil für die Sikorskiregierung gelangt. Das Blatt knüpft an die Worte an, die Sikorski am 16. 1. 1943 zu Einheiten des polnischen Heeres in Schottland gesprochen hat: »Alle Probleme, die uns betreffen, wurden in günstigem Sinn erledigt«, und fährt dann fort:

»Die gegenwärtige Regierung wußte seit langem davon, hielt es aber für angebracht, der polnischen Volksgemeinschaft die Schachzüge sowjetischer Stellen bewußt zu verschweigen. Dieses Verschweigen kann man erklären, man kann es aber nicht rechtfertigen. Wir waren in diesem Krieg zeitlich die ersten Kämpfer, so wie Belgien es im vorhergehenden Krieg gewesen ist. Während aber die Wiederherstellung Belgiens der erste Punkt der Kriegsziele der Alliierten wurde, ließ unsere Politik es zu, daß sich innerhalb unserer Kampfgemeinschaft dieser Zustand herausbildete, der unsere nationale Existenz, die wir aufs Spiel setzten, bedroht. Es wurde ein Pakt geschlossen, in dem nicht alles gesagt wurde, was gesagt werden mußte, und manche Dinge nicht so gesagt wurden, wie sie hätten gesagt werden müssen. Das Ergebnis war, daß weder verhütet wurde, unsere staatliche Unverletzlichkeit

vor einem internationalen Forum in Frage zu stellen, und zwar im Kreise unserer eigenen Verbündeten, noch daß es gelang, die Freilassung aller in die Sowjetunion deportierten und dort gefangenen polnischen Staatsbürger herbeizuführen. Die gegenwärtige Regierung kann der polnischen Politik nur noch einen Dienst erweisen, nämlich den, zurückzutreten. Nur dieser Staatsakt kann die Verantwortlichkeit der Personen und Kreise mildern, die etwas verschuldet haben.«

Auf einen ähnlichen Ton der Resignation ist auch der Leitartikel des Regierungsblatts vom 17. 2. 1943 gestimmt, der die Überschrift trägt: »Deutsche Lockungen und der polnisch-sowjetische Pakt«. Schon die Formulierung des Themas zeigt, wohin die Tendenz geht. Er ist geschrieben in jener Zeit, in welcher die deutsche Wehrmacht im Osten in den schwersten Abwehrkämpfen stand und Frontverkürzungen vorgenommen werden mußten. »Heute«, so heißt es deshalb, »ist die Bestie des Hitlerismus in der Schlinge. Niemand und nichts ist imstande, sie zu retten, mit einer einzigen Ausnahme, nämlich der Zerschlagung der großen Koalition, wie General Sikorski es geäußert hat. Wenn die große Koalition zerschlagen würde, wenn die Demokratien des Westens zusammen mit Rußland ihre eigenen Wege gingen, dann könnte sich der letzte Traum Hitlers von einem »friderizianischen« Frieden erfüllen, dann könnte Hitler gelingen, was Friedrich dem Großen im Siebenjährigen Krieg gelang, als die große antipreußische Koalition zu bestehen aufgehört hatte.« Doch der Dziennik Polski fährt noch schwereres Geschütz auf. Er erinnert England an die großen Verdienste, die sich das frühere Polen um Großbritannien erworben hat. »Politische Spekulanten könnten wiederholt darüber nachdenken, wie Polen dabei abgeschnitten hätte, wenn es die Vorschläge Hitlers angenommen und wie sich dann das Schicksal der Welt gestaltet hätte. Gewiß würde es sich dann anders gestaltet haben, und zwar weniger vorteilhaft sowohl für die Sowjets wie auch für die westlichen Demokratien. Es lohnt sich vielleicht, heute daran zu erinnern.« Ein weiteres Verdienst der Polen um die gemeinsame Sache findet das Blatt in dem Abschluß des polnisch-sowjetischen Paktes, denn »dieser Pakt erleichterte die Bildung der großen Koalition und wurde daher als eine der größten Leistungen bewertet, die Polen auf politischem Gebiet zu diesem Krieg beigetragen hat«. Die polnische Regierung habe also ein Recht darauf, als gleichberechtigter Nutznießer der in der Atlantik-Charta feierlich verkündeten Grundsätze betrachtet zu werden. »Wie warnen und betonen, daß jede

Abweichung von diesen Idealen für das Schicksal der großen Koalition im Krieg und im Frieden verderbliche Folgen haben kann.« Auch die berüchtigte sog. fünfte Kolonne muß herhalten. »Die Leute, die jetzt auf die bekannten polnisch-sowjetischen Schwierigkeiten spekulieren und der polnischen Regierung leichtsinnige und unverantwortliche Entscheidungen soufflieren, leisten dadurch der fünften Kolonne wesentliche Dienste. Sie arbeiten nicht nur zugunsten der Deutschen, sondern in der ganzen Welt würden die Faktoren der polenfeindlichen Propaganda solche Entscheidungen mit ungeheuchelter Freude aufnehmen. Sie könnten uns dann als diejenigen brandmarken, welche die große Koalition zerschlagen oder zerschlagen wollen, was einzig und allein Hitler helfen und ihn aus der Falle retten könnte, in die er geraten ist. Gegenwärtig können unsere Partner uns nichts vorwerfen. Wir haben alles getan und alle unsere Verpflichtungen erfüllt. Wir erstreben weiterhin Zusammenarbeit und Verständigung, und zwar nicht nur gegenwärtig, sondern auch zukünftig.« Zum Schluß wird dann nochmals der Geist der Atlantik-Charta heraufbeschworen, denn trotz der »gegenwärtig schwierigen Beziehungen zur Sowjetunion« will das Blatt doch nicht daran zweifeln, »daß die Grundsätze der Atlantik-Charta, denen die Sowjetunion ebenfalls offiziell beigetreten ist, allgemeines Verständnis und allgemeine Anerkennung finden werden«. Die polnische Regierung wird also ihre bisherige Politik weiterführen, und zwar eine Politik der Ruhe und Beherrschung, nicht aber der Hysterie und des Größenwahns, also eine Politik, wie sie von der polnischen Staatsräson diktiert wird.

Es ist unverkennbar, daß hier von dem offiziösen Blatt noch einmal ein letzter Versuch gemacht wurde, die britische Regierung zu einer Revision ihres Standpunktes in dem polnisch-sowjetischen Konflikt zu bewegen. Mögen die Worte auch sorgfältig gewählt sein, der Eindruck der tiefen Unzufriedenheit mit dem britischen Bundesgenossen spricht doch aus jeder Zeile. Wesentlich deutlicher wurde das Organ der Sanacja, als es am 18. 4. 1943 die von der britischen Regierung gegenüber den Polen befolgten Methoden in einer Schärfe anprangerte, die immerhin bemerkenswert ist.

»Über die polnischen Ostgrenzen«, so heißt es dort, »dürfen wir nicht schreiben. Nur wir allein, denn alle ändern können über die polnisch-russische Grenze schreiben, was sie wollen. Und sie schreiben auch! Sowohl unsere Feinde wie auch solche, die vielleicht nicht unsere Feinde, sondern einfach naive Leute, Ignoranten oder völlige Dummköpfe sind. Wir dürfen

z. B. Artikel der amerikanischen Presse, die zur Verteidigung unserer Gebiete geschrieben sind, nicht abdrucken, während jede britische Tageszeitung andere Artikel der amerikanischen Presse abdrucken darf, in denen eine Loßreibung der Hälfte des polnischen Gebiets verlangt wird. Sunday Express vom 4. 4. 1943 kann z. B. einen Artikel des früheren Botschafters der U. S. A. in Moskau, Davies, abdrucken, in dem dieser die Behauptung aufstellt, daß Polen 5 Millionen Ukrainer an sich gerissen und aus ihnen polnische Staatsbürger gemacht habe; wir aber müssen, anstatt es laut in die Welt hinauszuschreiben, darüber schweigen, daß Rußland jetzt den polnischen Bettlern, oder vielmehr Skeletten bzw. Schatten von Polen, russische Pässe in die Hand drückt. So sieht die Lage des in chronologischer Hinsicht ersten Verbündeten aus. Ebenso ist es mit der Zensur im Rundfunk. Während man uns hier nichts erlaubt, geht der russische Rundfunk in Polen zum wildesten Flankenangriff über; wir aber dürfen nicht zur Gegenoffensive schreiten, und die polnische Regierung darf sich an die Ukrainer, die polnische Staatsbürger sind, nicht in ukrainischer Sprache wenden. Der anfänglich bequeme und weite Maulkorb wird von Tag zu Tag enger. So umfaßt das Verbot z. B. auch den Abdruck von bestimmten Artikeln oder Notizen aus der englischen, hier am Ort erscheinenden Presse. Kann es etwas mehr Sinnloses und Demütigendes geben? England hat, wenn von gewisser Seite Ansprüche auf einige Teile des Empire angemeldet wurden, hart und entschieden geantwortet, daß davon keine Rede sein könne, weil Großbritannien nicht deshalb in den Krieg gezogen sei, um seine Gebiete zu verlieren. Hat etwa Polen den ihm aufgezwungenen und hoffnungslosen Krieg deshalb auf sich genommen, um dem einen der damaligen Angreifer und gegenwärtigen 'Verbündeten' die Hälfte seines Gebiets zu überlassen? Das ist eine durchaus logische und berechtigte Frage. Wir müssen die Haltung eines Schuldners ablegen, denn bis heute ist Polen keineswegs ein Schuldner, sondern ein geduldiger Gläubiger. Der britische Einsatz für die polnische Sache ist bisher eigentlich gleich Null. Während des Septemberfeldzuges beschränkte man sich darauf, die deutschen Städte mit Flugblättern zu bombardieren, gegenwärtig aber sieht der politische Einsatz Großbritanniens für die polnische Sache immer bedenklicher aus. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben oder Geschenke überschätzen und uns allzusehr über sie freuen. Was sind das überhaupt für Geschenke, wenn wir ihnen nicht einmal den Namen geben dürfen, den wir wünschen? (Es handelt sich um das großartige Geschenk eines Schiffes, das die britische Regierung der polnischen Emigrantenregierung gemacht hatte, jedoch mit der ausdrücklichen Auflage, daß dem Schiff nicht der Name »Lwów« (Lemberg) gegeben werden dürfe, weil auf Lemberg bekanntlich die Bolschewiki Anspruch erheben.) Das Argument, daß polnische Proteste wegen der Ostgrenzen nur der deutschen Propaganda wertvolles Material liefern würden, ist nicht stichhaltig. Nichts konnte nämlich für diese Propaganda wertvoller sein als der Artikel von Carr, der mit leichter Hand Europa bis an die Oder an Rußland übergibt. Solche und ähnliche Artikel aber erscheinen in Menge. Sie werden auch weiterhin erscheinen, da in Großbritannien, und das mit Recht, Freiheit des Wortes herrscht, eine Freiheit, von der nur die Polen ausgeschlossen sind.«

Und dann kam der Fund von Katyn. Wie die Polen im einzelnen darauf reagiert haben, wird sich erst feststellen lassen, wenn die Äußerungen der Emigrantenpresse dazu vorliegen werden. Eins kann aber wohl heute schon dazu gesagt werden, daß sie bei der

scharfen Zensur, von der wir eben eine Probe gegeben haben, entweder große Lücken aufweisen oder stark frisiert sein werden. Im allgemeinen sind die Tatsachen ja auch bekannt. Ein offizieller Protest der Sikorski-Regierung und die durch sie erfolgte Anrufung des Roten Kreuzes lösten im Kreml den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und in London und Washington krampfhaftige Vermittlungsversuche aus. Zwar hatten beide Regierungen den polnischen Geschäftsfreund wegen wachsender Zahlungsunfähigkeit in ihrem Geheimbuch schon lange abgeschrieben, der Form wegen aber führten sie seinen Namen nach wie vor in ihren Hauptbüchern und übermittelten ihm von Zeit zu Zeit kleine Geschenke, wie z. B. das Schiff mit dem verbotenen Namen oder eine Botschaft, die Herr Churchill am 2. Mai des Jahres, also am polnischen Nationalfeiertag, der Sikorski-Regierung übermitteln ließ und in welcher er die Zuversicht ausdrückte, daß »die von den Alliierten im Lauf des letzten Jahres gemeinsam unternommenen Anstrengungen dazu beitragen werden, die Befreiung Polens zu beschleunigen und daß die schweren Opfer, die Polen für die gemeinsame Sache der Alliierten getragen hat, ihre Belohnung in der Wiederherstellung eines starken und unabhängigen Polen finden werden«. Das war zu erwarten, denn weder wollte und konnte London sich eine zweite de Gaulle-Blamage leisten, noch konnte und wollte Roosevelt es endgültig mit dem polnischen Bundesgenossen verderben, schon mit Rücksicht auf die kommenden Präsidentenwahlen, bei denen die Stimmen der Polen zusammen mit denen der Iren sehr wohl das Zünglein an der Waage bilden können. Den vereinten Bemühungen hat sich der Kreml denn auch nicht verschlossen; er hat eingewilligt, die diplomatischen Beziehungen mit der polnischen Emigrantenregierung wiederaufzunehmen, allerdings unter verschiedenen Bedingungen. Er verlangt zunächst eine Umbildung der jetzigen Regierung, weil sie sich »den reaktionären Elementen« der polnischen Emigration, besonders in den U. S. A., angepaßt und ihnen »Zugeständnisse ausgesprochen sowjetfeindlichen Charakters« gemacht habe, und er verlangt von einer etwaigen neuen Regierung den formellen Verzicht auf Wiederherstellung der ehemaligen polnischen Ostgrenzen, vor allem aber die Berücksichtigung der »Rechte des jüdischen Volkes«. In diesem Fall will Stalin großmütig verzeihen. Er wünscht, wie er der New York Times auf ihre Anfrage mitgeteilt hat, »nach Besiegung Hitlerdeutschlands ein starkes und unabhängiges Polen« und ist bereit, »falls es gewünscht

wird, mit diesem unabhängigen Polen eine Allianz einzugehen, die gegenseitigen Beistand gegen die Deutschen, als die Hauptfeinde der Sowjetunion und Polens, vorsieht«. Wie sich diese Tragikomödie der man den Titel »Verbündete unter sich« geben kann, weiterentwickeln wird, bleibt abzuwarten.

H. Rückwirkungen der Fehlschläge auf die Stimmung im Emigrantenlager. Die »unterirdische Front«

Wir haben bei der Frage nach dem Verhältnis der Sikorski-Regierung zu den Oppositionsparteien gesehen, daß ein wesentlicher Grund für die vorhandenen Gegensätze darin zu suchen ist, daß gerade bei dieser Regierung der Unterschied zwischen Sein und Schein besonders auffällig hervortritt. Wir haben zum psychologischen Verständnis dieser Erscheinung darauf hingewiesen, daß gerade sie das Unhaltbare und Brüchige ihrer Stellung im Lauf der letzten Zeit immer deutlicher zu spüren bekommen hat, daß sie deshalb mit allen Mitteln versucht, diese fatale Wahrheit vor ihren Landsleuten zu verschleiern und sich dabei in eine Rolle hineinsteigert, zu deren Ausfüllung ihr nicht nur die äußeren Mittel, sondern auch die inneren Fähigkeiten fehlen, nämlich in die Rolle einer innerhalb der großen demokratischen Koalition gleichberechtigten und souveränen Macht. Der oben im Auszug wiedergegebene Artikel des Dziennik Polski »Deutsche Lockung und der polnisch-sowjetische Pakt« bestätigt dieses Urteil vollauf. Alle die mehr oder minder verhüllten Drohungen und Warnungen an die Adresse der Verbündeten, daß der Zerfall der Koalition, in diesem Fall also das Ausscheiden Polens, unweigerlich zu einem Sieg Hitlerdeutschlands und zu einem »friderizianischen« Frieden führen, sind letzten Endes nichts anderes als das, was das Blatt in den Schlußworten des Artikels so entschieden abweist, eine Politik der Hysterie und des Größenwahns. Darin also ist sich die polnische Mentalität gleichgeblieben. Nun aber klingt in diesem Artikel des offiziellen Blattes plötzlich noch ein anderer Ton auf, den wir in der letzten Zeit auch sonst schon vereinzelt in privaten Meinungsäußerungen des polnischen Emigrantenschrifttums feststellen konnten, z. B. in dem oben erwähnten offenen Brief Grabowskis. Aber in dieser Schärfe und Bestimmtheit ist er uns in offiziellen Auslassungen noch nicht begeg-

net. Es handelt sich um den Passus, in welchem die Frage gestellt wird, wie Polen abgeschnitten hätte, wenn es die Vorschläge Hitlers angenommen hätte. Auch wenn man annehmen wollte, daß eine solche Frage, wie das Blatt andeutet, zunächst nur im Denken politischer Spekulanten aufgetaucht sei, so scheint man doch auch in den Kreisen, die dem Dziennik nahestehen, durchaus nicht mehr immun gegen solche Überlegungen zu sein, denn »es lohnt sich vielleicht, heute daran zu erinnern«. So ist also allmählich aus dem polnischen Unterbewußtsein jener Gedanke aufgetaucht, der einmal kommen mußte, »Wenn! Wenn Polen das deutsche Angebot im März 1939 angenommen hätte, wie anders würde sich sein Schicksal dann gestaltet haben! Solange man noch von dem Endsieg der Alliierten und von der völligen Vernichtung Deutschlands überzeugt war, konnte man derartige Überlegungen zurückschieben, konnte man sich an dem Gedanken einer kommenden Vergeltung berauschen und uferlose Pläne für die äußere und innere Gestaltung eines neuen polnischen Staates schmieden. Diese Überzeugung aber hat stark an suggestiver Kraft und Eindringlichkeit verloren. Man braucht nur das zu lesen, was die Wiadomości Polskie am 20.9.1942 geschrieben:

»Es ist Unsinn, mit einer Revolution im Innern des Reiches zu rechnen. Die Deutschen sind bis zur Ermüdung einig. In England gibt man viel auf Spannungen zwischen der Wehrmacht und der Partei. Es ist für mich schwierig, darüber etwas zu sagen, ich glaube aber, daß man die vorhandenen Symptome nicht überschätzen darf. Die Moral der deutschen Wehrmacht ist dauernd ausgezeichnet. Natürlich läßt die Stimmung der Leute, die seit 5 Jahren die Uniform nicht ausgezogen haben, nach, je mehr der Krieg sich in die Länge zieht; man kann aber gewiß sein, daß die Armee bis zum Ende kämpfen wird. Die Disziplin der deutschen Wehrmacht erinnert in nichts an unsere Vorstellungen über preußische Dressur. Sie ist sehr gut und tief verwurzelt, was man aus der Art, Befehle zu erteilen und zu empfangen, ersieht. Ich will hier nicht die abgedroschenen Phrasen über die deutsche Geschlossenheit wiederholen. Soweit es sich aber um die moralische Seite handelt, betone ich nochmals, daß die Deutschen ganz genau wissen, um was sie sich schlagen. Zum ersten sind sie sich vollkommen darüber klar, was sie von der Hand der Polen erwartet. Zum zweiten hat ihnen die Propaganda, und zwar ganz mit Recht, eingeredet, daß es diesmal kein Versailles gebe und daß Kapitulation gleichbedeutend mit Katastrophe sei. Zum dritten wissen sie, um was sie sich schlagen, und schließlich glauben sie, daß die Angelsachsen doch als erste zusammenbrechen werden.«

Gewiß, auch solche Stimmen sind vorläufig noch vereinzelt, aber schon die Tatsache, daß ein derartiger Artikel in einem polnischen Blatt überhaupt, und ausgerechnet in London, erscheinen konnte, zeigt, wie die ursprüngliche Siegesgewißheit anfängt umzuschlagen.

Ein solcher Umschlag der Stimmung aber muß Reaktionen auslösen. Es liegt nun einmal in der Psyche nicht nur des Menschen, sondern auch in der Seele der Völker das unbewußte Verlangen, irgendwelche Minderwertigkeitsgefühle — und schwindende Siegeszuversicht ist ein solches Gefühl — nach einer andern Richtung hin gleichsam zu kompensieren, um dadurch wieder einen innern Ausgleich zu schaffen. Je stärker aber ein Minderwertigkeitsgefühl wird, um so stärker wird auch die Reaktion, um so mehr wächst das Verlangen, es zu kompensieren, ja vielleicht überzukompensieren. In dieser Lage befindet sich heute nicht nur die polnische Emigrantenregierung, sondern das gesamte polnische Volk. Es sieht, wohin die Unnachgiebigkeit seiner früheren Regierung geführt hat, es erkennt immer mehr, wie schnöde es von seinen Verbündeten im Stich gelassen wird, es wird sich darüber immer klarer, daß selbst im Fall einer völligen Besiegung Deutschlands der Traum von einem neuen und großen souveränen Polen niemals erfüllt werden kann, solange es noch eine Sowjetunion gibt. Dieses Minderwertigkeitsgefühl muß um jeden Preis kompensiert werden, es fordert geradezu zwangsläufig eine Reaktion, und in demselben Maße, in welchem die Hoffnung auf eine solche Reaktion mit den Waffen schwindet, verkrampft man sich in eine Ideologie, in der gerade die slawischen Völker es zu großer Fertigkeit gebracht haben, in die Ideologie des Hasses, des abgrundtiefen und unversöhnlichen Hasses gegen das Land und das Volk, denen man die Schuld an seinem nationalen Unglück beimißt. So ist es bei den Polen, so bei den Tschechen und so bei den Serben. Wir kennen die Worte Sikorskis von dem unüberbrückbaren Abgrund, der zwischen Polen und Deutschland klafft, wir kennen die Schimpfkanonaden des Herrn Stroński, und wir fühlten den Haß in den Ausführungen des Dziennik Polski, trotzdem hier gerade die übelsten Stellen nicht zitiert worden sind. Die Stärke aller solcher Ausdrücke ist das sicherste Zeichen dafür, wie tief der polnische Größenwahn verletzt und wie stark die Siegeszuversicht im Schwinden begriffen ist, wenn man seine Minderwertigkeitsgefühle in dieser Weise abzureagieren versucht.

Aber nicht das ist das Entscheidende. Wesentlich ernster zu nehmen ist eine andere Erscheinung, die Tatsache nämlich, daß und mit welcher Verbissenheit daran gearbeitet wird, dies Gefühl des Hasses auch in der alten Heimat zu schüren und jene »unterirdische

Front« nicht etwa erst zu schaffen, sondern zu stärken und zu verbreitern, von welcher der »Innenminister« in seiner Rundfunkrede zu den Amerikapolen gesprochen hat. Wie und von welchen Stellen aus an einer solchen unterirdischen Front gearbeitet wird, zeigt das, was *Myśl Polska* am 15. 2. 1943 schrieb: »Bereits im November vorigen Jahres machten wir zum erstenmal auf das Auftreten mancher amtlichen polnischen Persönlichkeiten aufmerksam, die den Deutschen in Polen mit einem Aufstand der polnischen Bevölkerung drohten. Seitdem sind Äußerungen dieser Art noch häufiger geworden, und noch höher gestellte Personen haben sich solche Pläne zu eigen gemacht. Nur jemand, der sich über die wirklichen Verhältnisse im okkupierten Polen überhaupt keine Rechenschaft gibt, kann von London aus den Deutschen die wehrlose polnische Bevölkerung in die Hände spielen. Solche Drohungen sind fast als eine Informierung der Deutschen zu betrachten, daß in Polen aktive bewaffnete Organisationen bestehen, die einen Aufstand vorbereiten. Im sichern London zu sitzen und den Deutschen wehrlose Menschen, die den schrecklichen Gegenmaßnahmen der Hitlerschen Henker an Ort und Stelle ausgesetzt sind, in die Hände zu spielen, steht mit der nationalen polnischen Überlieferung nicht im Einklang.« Das ist durchaus richtig, nur daß solche vernünftigen Stimmen sehr, sehr selten sind.

Selbstverständlich ist es unmöglich, verbürgte Einzelheiten über diese unterirdische Front zu geben. Daß sie vorhanden ist und sich konsolidiert, steht für jeden fest, der die polnische Mentalität kennt. Die vom *Dziennik Związkowy* gebrachten Ziffern mögen übertrieben sein, wenn er behauptet, daß in den von den Deutschen besetzten Gebieten über 100 Geheimschriften entweder wöchentlich einmal oder alle 10 Tage erscheinen, daß ihre Auflage zwischen 500 und 1 500 schwankt und daß also bei einer Schätzung der Durchschnittsauflage auf etwa 3 000 im ganzen ungefähr 300 000 im Handdruck hergestellte Exemplare solcher Geheimdrucke mehr oder minder regelmäßig erscheinen. Der *Dziennik Polski* brachte sogar in einer seiner Ausgaben auf der Titelseite die Köpfe von 15 geheimen periodischen Drucken, über deren Tendenz man kaum im Zweifel sein kann, denn sie alle stehen unter dem Zeichen: »Die Armee ist geschlagen, die Zivilbevölkerung kämpft weiter.« Das wirklich Gefährliche an dieser unterirdischen Presseaktion liegt meines Erachtens aber nicht so sehr in der Tatsache ihres Vorhandenseins,

sondern in der Art ihrer Verbreitung, die natürlich ebenfalls nur unterirdisch sein kann und deshalb einen geradezu idealen Nährboden für Flüsterpropaganda bildet. Ebenso verhält es sich mit dem polnischen Rundfunk in London, dessen Programm seit Januar 1942 die sogenannte unabhängige Viertelstunde enthält, die von der Rundfunkabteilung des Herrn Stroński ausgearbeitet wird, während die in polnischer Sprache gegebenen Sendungen des britischen Rundfunks der Redaktion und Zensur des B. B. C. unterliegen. In Parenthese mag hier eine Mitteilung der Wiadomości vom 17. 1. 1943 Platz finden, daß der britische Rundfunk schon in der zweiten Augushälfte 1939 einen Plan für Sendungen in polnischer Sprache ausgearbeitet hatte, da er mit dem Ausbruch des Krieges rechnete. Der Londoner Sender scheint mit besonderer Vorliebe gehört zu werden, und es ist sehr glaubhaft, was die Wiadomości in demselben Bericht schreiben, daß die Londoner Sendungen in der Heimat und in der Emigration sehr eifrig gehört werden. Nun kann man das Abhören ausländischer Sender durch Beschlagnahme der Empfangsgeräte natürlich erschweren, zum völligen Verschwinden aber wird man es niemals bringen können, solange es unter der polnischen Bevölkerung noch Leute gibt, die Geheimempfänger zu bauen verstehen und bereit sind, die auf Entdeckung stehenden schweren Strafen auf sich zu nehmen. Auch hier liegt, genau wie bei der unterirdischen Presse, die Gefährlichkeit in der Flüsterpropaganda, mit der alle Gerüchte, die für Deutschland irgendwie nachteilig sein könnten, mit einer kaum glaublichen Schnelligkeit verbreitet werden. Man braucht, um diese Erfahrung zu machen, nur die in Deutschland lebenden polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen daraufhin zu beobachten, wie schnell und stark sie auf jede ungünstige Nachricht von der deutschen Front reagieren. Ihr Nachrichtenapparat arbeitet tatsächlich wie der beste Seismograph. Dieselben Erfahrungen wurden mir übrigens auch von deutschen Landsleuten in den früher abgetretenen Gebieten Posens und Westpreußens bestätigt, ob und in welchem Umfang sie auch im Generalgouvernement gemacht worden sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedenfalls trifft die in London erscheinende Polska Walcząca durchaus das Rechte, wenn sie die gegenwärtige Lage in dem früheren Polen, soweit es sich um die Stimmung der polnischen Bevölkerung handelt, mit den Worten kennzeichnet: »Die ganze an der Oberfläche abgestorbene und erkaltete Volksgemeinschaft steht innerlich in Flammen und wartet.

Sie wartet mit einem fanatischen Christusglauben auf den Sieg der gerechten Sache, sei es in verbissener Passivität, wo bereits die Kräfte fehlen, oder in grenzenlosem Heldentum, wo noch Kräfte erhalten geblieben sind. Die ganze Volksgemeinschaft, d. h. also auch die Frau, wartet.« (Polska Walczaca, 27. 2. 1943.) .

Mit einer solchen Stimmung der Bevölkerung muß jede Realpolitik rechnen, und das macht die Arbeit aller jener Männer, die in dem früheren Polen auf mehr oder weniger verantwortungsvollen Posten stehen, so außerordentlich schwer. Diese deutschen Männer wollen aber schließlich auch Erfolge ihrer Arbeit sehen, nicht nur auf dem Gebiet der Wirtschaftsführung, sondern auch auf dem ungleich schwereren Gebiet der Menschenführung, d. h. bei jener Arbeit, die versuchen will und soll, aus den Polen zwar keine Freunde, aber doch sogenannte loyale Untertanen zu machen, und hier liegt, so paradox es zunächst klingen mag, die Gefahr, die Gefahr nämlich, daß sich das Blickfeld dabei verschiebt und daß man mitunter zu sehen glaubt, was man gern sehen möchte, mit anderen Worten, daß man gerissene Taktik und berechnenden Opportunismus schon für Zeichen einer beginnenden loyalen Einstellung hält. Wer die Geschichte der polnischen Aufstände wirklich kennt, der weiß auch, daß dies Volk es gerade in der Führung unterirdischer Kämpfe zu einer meisterhaften Fertigkeit gebracht hat und daß es dabei um die Wahl seiner Mittel niemals verlegen gewesen ist, gleichgültig, ob es sich um blutige revolutionäre Exzesse, um passive Resistenz oder um geschickte Tarnung gehandelt hat. Wir alten Ostmärker kennen diese »loyale« Einstellung, welche die Polen auch nach dem zusammengebrochenen Aufstand 1863 für alle drei Teilgebiete proklamierten, um dadurch ihre weitere revolutionäre Arbeit besser tarnen zu können. An diesen Methoden hat sich nichts geändert, und der Pole wäre nicht Pole, wenn er die ihm von den Deutschen gebotenen Möglichkeiten einer Tarnung nicht benutzen wollte, gleichgültig, ob es sich um die Eintragung in die Liste der Volksdeutschen oder um seine Zugehörigkeit zu den sogenannten Leistungspolen handelt. Innerlich aber wird er bleiben, was er so lange gewesen ist, ein fanatischer Pole.

GEDRUCKT IN DER REICHSDRUCKEREI
4034 48 21

~~BIBLIOTEKA
INSTYTUTU RESEARCH
W BYDOSTOJA~~

93892 II



In den

Schriften der Publikationsstelle für den Dienstgebrauch

sind ferner erschienen:

Dr. Gerhard Sappok: »Polnische Wunschträume«

Die Propaganda der Polen in England und in den USA unter besonderer Berücksichtigung ihrer Westausweitungspropaganda (1939 bis 1942).

Berlin 1943

128 Seiten und 14 Tafeln

Der Verfasser untersucht zunächst die Beziehungen Polens zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten, die polnische Emigration in diesen Ländern, besonders im gegenwärtigen Krieg, und die Tätigkeit polnischer Wissenschaftler in ihnen. Eingehend werden sodann die Propaganda der polnischen Wissenschaft und Presse in den angelsächsischen Ländern auf Vereinigung der Westslawen, Zusammenarbeit mit Tschechen und Wenden und Ausdehnung bis wenigstens an die Oder, die dabei gebrauchten, seit der Vorkriegszeit bekannten pseudogeschichtswissenschaftlichen Schlagworte und ihr Wiederhall in der Presse der Gastländer behandelt. Daneben geht der Verfasser auf die Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Paktes und die Behandlung der von den Bolschewisten verschleppten Polen ein. Zahlreiche Quellenanführungen geben ein klares Bild von den unverminderten Wünschen der polnischen Emigration auf Raub weiter Teile des deutschen Ostens über die Versailler Grenzen hinaus und der Begründung dieser Ziele. Im Anhang wird das seit 1939 in den angelsächsischen Ländern erschienene Schrifttum in polnischer Sprache und über Polen zusammengestellt. 9 Abbildungen und 5 Kartogramme ergänzen das vorgelegte Material in anschaulicher Weise.

Bestellnummer: VI A/19

Kostenbeitrag für Behörden: *R.M.* 9,50

Ferdinand Lang: »Die Ukrainer Galiziens im Kampf um die Aufrichtung des ukrainischen Staates«

Berlin 1942

263 Seiten und 2 Karten

Der aus Ostgalizien stammende Verfasser gehörte nach seinem Frontdienst als österreichischer Artillerieoffizier der galizisch-ukrainischen Armee an, deren Feldzüge er, zum Schluß als ihr Artilleriechef, mitgemacht hat (1918 bis 1920). Sein Werk, das sich auf ein umfangreiches Schrifttum stützt, ist also aus persönlichem Erleben entstanden, was sowohl sachlich wie darstellerisch für die Niederschrift von großem Vorteil war. Neben dem in den Mittelpunkt gerückten militärischen und politischen Kampf der galizischen Ukrainer werden zur Abrundung des Bildes auch die Unabhängigkeitsbestrebungen der gesamten Ostukraine behandelt, so daß der Leser eine Übersicht über die Entwicklung der ukrainischen Frage überhaupt gewinnt.

Bestellnummer: VI A/14

Kostenbeitrag für Behörden: *R.M.* 8,80

Weißruthenien und die Weißruthenen in bolschewistischer Auffassung

Eine Reihe von Artikeln aus der Großen Sowjet-Enzyklopädie. Übersetzt von Wera Borchert und Alexander Zerr

Berlin 1942

123 Seiten

Die reichhaltigen Angaben, die unter verschiedenen Schlagwörtern in der Großen Sowjet-Enzyklopädie über Weißruthenien und die Weißruthenen zu finden sind, geben nicht nur eine Vorstellung von den Gesichtspunkten und Zielen, mit denen die Bolschewisten an die Aufgaben gegangen sind, welche Land und Bevölkerung in Weißruthenien stellen, sondern enthalten auch vieles sachliche Material zur Geschichte des Gebietes, insbesondere des Kommunismus daselbst und gewisser nationalistischer weißruthenischer Bewegungen. Es läßt sich ferner aus diesen Angaben das Wichtigste über den Stand von landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugung entnehmen. Wertvoll sind die von tüchtigen, z. T. schon aus der vorbolschewistischen Zeit bekannten Sachverständigen verfaßten Artikel zur Volkskunde, Sprache, Kunst und über die Dialekte des Weißruthenischen. Die der Enzyklopädie entnommenen Artikel sind in eine neue, sachlich-systematisch gedachte Ordnung gebracht.

Bestellnummer: VI A/18

Kostenbeitrag für Behörden: *R.M.* 5,25

Deutsche Ausgabe der
Wirtschaftsgeographie der

Redigiert von S. S. Balsak, Prof. W. I.
Moskau 1940, Band I 407 Seiten, Band

Das Werk ist vom Herausgeber, der Akademie der Wissenschaften der UdSSR als erstes zusammenfassendes Handbuch der Wirtschaftsgeographie der Sowjetunion für den Gebrauch an den sowjetischen Hochschulen gedacht. Der erste Band bietet eine allgemeine wirtschaftsgeographische Übersicht über den Gesamtraum der UdSSR, der zweite, regional aufgeteilte Band behandelt nacheinander die einzelnen Bundesrepubliken und Wirtschaftsräume.

Um dieses Material möglichst rasch zu erschließen, wurde die Übersetzung in einzelnen Heften herausgebracht, jeweils nach geschlossenen Raumeinheiten oder Sachgebieten. Bisher sind vom zweiten, regionalen Band 13 Hefte über die einzelnen Räume der UdSSR erschienen, die drei restlichen dieses Bandes sind in Vorbereitung. Auch die Übersetzung des ersten Bandes nähert sich dem Abschluß. Übersetzung und Herausgabe wird von Dr. O. Kossmann betreut.

Prospekt mit genauer Heftaufteilung auf Anforderung.

Bestellnummer: VI A/15—1 ff. Kostenbeitrag für Behörden: *R.M.* 3,75 je Heft

Nie pożyczka się do domu

6xx

Im Selbstverlag der Publikationsstelle Berlin-Dahlem ist erschienen :

Die Ostgebiete des Deutschen Reiches und das Generalgouvernement der besetzten polnischen Gebiete in statistischen Angaben

Berlin, April 1940 VI + 162 Seiten und 1 Übersichtskarte
Das Verzeichnis, ausgearbeitet von Dr. H. Ulbricht und Dr. K. v. Maydell, ist die erste statistische Veröffentlichung, die die neuen Grenzfestlegungen im Osten berücksichtigt. Es enthält Tabellen mit Angaben der Fläche und Einwohnerzahl sowie Bevölkerungsdichte der Ostgebiete des Deutschen Reiches (nach Reichsgauen oder Provinzen und Reg.-Bez.) und des Generalgouvernements (nach Distrikten), im Hauptteil Angaben der Fläche und Einwohnerzahl sowie Anzahl der Haushaltungen (oder der Wohngebäude) für beide Gebiete, und zwar im Reichsgebiet vor dem 26. 10. 1939 nach Kreisen, im ehemaligen polnischen Staatsgebiet nach Kreisen und Gemeinden. Beigegeben ist ein alphabetisches Verzeichnis sämtlicher Gemeinden des bisherigen polnischen Staates diesseits der 1939 festgelegten deutsch-sowjetrussischen Interessengrenze mit Kennzeichnung ihrer heutigen Zugehörigkeit. Eine Übersichtskarte (von Dr. F. Doubek) zeigt die Verwaltungseinteilung der Ostgebiete des Deutschen Reiches und des Generalgouvernements wie das Verzeichnis — nach dem Stande vom 1. 3. 1940. In seinen Zahlenangaben beruht das Verzeichnis auf der deutschen Volkszählung vom 1. 12. 1933, auf der polnischen vom 9. 12. 1931, auf der Danziger vom 18. 8. 1929, auf der memelländischen vom 20. 1. 1925 und auf der tschecho-slowakischen vom 1. 12. 1930.

Bestellnummer: V/6

Kostenbeitrag für Behörden: *R.M.* 3, —
im Buchhandel: *R.M.* 4,50

Übersetzungen der Publikationsstelle 1935—1942

Berlin 1943 80 Seiten
Da unser Verzeichnis »Übersetzungen der Publikationsstelle 1935—1938« vergriffen ist und überdies inzwischen zahlreiche neue Übersetzungen ausgeführt worden sind, haben wir uns entschlossen, eine Neuausgabe dieses Verzeichnisses herauszubringen.

Neben der Fortführung der polnischen, tschechischen, baltischen und weißruthenischen Listen bis zum heutigen Stande (das Verzeichnis zählt nunmehr über 500 Einzelnummern) wurden gleichzeitig gewisse Ergänzungen und Änderungen angebracht, die dem Benutzer die Übersicht erleichtern sollen. Insbesondere wurden fast alle wichtigeren übersetzten Werke auf Inhalt und Bedeutung hin kurz charakterisiert, so daß unser Verzeichnis auch eine handliche Einführung in den von dem übersetzten Schrifttum behandelten Fragenkreis darstellt. Es sei hier auch auf das neue Schlagwortverzeichnis hingewiesen, in dem sämtliche Titel nach Räumen und Sachgebieten aufgliedert sind. Das Verzeichnis wurde im Dezember 1942 abgeschlossen.

Nur für den Dienstgebrauch — Nicht im Buchhandel.

Bestellnummer: VII/4

Kostenbeitrag für Behörden: *R.M.* 2, —

WOMEN DER VEREINIGTEN STAATEN